

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

180 · Oktober 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	865
Essay	
BOSILJKA SCHEDLICH Der Mauerfall oder Die Wende	867
15 Jahre nach dem Anschluß	
STEFAN BOLLINGER Sozialstaat DDR – nur Erinnerung oder auch Herausforderung?	876
JAN PETERS Wolfgang Steinitz – ein »Seiltänzer«?	885
HELMUT BOCK Vom Elend historischer Selbstkritik	890
HORST DIETZEL Abkehr vom Klassenkampf? Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS	900
HELENO SAÑA Don Quijote in Deutschland Wie ein Spanier die deutsche Einheit erlebt	909
BERND RUMP 15 Jahre »Einheit« Betrachtungen eines Beteiligten	918
Standorte	
RICHARD SORG Die Reichen und Mächtigen – Materialien und Vorschläge zu ihrer Erforschung	925
Konferenzen & Veranstaltungen	
WOLFRAM ADOLPHI Kapitalismus zwischen Konsumismus und Krieg IX. Internationale Konferenz des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT)	932

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 942

Bücher & Zeitschriften

John Kenneth Galbraith:
Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs.
Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft
(KLAUS MÜLLER) 944

Heribert Prantl: Kein schöner Land.
Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit
(JAN SURMANN) 945

Klaus Steinitz: Chancen für eine alternative Entwicklung.
Linke Wirtschaftspolitik heute
(CHRISTA LUFT) 946

Dieter Wolf, Heinz Paragenings:
Zur Konfusion des Wertbegriffs.
Beiträge zur »Kapital«-Diskussion
(ULRICH BUSCH) 948

Hermann Weber, Ulrich Mählert, Bernhard H. Bayerlein,
Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Jan Foitzik,
Ehrhart Neubert, Manfred Wilke (Hrsg.):
Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Bd. 2004
(REINER TOSSTORFF) 949

Christiane Brenner, Peter Heumos (Hrsg.):
Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung.
Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968

Arnd Bauerkämper:
Die Sozialgeschichte der DDR
(STEFAN BOLLINGER) 950

Sören Niemann-Findeisen:
Weeding the Garden. Die Eugenik-Rezeption
der frühen Fabian Society
(THOMAS GONDERMANN) 953

Summaries 956

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 958

VorSatz

Es liegt plötzlich so viel Abschied in der Luft – Abschied von einer aufgeherrschten Demut, die die Deutschen in Ost und West ein paar Jahrzehnte lang hatte einigermaßen erträglich sein lassen. Fünfzehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ist der »besondere deutsche Weg«, beschritten seit 1933, an eine Gabelung gelangt.

Die blutige Niederlage von 1918 hatte die Deutschen nicht zur pazifizierenden Vernunft gebracht. Nationalismus – als Ausdruck fehlenden Selbstbewußtseins der Deutschen –, Völkerhaß und Antisemitismus waren danach noch widerlicher und noch primitiver als vor dem großen Schlachten gepflegt worden. Die Keime für den nächsten Krieg lagen breit gestreut. Gleiches erleben wir heute zwischen den Staatentrümmern auf dem Gebiete Jugoslawiens.

Der Zweite Weltkrieg endete für Deutschland mit einer totalen Niederlage; auf den Knien hat dieses Land eine akzeptable Gestalt. Ein dauerhaftes Kolonialjoch und endlose Sühne blieben ihm trotzdem erspart. Die im Kalten Krieg erfolgte Spaltung des östlich amputierten deutschen Territoriums und seine Einbindung in die neue Kriegsordnung waren nicht, wie immer wieder verlautbart wird, eine Strafe für Auschwitz, sondern im Gegenteil: Sie verliehen den Deutschen als einen der wenigen Kriegsverlierern in der Weltgeschichte ein geradezu unglaubliches Privileg: Schon wenige Jahre nach dem Krieg durfte es ihnen besser gehen als den Bevölkerungen in den Siegerstaaten. Wobei der Vorsprung der ostdeutschen Wohlfahrt vor der ihrer »Schutzmacht« noch viel größer war als der der westdeutschen etwa vor Frankreich. Ausnahmslos alle Sieger hatten sich schon bald nach 1945 viel Mühe gegeben, die Deutschen nicht mehr allzusehr ständig fühlen zu lassen, daß sie den Krieg verloren hatten.

Die bedankten sich bei »ihren« jeweiligen Siegern artig mit Wohlverhalten; trotz aller Revanchistenverbände war selbst in Westdeutschland nicht ernsthaft an Revanche zu denken. Statt dessen zählten ein wenig schlechtes Gewissen und ein bißchen Demut für Jahrzehnte zum politisch-emotionalen Grundbestand eines jedes Deutschen – sei es aus Scham über die Verbrechen in deutschem Namen, sei es, das war wohl häufiger der Fall, aus der Trauer heraus, den Platz an der Sonne auch unter Hitler nicht erreicht zu haben und es in der eigenen Lebenszeit nicht noch einmal versuchen zu können.

Statt ihrem Nationalismus huldigten die bezwungenen Deutschen fortan einem Amerikanismus. Der american way of life – im Westen offiziell gepredigt und breit gelebt; im Osten offiziell verteufelt, aber nicht viel weniger breit gelebt – wurde zum Maß aller Dinge.

Das geht jetzt zu Ende. Unter Gorbatschow hatten in der DDR auch die treuesten der stets eine Minderheit bildenden Anhänger des Sowjetmarxismus nicht mehr länger die wirklichen Zustände in der Sowjetunion zu ignorieren vermocht; Schröders Entscheidung gegen eine Teilnahme am Irakkrieg – so mutig und richtig sie war, da gibt es nichts zu kritisieren – hat nun selbst amerikatreuesten Westdeutschen den »ewigen Leuchtturm USA« verdunkelt, der stets so zuverlässig vor allen kommunistischen Klippen warnte. »Katrina« machte das Maß voll: Nun sind die – keineswegs unbekannt, aber seit der Ermordung Martin Luther Kings 1968 von den selbstgleichgeschalteten Massenmedien immer weiter verdrängten – Verhältnisse offengelegt, unter denen die Unterschichten in den USA »leben«. Die Decke ist zu kurz und außerdem sichtbar löchrig geworden.

Die Deutschen stehen heute am Ende ihres »besonderen deutschen Weges«: Wie 1871 werden sie sich selbst zum Maß aller Dinge. Außer den Nazis ist darauf aber niemand ernsthaft vorbereitet; nicht einmal die Neoliberalen, die auf ihre Art auch »Internationalisten« sind. Von den Linken, besonders von denen links von der SPD, wird in dieser Situation viel erwartet.

Die erleben übrigens im Moment noch einen ganz anderen Abschied, der noch überraschender erscheint: Erstmals seit März 1933 wählt in ganz Deutschland eine nennenswerte Gruppe eine Partei links von der SPD. Über Jahrzehnte war das wirkungsvollste Argument gegen alle Versuche, im Westen Deutschlands für eine solche Partei Akzeptanz zu erlangen, die Art gewesen, mit der KPdSU, SED, PVAP, KPČ etc. etc. die ihrer angemessenen Führung »folgenden« Bevölkerungen zu clownesken Urnengängen genötigt hatten. Spätestens 1989 wurde der anständigere Teil der von der Macht verjagten Ostlinken darüber demütigt.

Der Kalte Krieg ist nun auch auf dieser Ebene Vergangenheit. Die Linke links von der SPD erlebt erstmals seit über siebenzig Jahren im gesamten Land, daß nicht nur sie selbst sich für wählbar hält. Das ist eine unerwartete Gnade, für die man Gerhard Schröder nicht die Ehrenmitgliedschaft anbieten muß, deretwegen man aber auch nicht übermütig, hingegen in jedem Falle aber mutig werden sollte.

Am Ende des »besonderen deutschen Weges« steht die Frage: Überläßt die Linke das deutsche Projekt wie 1871 der Rechten und träumt statt dessen weiterhin den netten Traum von der rein internationalistischen, heute natürlich, wir gehen ja mit der Zeit, europäischen Identität, bis alle zusammen wieder im KZ aufwachen, oder hat sie etwas aus der Geschichte gelernt und nutzt ihre unterdessen erarbeiteten Konzepte, um Deutschland – und damit letztlich den Partnern in Europa und darüber hinaus – ein Angebot für Emanzipation und Solidarität in Freiheit zu unterbreiten?

JÖRN SCHÜTRUMPF

P. S. Das vorliegende Heft ist dem 15. Jahrestag des Anschlusses des einen, 1989 ein wenig maroderen, Deutschlands an das größere, heute in einer nachholenden Marodisierung steckende Deutschland gewidmet. Die Kraftanstrengung, die diese Ausgabe erforderte, haben uns ein anderes Jubiläum vergessen lassen: den 15. Jahrestag von UTOPIE kreativ im September 2005.

BOSILJKA SCHEDLICH

Der Mauerfall oder Die Wende

I

Vor ihrem Fall wird jede Mauer erst einmal errichtet. Die Mauer soll schützen und abgrenzen, sie soll Interessen absichern.

Das war in meinem Bergdorf auch so. Eine niedrige, lange, graue Steinmauer schlängelte sich über die Berge und Täler und fehlte nur über den Wegen. Das Dorfgelände war abgesteckt, damit die Tiere nicht auf den karstigen Weiden des benachbarten Dorfes grasen. Nicht alle Menschen beachteten dieses Verbot. Mein Großvater musste als Dorfältester – seine Pflicht erfüllend – zwei Männer erschießen, die trotz mehrmaliger Ermahnungen ihre Schafe über die Mauer auf unser Gebiet getrieben hatten. Der Großvater dokumentierte seine Handlung durch zwei Striche auf dem Gewehrlauf. Dieses Rohrstück fanden wir später bei einer Renovierung unserer Terrasse. Die Großmutter berichtete, dass niemand den Großvater angeklagt oder bestraft hätte. Er hatte nur die verabredeten Regeln umgesetzt. Der Großvater ist vor 60 Jahren gestorben, die Dorfmauer ist eingestürzt und vom Gestrüpp überwuchert. Dort ist die Zeit der Mauern beendet. Niemand kann sie denken und niemand will sie bauen, seitdem die Menschen – ihr Interesse in der Industrie suchend – fortzogen. Jetzt sind Wege wichtig, die mit schwarzem Asphalt überzogen wurden und deren Ränder inzwischen von modernen Stadtabfällen umsäumt sind.

Als ich im Jahre 1968 auf dem Luftweg nach Berlin kam, empfing mich in Schönefeld auch eine Mauer: eine doppelte, hohe, graue Betonmauer. Sie war erbaut worden, um Menschen daran zu hindern, von einem Gebiet ins andere zu gehen, hatte ich gelernt. Ich kann mich genau daran erinnern, wie sie gebaut wurde, obwohl ich noch ein Kind war. Mein Vater hielt aufgeregt eine Zeitung in der Hand und sprach von der Mauer, von Russen und Amerikanern und einem neuen Krieg. Ich war froh, dass mein Vater keine Schafe besaß und auch nicht der Dorfälteste war.

Diese Mauer schützte Interessen, die viel größer waren als die eines Bergdorfes, das sah ich gleich. Viele Waffen, bedient durch Menschenhand oder durch Selbstschutzanlagen, unterstrichen ihre Wichtigkeit. Die Stromleitungen entlang der Mauer erinnerten an den zweiten jugoslawischen und meinen ersten Film »Der neunte Kreis«. Eine junge Jüdin starb dort im stromgeladenen Stacheldraht eines Konzentrationslagers. Weiße Porzellanringe und die starren Gesichter der Mauersoldaten, die unsere Pässe kontrollierten, lösten Angst, Unbehagen und Schuldgefühle aus. Nach dem

Bosiljka Schedlich – Jg. 1948; geb. in Split; nach Kindheit in einem Bergdorf und Jugend in einem Industrieort an der Adriaküste 1968 als Gastarbeiterin nach Westberlin; Studium der Germanistik, Leitung eines Wohnheims für jugoslawische Frauen, Tätigkeit als Dolmetscherin und Übersetzerin; in den 80er Jahren Gründung zweier Beratungs- und Begegnungsstätten für jugoslawische Frauen. 1991 Gründung des Vereins *südost Europa Kultur e.V.*, 1992 des *südost Zentrum* in Berlin als Orte der Begegnung mit dem Ziel, durch Kulturarbeit der Kriegspropaganda entgegenzuwirken. Bosiljka Schedlich ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das *südost Zentrum* ist Anlaufstelle für Menschen verschiedener ethnischer Herkunft, »eine Oase des Friedens im nationalistischen Meer« (taz). Dort wird geholfen, beraten und ausgebildet, dort werden traumatisierte Flüchtlinge therapeutisch betreut.

Beschauen der Gesichter wurden die Pässe auf der Holzunterlage abgestempelt.

Der Bus brachte uns – 80 junge Frauen, die Gastarbeiterinnen genannt wurden – in den westlichen Teil Berlins, der vollständig durch die doppelte, hohe, graue Mauer wie eine Insel von seiner Umgebung abgeschnitten war. Die Umgebung wiederum war durch eine weitere doppelte, hohe Mauer als Staatsgebiet eingezäunt. Die Mauer zerschnitt Städte, sie schlängelte sich durch die Parkanlagen, Wälder, Flüsse und Seen, Straßen und Häuser. Sie verlief durch die Familien und Freundschaften. Sie unterbrach den Fluss des Lebens und bereitete Trennungsschmerzen und tiefe Wunden. Die Mauer zog in die Köpfe und Gefühle der alten und der neuen Bewohner ein. Sie war nicht mehr weg zu denken. Angst, Verzweiflung und Ohnmacht vermischten sich mit Empörung, Wut und Hass.

Dem stellten die Erbauer der Mauer deren Bedeutung für den Schutz der Interessen der ganzen Gemeinschaft entgegen. Das verstand ich zunächst auch. Ich hatte ja zu Hause gelernt, dass die Interessen der Gemeinschaft über denen des Individuums stehen. Zu Hause, in Jugoslawien, war eine Gesellschaftsordnung errichtet, die allen anderen als Beispiel dienen sollte. Ein Land, das sich selbst vom eigenen und fremden Nationalismus und Faschismus befreit hatte, ein wirtschaftlich und sozial erfolgreiches, sozialistisches System der in Brüderlichkeit und Einigkeit lebenden Völker mit Arbeiterselbstverwaltung, offenen Grenzen, politischer Unabhängigkeit und Freundschaft mit den armen Ländern der Welt. Gegenüber dem starren Sozialismus der Warschauer Blockstaaten war zwar vor allem nach Budapest 1956 und Prag 1968 höchste Vorsicht geboten, meinen Sympathievorschuss gegenüber dem »Sozialistischen« konnte dies alles jedoch nicht wegwischen.

Meine positive Haltung zum Osten wurde gestärkt durch alles, was ich im Westen als negativ empfand. Dass Arbeitskollegen ihre Verdienstabrechnung voneinander verstecken mussten und dadurch unterschiedliche Entlohnung für die gleiche Arbeit ermöglichten, dass uns, den Gastarbeiterinnen, gerade 2,63 DM pro Stunde brutto zugestanden wurden, dass uns pro Bettplatz in einem mit Feldbetten aus dem letzten Krieg eingerichteten Siebenbettzimmer monatlich 70,00 DM abgezogen wurden, dass für achtzig Frauen vier Kochplatten und zwei Duschkabinen ausreichen sollten. Und dass wir uns gleichzeitig verpflichtet fühlten, dankbar zu sein, dass sie uns nicht zurück nach Hause schickten, was bei einigen Frauen geschah, wenn sie krank wurden.

Die Ablehnung des »Sozialistischen« bei meinen deutschen Arbeitskolleginnen und Kollegen verstand ich nicht. Sozialismus, so hatte ich es gelernt, sollte vor allem den Arbeitern mehr Rechte bringen und für Gerechtigkeit sorgen. Meine Nachbarin in der Fabrik hatte eine Tochter in meinem Alter. Ich wurde zu ihrer zweiten Tochter, deren Gesundheit ihr am Herzen lag und die sie mit Obst versorgte. Ich fühlte mich aufgehoben und verstanden, durch ihre Wurzeln konnte ich in der neuen Umgebung anwachsen. Bis sie mir eines Tages entfremdet wurde.

Ich sah sie zum Fenster hinausschauen. Andere Frauen und Männer hatten auch die Köpfe zu den Fenstern gedreht, obwohl dort

Die Arbeit von Bosiljka Schedlich wurde mehrfach gewürdigt, u. a. mit dem Moses-Mendelsohn-Preis des Landes Berlin (1996) und dem Bundesverdienstkreuz am Bande (2000). Der Verein *südost Europa Kultur* erhielt 1998 die Luise-Schröder-Medaille.

nichts zu sehen war. Alle drehten die Köpfe weg, als sechs junge Menschen in Begleitung von vier Herren über den langen Gang der Fabrikhalle gingen. Die jungen Männer trugen lange Haare und lässige Kleidung, ihre Begleiter kurze Haarschnitte und dunkle Anzüge. Die Langhaarigen müssten Verbrecher sein, dachte ich. Aber sie waren Studenten. Bei uns zu Hause waren alle stolz, wenn jemand aus dem Dorf oder sogar aus der Familie studierte. »Sie sind Kommunisten und machen Demonstrationen bei uns, sie sollen nach drüben gehen«, flüsterte meine Kollegin.

Sie demonstrieren auch für uns Gastarbeiter, dachte ich. Und meine Kollegin will das nicht, also ist sie gegen uns, gegen mich. Das Obst kam weiter, aber die Trauer der Einsamkeit blieb. Kommunisten waren, so hatte ich gelernt, die besseren Menschen. Sie waren mutig und selbstlos, sie waren bescheiden und großzügig, sie predigten die Liebe, nicht den Hass.

II

Und die Vordenker für die neue, gerechtere, soziale Welt kamen vor allem aus Deutschland.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zählten zu meinen Vorbildern. An einem von Nieselregen getrübbten Nachmittag im Januar 1969 verteilten am Ausgang der Fabrik zwei junge Menschen Flugblätter mit den Fotos der beiden. »Hier gibt es doch Menschen, die so denken wie ich, die Gerechtigkeit wollen«, dachte ich und nahm freudig die Flugblätter an. Drei Meter dahinter stand ein grauhaariger, hagerer Mann. Er schlug mit einer offenen Mülltonne auf den Boden und forderte die Arbeiter auf, die Flugblätter hinein zu werfen. Einige Flugblätter klebten nass auf dem Boden. Die Füße traten auf die Gesichter von Rosa und Karl, niemand hob sie auf.

Ein Jahr später war ich an der Universität. Die langhaarigen Studenten diskutierten und demonstrierten, sie sprachen vom Übel des Nationalismus, sie lobten den Sozialismus, sie wollten die Welt retten. Da fühlte ich mich gut aufgehoben. Warum die Arbeiter in den Fabriken den Studenten nicht glaubten, war nicht zu verstehen. Es schien, als ob sich eine unsichtbare Mauer zwischen ihnen erhob. Dass die Kapitalisten den Sozialismus nicht mochten, war verständlich, sie brauchen den Kapitalismus, um durch die Ausbeutung der Arbeiter ihren Profit zu machen. Aber die Arbeiter ...

Meine Landsleute, mich eingeschlossen, waren nur vorübergehend hier und sollten sich in die Politik nicht einmischen. »Wer Politik machen will, soll nach Hause zurückkehren«, hatte uns der Parteivertreter vor der Abreise der fünfundzwanzig Gastarbeiter aus meinem Dorf gesagt. Wir waren Nachfolger der ruhmreichen Partisanen und stolze Vertreter unseres Landes. Besser zu sein als andere schien uns selbstverständlich. Besser als die Türken, die uns fünfhundert Jahre geknechtet hatten, besser als die Deutschen, die im Zweiten Weltkrieg so viel Unheil über uns brachten. Wir haben beide besiegt und uns befreit.

So liefen zum Ersten Mai die Jugoslawen nie mit den anderen rote Fahnen schwenkend zur Kundgebung vor dem Reichstag. Sie versammelten sich im Goethepark in Wedding. »Hei Kozara, breite deine Zweige aus und beschütze junge Partisanen«, erklang es hun-

Bosiljka Schedlich gehört zu den 1 000 Frauen aus aller Welt, die von der in der Schweiz im Frühjahr 2003 geborenen Initiative »1 000 FriedensFrauen« für den Friedensnobelpreis 2005 vorgeschlagen worden sind.

Visionen von
Bosiljka Schedlich:
»Frieden ist keine Toten-
stille. Frieden ist der Weg
zum solidarischen Zusam-
menleben ohne Gewalt und
Krieg. Frieden ist möglich,
wenn wir Mechanismen zur
Verhinderung des Krieges
entwickeln, wenn wir die
Lehren aus der Geschichte
begreifen. Der Zweite
Weltkrieg wird jetzt, nach
60 Jahren, langsam zu
Geschichte. Viele haben
von außen die Entwicklung
unserer demokratischen
Gesellschaft unterstützt.
In Südosteuropa sind die
Kriegswunden noch frisch,
und die Zeit ohne Nationa-
lismus ist noch lange nicht
erreicht. Um den Friedens-
prozess und die europäische
Einigung langfristig zu
unterstützen, gründen wir
gerade eine *Stiftung für
Südosteuropa*. Sie will
Toleranz und Verantwortung
fördern und neue Orte der
Begegnung schaffen, sie
will die Menschen dort ab-
holen, wo sie stehen: ohne
zu urteilen und zu richten.«

dertfach aus dem langen Reigen, der sich über die Lichtungen, im Duft des gegrillten Fleisches, im Gleichschritt bewegte. Dabei dachten viele an den Film »Kozara«, in dem Richard Burton den Marschall Tito spielte, den die deutschen Truppen als Banditen jagten. Bei dieser Jagd töteten sie im Kozara-Gebirge südlich von Banja Luka 1944 zehntausend Menschen, meist Flüchtlinge.

Die Anpassung, die gewollte und ungewollte Integration, wurde zur Gewohnheit. Auch die Mauer wurde mit der Zeit zur Gewohnheit: das Warten an den Grenzübergängen, die lächerlichen Fragen der Grenzposten nach »Kindern, Waffen, Munition und Funkgeräten«.

Es blieb das Unbehagen bei der Durchfahrt durch die »Zone«, verstärkt durch zuweilen auftauchende Meldungen über neue Mauertote. Die Beteuerungen einiger westlicher Politiker, die Mauer einreißen zu wollen, klangen hohl und propagandistisch. Ihre Größe, die Kraft, die notwendig war, sie aufzubauen und aufrechtzuerhalten, ließen keine Zweifel daran, dass sie unverrückbar war. Versuche, sie auf abenteuerlichsten Wegen zu überwinden, lösten Bewunderung für den Mut aus, wenn es glückte, und Resignation, wenn es scheiterte.

In Berlin konnte man die Mauer nie ignorieren. Sie bildete unzählige Sackgassen und stand im Wege. Sie stieß ab, die Sehnsucht nach Freiheit verletzend. Und sie zog an, wie alles Unfassbare die menschliche Neugier anzieht. Lange Wartezeiten, Befragungen und Kontrollen wurden in Kauf genommen, um die andere Seite der Mauer zu sehen.

Ich tat es auch. Mit dem jugoslawischen Pass brauchte ich auch kein Visum. Ich wurde die Botin meiner Berliner Familie. Ich trug Kaffee und Schokolade, Obst und Seife zur Tante und Cousine. Ich lernte den typischen Geruch ihrer Treppenhäuser kennen. Einmal kam ich unangemeldet, niemand war zu Hause, niemand im Treppenhaus. Den guten Spargel, der Tante Anna so gut mundete, versteckte ich hinter einer Leiter und schob einen Zettel unter die Tür. Weder der Zettel noch der Spargel wurden gefunden. Bis zu diesem Vorfall waren die Verwandten mit ihrem Staat meist zufrieden, mit den sozialen Errungenschaften. Sie wünschten sich nur, frei reisen zu können, die andere Seite einmal zu sehen, dort zu sein, wo sie ihre Kindheit verbracht hatten, das Grab der Oma Marta zu besuchen. Mein nächster Besuch bei der Cousine wurde ihr telephonisch von einer unbekanntem Stimme mitgeteilt. Wir wurden beobachtet. Kam ich am Checkpoint Charly oder mit der U-Bahn in der Friedrichstraße auf die andere Seite der Mauer, wurde ich verfolgt auf Schritt und Tritt. Fremde Augen klebten in meinem Nacken. Es war fremdes Gebiet, wurde mir signalisiert, und: meine Besuche seien nicht willkommen. Ich war mir keiner Schuld bewusst, dennoch fühlte ich mich schuldig, wir fühlten uns alle schuldig.

III

Die Mauer war kein Schutz, sie war der eingefrorene Krieg. Keine Antwort gab es auf die nicht gestellte Frage, wann der Krieg beendet sein wird. Von Aussichtsplattformen wurde die andere Seite ins Visier genommen, die unbewohnten Häuser entlang der Grenze mit Leere gefüllt. Mit unterschiedlichen künstlerischen Begabungen

wurde die längste Graffitiwand ungestört mit farbigen Visionen und Sprüchen gefüllt, auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite haben wenige zwischen den Zeilen geschrieben und in geheimen Räumen getuschelt. Einige litten schweigend, sie rasselten nicht mit den Ketten, sie beugten die Köpfe, um nicht aufzufallen. Einige sahen weg, andere machten mit. Einige waren überzeugt.

Eine neue Realität war entstanden, an der man nicht mehr vorbei konnte. Die Politiker im Westen hatten sich mit den Mauern abgefunden und arrangiert, die Politiker in Osten gaben vor, die fortschrittlichen, die zukunftsweisenden, die wahren Sozialisten zu sein. Besuchsregelungen schafften kleine Erleichterungen, auch die Cousine konnte zur Beerdigung eines Onkels für drei Tage in den Westen. Von großen Veränderungen wurde nicht mehr geträumt.

Wenn nur das Schießen auf die Menschen entlang der Mauer und das Verfolgen der Kritiker nicht wäre. Es ging auch im Sozialismus anders. Wie in Jugoslawien, dachte ich.

Dann fiel in anderen Staaten der Eisener Vorhang in sich zusammen, wie eine Panzerkette ohne Halterung. Die Unzufriedenheit hatte sich in Entschlossenheit verwandelt, etwas Neues aufzubauen. Hoffnung trug die Menschen.

Entlang der Mauer schien die Vision zu fehlen. Oder war es die Erstarrung des Zweiten Weltkrieges, die den Staub nicht abzuschütteln vermochte? Die deutsche Mauer spiegelte den Kalten Krieg der Blöcke wider, sie spiegelte auch die Bestrafung des deutschen Volkes für das, was die nationalsozialistische Politik anderen Europäern und den Deutschen selbst eingebrockt hatte. Das Land schien sich in die letzten Fetzen des Eisernen Vorhangs einzuhüllen.

IV

Aber so konnte es nicht lange bleiben. Die Kraft, die Mauer aufrecht zu erhalten, hatte eine stille Gegenkraft, vor allem bei jungen Menschen, ausgelöst. Sie wollten nicht warten, dass die Zeit sie überrennt. Hungrig nach dem Leben suchten sie vorsichtig nach Löchern zum Westen. Andere schlossen sich an, es wurden immer mehr. Es wurde immer unwahrscheinlicher, dass die Fliehenden aufgehalten werden könnten.

In dieser Zeit flohen die Menschen auch aus meinem Land. Schon ab 1981 flohen die Albaner aus dem Kosovo, nachdem die Polizei in die Demonstranten geschossen und 13 Menschen getötet hatte, die besseres Essen in der Universitätsmensa in Priština und höhere Gehälter für die Arbeiter forderten, denn sie verdienten nur ein Viertel dessen, was in Slowenien für die gleiche Arbeit gezahlt wurde. Sie protestierten, suchten Hilfe. Sie kam nicht. Kosovaren wurden zu Staatsfeinden erklärt, sie wurden festgenommen und gefoltert, sie wurden von der Arbeit entlassen, ihre Kinder konnten keine Schule und keine Universität besuchen. Illegale Schulen wurden errichtet, die Menschen versuchten, ihre Kinder zur Ausbildung ins Ausland zu schicken.

Junge Männer kamen auch nach Deutschland, um eine Arbeit in Restaurants zu finden und damit ihre Familien ernähren zu können. Einige arbeiteten auch auf der Straße, Hütchenspiele betreibend. Sie

spielten auch im Schatten der Berliner Mauer. Neben den Kreuzen am Reichstag hatte eine kleine Gruppe im Herbst 1988 einen kleinen Teppich auf den Boden gelegt und darauf die Kugel aus Papier unter den vier Streichholzschachteln hin und her geschoben. Sie lockten die Spaziergänger, sich an dem Spiel zu beteiligen und so auf leichte Art 100 DM zu verdienen. Einige Touristen spielten mit. Zwei Grenzsoldaten im Kontrollturm schauten selbstvergessen durch die Ferngläser auf den kleinen Teppich.

Die Polizei versuchte, die Hütchenspieler festzunehmen. Sie wurden dann verurteilt und ausgewiesen, aber sie kamen immer wieder zurück.

Der nichterklärte Krieg im Kosovo wurde weiter geführt. Sonderheiten aus allen Teilen Jugoslawiens wurden dorthin abgesandt. Über die Polizisten, die in Särgen nach Hause zurückgeschickt wurden, schrieb keine Zeitung, niemand sprach laut darüber. Wer es wagte, wurde zum Staatsfeind erklärt. Die Mitglieder der slowenischen Demos-Bewegung wurden zu k.u.k.-Nostalgikern, die kroatischen Politiker zu Ustaša, den kroatischen Nationalisten aus dem Zweiten Weltkrieg erklärt. Petra Kelly und Gerd Bastian, die 1500 streikende Arbeiter im Bergwerk Trepča besuchen wollten, wurden direkt nach ihrer Ankunft auf dem Flugplatz in Belgrad zurückgeschickt.

Es kamen auch immer mehr Roma nach Berlin, die als erste in der sich zuspitzenden Situation angegriffen wurden. Auch sie berichteten während der Vernehmungen im Asylverfahren über Folter und Verfolgungen. Die Medien berichteten über die Wirtschaftskrise und den Streit unter den politischen Nachfolgern von Tito, die sich über die Aufteilung der noch vorhandenen Ressourcen nicht einigen konnten. Unfähig, die Krise zu lösen, warfen sie sich Verrat und böse Taten aus der Vergangenheit vor. Die Artikel über die Wirtschaftskrise wurden durch Berichte über nationalistische Vorfälle abgelöst. Später kam ans Licht, dass diese Vorfälle häufig von den Geheimdiensten ausgelöst wurden, um die Stimmung gegen die jeweils andere Seite zu schüren.

V

Dennoch erschien es unwahrscheinlich, dass daraus ein Krieg folgen könnte, denn 23 Millionen Menschen hatten vor kurzem gemeinsam den Tod des geliebten Staatspräsidenten beweint und Brüderlichkeit und Einigkeit gelobt. Sie würden streiken, die Armee würde sie schützen, vielleicht auch einen Putsch gegen die unfähigen Politiker durchführen. Alles besser als ein Krieg. Es kam anders. Dabei geschah zunächst nichts Besonderes. Nur der Blick trübte sich wie bei einem Fotoapparat, wenn das Objektiv geringfügig verstellt wird. Die Worte waren immer weniger geeignet, die Sichtschärfe wieder herzustellen. Mit jedem Vorfall, ob tatsächlich oder inszeniert, drehte sich das Objektiv weiter in die falsche Richtung. Die Trübungen lösten neue Orientierungslosigkeit und Angst aus. Zu Erkennungszeichen wurden nun Farben, mit denen Gruppen abstammungsgemäß gekennzeichnet wurden. So wurden die bisherigen Eigenen zu neuen Fremden. Unsichtbare Mauern breiteten sich aus über die Schreibtische, durch die Ehebetten, durch die Kinder hindurch.

Währenddessen wuchs die Öffnung in der deutschen Mauer wie ein Loch in einem Damm vor dem steten Druck des Wassers. Der Damm riss auf, und die Menschen breiteten sich wie Wellen aus. Die Straßen der ersehnten Welt boten sich mit ihren Schaufenstern und ihren Verführungen dar. Werbezettel, Bananenschalen und Bierdosen säumten die Wege. Es war der 9. November, zufällig der Tag der Erinnerung an die Pogromnacht.

Am dritten Tag danach bildeten sich im Nebel an der Gedächtniskirche drei Warteschlangen. Die erste wartete auf Linsensuppe mit Würstchen, die aus dem großen Topf verteilt wurde. Wie in den zwanziger Jahren bei der großen Arbeitslosigkeit. Die zweite Kolonne stand vor einem Bus, in dem 100 DM verteilt wurden, Begrüßungsgeld. Die dritte Kolonne stand vor Beate Uhse. Zwischen den vielen Männern stand nur eine Frau. Als sie die sechste vor der Eingangstür war, rief sie laut zu einem ins Gespräch vertieften Mann: »Hans, komm, du bist jetzt dran.«

Ich lief weiter, in die jugoslawische Wirtschaftsbank, die im Haus neben Beate Uhse eine Filiale hatte. Ich zahlte 5 500 DM für ein Auto ein. Mein Bruder indes bekam das Geld für sein Auto schon nach zwei Monaten zusammen. Er brauchte nur 2 000 DM. So stark hatte die jugoslawische Währung an Wert verloren, die Inflation tobte.

VI

Die sanfte Revolution in Deutschland hatte wohl vor allem die Politiker im Osten überrascht. Zwischen den Zeilen zu lesen, in jedem Druck den Gegendruck zu sehen, das konnten sie nicht so gut. Die Gedanken sind frei und sie sind die Kraft der Menschen, die jede Mauer irgendwann einstürzen lässt.

Die Mauer stürzte ein und niemand schoss. Die Soldaten in Schönefeld winkten mir freundlich zu, als ich über die Grenze fuhr. Das war die Wende. Bis gestern war ihr Gesicht verfinstert und der Blick starr, jetzt atmeten sie auf, als ob vor allem sie nur darauf gewartet hätten, dass die Mauer fällt.

Die Worte der am Runden Tisch Beteiligten kamen aus dem Radio wie Hoffnung. Die sozialen Errungenschaften retten und sich gleichzeitig von Unterdrückung befreien, das sollte möglich sein.

Die durchlöchernte Mauer erzitterte währenddessen unter den Hammerschlägen. Trophäen des Sieges wurden in alle Welt hinaus getragen. Jeder war ein Sieger, der ein Stückchen vom bemalten Beton mitnehmen konnte. Einige tauschten Geld, um billige Waren aus den Geschäften des untergehenden Systems zu holen. Häuser und Grundstücke nahmen sie auch.

Die Frage danach, wer die Wende herbeigeführt, wer die Mauer umgestoßen hat, wurde immer lauter gestellt. Wer hat das Objektiv 40 Jahre lang in falscher Einstellung gehalten, wer hat es nun richtig gestellt?

Die Politiker im Westen schlugen sich auf die Brust und beteuerten, ihre vor Jahren gestellten Forderungen seien es gewesen. Die Verlockung der Waren war es, sagten die Verkäufer. Das Reisen in fremde Länder, sagten andere. Wir, die Politiker im Osten, sagten einige.

Wir sind das Volk, sagten viele. Und sie stürmten die Gebäude der Staatssicherheit, um Beweise zu sichern. Da kam die Ernüchterung, die noch keine Lehre werden konnte. Bewiesen wurde, dass sehr viele, Freunde und nahe Angehörige, ihre Kraft heimlich der Mauer geliehen hatten. Die Euphorie der Befreiung verwandelte sich in Verbitterung, Freude bedeckte sich mit Scham. Aus dem Volk der Sieger schien ein Volk der Verlierer zu werden, zerrissen durch Beschuldigungen, die eigene Unterdrückung gewollt, organisiert und durchgeführt zu haben. Sieger waren sie nicht mehr.

Am 1. Oktober 1990 flanierten auf dem zentralen Platz im Diokletianpalast in Split, wie immer unter dem abendlichen Himmel, die Menschen auf und ab. Einer von ihnen, ein alter Herr, sprach gestikulierend Liebesgedichte auf Altgriechisch, Latein, Französisch. Er war ein Professor, jetzt nannte man ihn »Redikul« wie alle, deren Geist dem Druck der spürbaren Ausweglosigkeit nicht standhalten konnte. »Ruf die Polizei, solche müssen weg«, sagte ein Mann im dunklen Anzug zur Kellnerin des feinen Lokals. Ihn bewundernde, auf seinen Wink wartende Männer an seinem Tisch lachten und sangen weiter verbotene Ustašalieder. Die jungen Polizisten schienen erleichtert zu sein, dass der alte Mann nicht mehr zu sehen war. Sie wirkten verunsichert und gingen. »Habt ihr gesehen, wie sie kommen, wenn wir rufen«, sagte der Mann im dunklen Anzug, »und wegen unserer Lieder hat sie niemand geholt.« Ich auch nicht, dachte ich. Das war dort die Wende, eine schleichende Wende in den verunsicherten Menschen. Kurz danach wurde geschossen.

VII

Beim Kozaratanz halten die Tanzenden die Hände des Übernächsten vor dem Bauch des Nachbarn fest. Das offene, aufgerichtete und freudige Geflecht, ein Symbol der Antifaschisten, zerfiel dort, wo es entstanden war, in Omarska und Keraterm neben Kozara. 1992 wurden dort Konzentrationslager für Muslime und Kroaten errichtet. Die ersten Getöteten waren eigene Leute, Serben, die nicht mitmachen wollten. Die schlimmste Folter gab es für die Verräter.

Ein Überlebender berichtete bei einer Therapiesitzung in Berlin, dass im Dorf Kozara ein Lastwagen vor seine Fabrik kam, um die Männer abzuholen. An der Kühlerhaube war der Kopf eines Rindes befestigt. Die bärtigen, bewaffneten Männer schienen dem Mai 1945 entsprungen zu sein. Als sei die Zeit danach ausgelöscht gewesen, als zogen sie in den alten Krieg. Damals waren ihre Angehörigen grundlos getötet worden.

Es schien, als hätte das Tuch aus sozialistischer Ideologie über Jahrzehnte die Wunden zugedeckt. Als es zerrissen wurde, kam das Verdrängte hoch. Das befreite Wort ließ das Verschwiegene aufstehen, ließ den toten Vater, den Bruder und das Kind sichtbar werden in ihrem qualvollen Tod. Ich erfuhr, dass einer der Mörder mein beinloser Nachbar war, der mit Metallstückchen seine Türen zu Kunstobjekten verwandelte. Er hatte seine unaussprechlichen Worte unter den Metallstückchen versteckt, er hat sie ins Grab mitgenommen. Mit den Bildern in den Köpfen kam die Wucht des Hasses, der neue Menschen in die Gruben stürzte. Die Nichtbeweinten von damals schienen sich der Seelen der heutigen Menschen bemächtigt zu haben.

Die Welle des eingestürzten Dammes prallte dort auf, wo es am wenigsten zu erwarten war, dort, wo die schwere Erinnerung in der Krise einen Gegendruck erzeugte. Jetzt, 10 Jahre danach, wird dort nicht mehr geschossen. Die Errungenschaften der Sieger des Zweiten Krieges sind im Feuer des neuen Krieges untergegangen. Unzählige Wunden, neue und alte, schmerzen. Die Filme der Kriege vermischen sich zu einem Bild, zu einer Zeit. Das Gift will ausgespült werden.

Wo Gelegenheiten gegeben werden, wo Gespräche gefördert werden, werden die Mauern langsam abgetragen und das Gift kommt heraus. Es wird von Zuhörenden aufgenommen, es bewegt sie. Es bringt auch das bisher von ihnen nicht bewusst wahrgenommene Gift in Bewegung, das sie als Kinder selbst oder ohne Worte von ihren Angehörigen aufgenommen haben. Das verdrängt Gewesene kann nicht mehr zurückgehalten werden, es sucht sich Wege nach außen. Bombenkeller, untergehende Schiffe voller Flüchtender im gefrorenen Meer, ins Wasser mit Menschen und Tieren stürzende Brücken, stehen nach 60 Jahren neben den Überlebenden der alten und neuen Lager, neben den Überlebenden der subtilen Folter in Gefängnissen. Die Betroffenheit wird von einigen als Chance gesehen, das Gift loszulassen, es anzusehen und zu benennen, damit es als Alptraum unsere Nächte nicht aufrüttelt. Viel Zeit brauchen wir dafür.

STEFAN BOLLINGER

Sozialstaat DDR – nur Erinnerung oder auch Herausforderung?

Sozialpolitik ist Machtpolitik

Ein Vergleich mit der westdeutschen und mit anderen Perioden der deutschen Geschichte seit Bismarcks Sozialreformen sowie mit den sich entwickelnden sozialstaatlichen Strukturen und Leistungen könnte die Sozialpolitik in der DDR differenzierter erkennbar werden lassen. Wer sich etwa über die Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard informiert, wird feststellen, daß auch dieser gelegentlich offen über die politischen Implikationen einer kapitalistischen Entwicklung in sozialem Frieden nachdachte. Ihm ging es mit seinem Konzept darum, »endlich das Ressentiment zwischen ›arm‹ und ›reich‹ zu überwinden, um so letztlich eine »Absage an den Klassenkampf« zu erreichen.¹ Sein Parteifreund Norbert Blüm konstatiert heute angesichts des Abschieds von der sozialen Marktwirtschaft: »Im Ost-West-Konflikt war der Sozialstaat Teil unserer Legitimationsgrundlage. Wir mußten beweisen, daß wir sozialer sind als der Sozialismus. Der Sozialismus ist tot und jetzt glauben manche Arbeitgeber, sie könnten Hausputz halten.«²

Wer sich jenseits ideologischer Scheuklappen der DDR-Sozialpolitik nähert, der wird sie als den Versuch der Umsetzung von humanistischen Idealen der Arbeiterbewegung betrachten müssen. Hier sind alle Versuche untauglich, dies auf das reine Machtkalkül zu reduzieren. Genau dies dominiert die aktuelle Geschichtsschreibung und den politischen Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Dies haben auch manche Publikationen negativ bestätigt, die zum jüngsten Jahrestag des 17. Juni 1953³ es für nötig erachtet haben, dies nicht nur als »Lernschock«⁴ zu interpretieren, sondern so zu tun, als ob der »Neue Kurs« erstmals sozialpolitische Einsichten der Kommunisten bringen würde. Die Verschärfung des Klassenkampfes mit allen Konsequenzen einer Bevorzugung der Schwerindustrie und der Militarisierung des Landes wurde so uminterpretiert, als ob dies das dringendste und alleinige Bedürfnis einer Ulbricht-Clique gewesen wäre, während die sowjetische Führung unter Berija und Malenkov zum wahren Verfechter der Sozialpolitik erkoren wurde.

Ein Blick auf die weltpolitische Konstellation und auf den offenbar nicht nur Linken eigenen Furor bei der Durchsetzung politischer Ziele sollte daran erinnern, daß jede Politik, also auch Wirtschaftspolitik, eben von solchen Rahmenbedingungen – neben der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft – entscheidend abhängig und bestimmt ist. Das Dilemma der Kommunisten war allerdings auch noch 1953, wie so oft in der Geschichte, daß sie glaubten, der eigenen Klasse, die sie

Stefan Bollinger – Jg. 1954 in Berlin, Dr.sc.phil., Politikwissenschaftler; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. *Wichtige Publikationen zum Thema:* Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen (mit Fritz Vilmar Hrsg., 2 Bd., 2002); Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe (Hrsg., 2004); Zivilisatorische Leistungen des Sozialismus? Skizzen zu Lasten und Traditionen. Pankower Vorträge. Heft 74 (2005) Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine Ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft«, Heft 149, Februar 2003.

schon lange im besten Willen als revolutionäre Avantgarde entmündigt hatten, Opfer für die großen sozialistischen Ziele abzufordern berechtigt zu sein. Daß die Arbeiterklasse auch unter roten Fahnen wußte, daß erst das Fressen und dann die Moral kommt und daß auch Opfermut bei den bewußtesten, mit der Partei am engsten verbundenen Teilen sehr endlich ist, mußte die SED nicht nur einmal erleben.

Dabei ist auffällig, daß trotz der engen Anlehnung an das sowjetisch-stalinistische Sozialismusmodell in der DDR eigenständige deutsche Wege nicht zuletzt unter Rückgriff auf sozialdemokratische wie kommunistische Erfahrungen insbesondere aus der Weimarer Republik gegangen wurden. Hier ist das Poliklinik-Beispiel sehr typisch. Und diese Wege hatten zumindest in den 1960/70er Jahren auch einen positiven Einfluß auf das bundesdeutsche DDR-Bild wie auf die spezifische Systemauseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten. Das sahen zumindest westdeutsche Publizisten und Forscher so, auch wenn sie später glaubten, die damaligen Einsichten einer systemimmanenten Kritik verleugnen zu können. Angesichts der heute vorherrschenden Vorstellungen eines Irrweges von Anfang bis Ende wundert dies nicht. Es widersprach nur sowohl den Intentionen der politisch Verantwortlichen in der DDR wie auch weiter Teile der DDR-Bevölkerung, im Unterschied zu einer Minderheit, die zudem aus sehr verschiedenartigen Gründen und angesichts der idealen politisch motivierten Asylbedingungen in Westdeutschland der DDR den Rücken kehrte.⁵ Trotz gegenteiliger Interpretation fällt zumindest auf, daß in allen Krisensituationen Bürger, so Intellektuelle und nicht selten auch SED-Genossen, in ihrer Kritik an den bestehenden Verhältnissen scharf waren. Sie wollten aber »nur« eine andere sozialistische Politik und nicht ein anderes, kapitalistisches System. Das politische Verbrechen der SED-Führung bestand gerade darin, genau jene Kritiker in die Ecke der Todfeinde des Sozialismus gestellt zu haben und ausmerzen zu wollen.

Im Selbstverständnis der DDR und der SED-Führung war Sozialpolitik weit mehr als ein reines System der Risikoabsicherung in den Wechselfällen des Lebens, mehr als »die Gesamtheit aller staatlichen und außerstaatlichen Maßnahmen und Bestrebungen zur Verbesserung der Lebenslage von wirtschaftlich und/oder sozial schwachen Personengruppen«⁶, wie in einem westlichen Standardwerk nachzulesen ist. Auch wenn dies naturgemäß sozialistische Politik von vornherein aller totalitärer Anwendungen verdächtig macht, und politisch selbstredend begünstigt, war die Sozialpolitik in der DDR tatsächlich »die Gesamtheit der Gestaltung der sozialen Verhältnisse als Verhältnisse der Klassen, Schichten und sozialen (demographischen) Gruppen zueinander und nicht nur die Verbesserung der sozialen Lage wirtschaftlich und/oder sozial schwacher Gruppen.«⁷ Auch wenn in der DDR Sozialpolitik unmittelbar nach dem Krieg natürlich zunächst solche Sicherungsfunktionen übernehmen mußte, so war sie doch sonst immer weiter gefaßt. Letztlich stand zugleich immer die offene spannende Frage des wirklichen Westvergleichs: Welches System hat die Sozialpolitik im weiten Sinne, also nicht nur hinsichtlich der Risikoabsicherung, sondern der Gestaltung der sozialen, materiellen Verhältnisse zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der (potentiell, wenn an die Ausgegliederten, Ausgestoßenen gedacht wird) arbeitenden Schichten erreicht.

Bearbeitetes und stark gekürztes Referat auf der 40. Linzer Konferenz der ITH (17.-19. 9. 2004). Die erweiterte Fassung (Stefan Bollinger: Sozialstaat DDR. Überlegungen zu Geschichte und Gegenwart. hefte zur ddr-geschichte, H. 94, Berlin 2005) kann bezogen werden bei: Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 78, 10437 Berlin, Telefon: 030 47538724, Fax: 030 47378775, E-Mail: info@helle-panke.de

1 Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Düsseldorf 2000, S. 7, 14.

2 Norbert Blüm: »Manche Arbeitgeber glauben, sie könnten jetzt Hausputz halten«. Der frühere Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) über Hartz IV, Radikal-Reformer in der Union und Miniröcke, in: Berliner Zeitung, 10. August 2004.

3 Exemplarisch sei hier verwiesen auf Steininger, der sehr nachdrücklich eine gerade Verbindungslinie von 1953 zu 1989 zieht und dies vor allem an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR festmacht. Siehe Rolf Steininger: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003.

4 Martin Jänicke: Krise und Entwicklung in der DDR. Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Hartmut Elsenhans, Martin Jänicke (Hrsg.): Innere Systemkrisen der Gegenwart, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 162.

5 Siehe Jörg Roesler: »Rübermachen«. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Beziehungen als häufigste Motive der

deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, in: hefte zur ddr-geschichte, H. 85, Berlin 2004.

6 Johannes Frerich: Sozialpolitik. Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Darstellung, Probleme und Perspektiven der Sozialen Sicherheit, München-Wien 1990, 2. Aufl., S. VI.

7 Gunnar Winkler: Sozialpolitik in der DDR, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken-Scheidt 1988, S. 135; siehe Ders. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945-1985, Berlin 1989; Günter Manz, Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik, Berlin 1988, 2. erw. Aufl.

8 Dieser Umschlag ist anschaulich, wenn auch nicht in der Intention der Autorin liegend, nachzulesen bei Beatrix Bouvier: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002, Kap. 3.

9 Der Wirtschaftsreform der 1960er Jahre in der DDR – Neues Ökonomisches System.

10 Zu den empfehlenswerten Gesamtdarstellungen nach 1989 gehören: Johannes Frerich, Martin Frey: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1996, 2. Aufl; Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit; Bouvier, Die DDR, a. a. O. Siehe auch die selbstkritische Untersuchung von führenden DDR-

In der DDR setzte die Führung von Anfang an auf eine weite Fassung von Sozialpolitik, weil allein sie den ursprünglichen Idealen der Arbeiterbewegung entsprach, gerade deshalb mußte sie sich fast zwei Jahrzehnte lang schwer tun, selbst den Begriff zu verwenden. Er wurde in dem Moment aktuell, da die Führung und besonders Ulbricht begriffen,⁸ daß Planwirtschaft allein als Kommandosystem nicht funktioniert, sondern durch – wie wir heute sagen würden – marktwirtschaftliche Elemente im NÖS⁹ ergänzt werden muß. Das Makabere besteht darin, daß dieser Rückgriff auf den (weiten) Sozialpolitik-Begriff bis zum Schluß blieb und in dem Konstrukt der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« letztlich antisozialistisch voll zum Funktionieren gebracht wurde, weil genau die Bindung an die beschworene Wirtschaftspolitik durch Voluntarismus und Auslands-/West-Verschuldung unterlaufen wurde. Hier sind naturgemäß alle Kritiken an dieser Politik berechtigt, obschon sie allein von der vorgeblichen Systemgebundenheit her diskutiert werden und die realen wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungen im Ostblock und in der Welt recht gering geachtet und eher der SED-Führung angelastet werden.

DDR-Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Es ist sinnvoll, die DDR-Sozialpolitik¹⁰ in ihrem weiten Sinne (d. h. soziales Sicherungssystem, aber auch Bildungs-, Gesundheits-, Bevölkerungs- und Frauenpolitik, auch Wohnungsbau und nicht zuletzt Subventionspolitik) so zu betrachten, wie sie im Selbstverständnis der DDR auch praktiziert wurde: Nicht allein als Sicherungssystem für soziale Notlagen, sondern als einen umfassenden Versuch, in der Gesellschaft die Ideale von sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit, auch von Gleichheit mit einem hohen Maß an Solidarität durchzusetzen. Daß dabei Machtfragen wie bei jeder Sozialpolitik in jeder Gesellschaft eine Rolle gespielt haben, ist einsichtig und keine DDR-Besonderheit.

In der Geschichte der DDR gibt es unterschiedliche Etappen der Realisierung der Sozialpolitik, die hier nicht weiter ausgeführt werden können. Bemerkenswert ist allerdings zweierlei: Im Unterschied zu den bürgerlichen Freiheiten waren die sozialen Rechte der Verfassung, allerdings immer auch gekoppelt mit eingeforderten Pflichten der Bürger gegenüber dem Staat resp. der Gesellschaft, sehr konkret und nachvollziehbar. Zum andern zeigt sich bei der Realisierung von sozialpolitischen Zielen oft, daß in der Anfangsphase durchaus weitreichende Zielsetzungen kühn und erfolgreich angegangen wurden, sie aber in der Folgezeit durch ihre Verbürokratisierung, durch zunehmende Ressourcenprobleme, aber auch ihre teilweise weitgehende Umsetzung wesentliche Identifikationsmöglichkeiten für den einzelnen Bürger verloren haben.

Hier seien nur einige der Hauptfelder der DDR-Sozialpolitik genannt:

- Die *Sicherung der Vollbeschäftigung* für alle Bürger, was auch die zunehmende Einbeziehung der Frauen in die Erwerbstätigkeit einschloß, sowie gleichzeitig die Sorge um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. In der DDR war über fast drei Jahrzehnte die Arbeitslosigkeit überwunden, was Friktionsarbeitslosigkeit nicht ausschloß. Die Vollbeschäftigung war mit einer weitgehenden Verantwortung der Betriebe für die sozialen Belange der Beschäftigten einschließlich der Integration von Problemgruppen (Straffällige, Suchtkranke,

Behinderte u. a.) ebenso verbunden wie mit der Etablierung eines umfangreichen, nicht allein machtpolitisch zu verstehenden Netzes von Strukturen für Sozialleistungen (Verkaufsstellen, Feriendienst, Kinder-einrichtungen), die aber wesentlich zur niedrigen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität beigetragen haben und die betriebliche Effizienz schmälerten.

- Die Brechung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen und die Sicherung des *Bildungszugangs für alle*; auch hier galt frühzeitig die Aufmerksamkeit den Frauen und der Sicherung eines durchgreifend hohen Bildungsniveaus für alle lernfähigen und -bereiten Bürger (1988 hatten nur noch 13,7 Prozent der Beschäftigten überhaupt keinen Berufsabschluß). Gerade in diesem Bereich gab es Fehlsteuerungen durch politische Eingriffe gegen politisch Unliebsame, denen in der Regel nur der zweite Bildungsweg blieb, sowie zunehmend die Privilegierung bestimmter Personengruppen nicht zuletzt im Interesse der Reproduktion der Dienstklasse. Bildungspolitik schloß im weiteren Sinne auch einen umfassenden, weitgehend kostenlosen oder -günstigen Zugang zu den unterschiedlichen Formen der Kultur ein, sowohl als Konsument wie als aktiver Gestalter.

- Die Sicherung der *Gleichberechtigung der Frauen* und die *Förderung der jungen Familien und der Mütter* mit Kindern mit dem Ziel, Beruf und Familie zu vereinbaren und eine hohe Erwerbsquote zu sichern (1988 betrug der Frauenanteil aller Beschäftigten 48,9 Prozent), aber auch um die Gleichberechtigung durchzusetzen. Dazu kamen zunehmend bevölkerungspolitische Gründe. Nicht zuletzt ein ausgebautes Kinderbetreuungssystem gewährleistete dies (1988 betrug der Betreuungsgrad in Kinderkrippen u. ä. 79,9 und in Kindergärten 94,0 Prozent). Eine Schlüsselfrage war seit den 1960er Jahren die Sicherung eines hohen Bildungsniveaus der Frauen, das weit über die reine Arbeitskraftfrage hinaus ging und zutiefst emanzipatorischen Charakter trug. Nicht zu vergessen ist die seit 1972 mögliche Selbstbestimmung der Frauen hinsichtlich ihrer Schwangerschaften.

- Eine weitgehend kostenlose verstaatlichte *Gesundheitsvorsorge*, die in einem hohen Maß an die Betriebe gebunden war, mit arbeitsteiligen Gesundheitseinrichtungen (Polikliniken und Ambulatorien) und einem ausgebauten Vorsorgesystem (Dispensaire-Betreuung). Dazu gehörte auch eine umfassende Absicherung bei Krankheit, während die zu geringen Renten bis zum Ende ein ständiges Problem blieben und hier am ehesten relative Armut¹¹ zu beobachten war.

- Die Sicherung der *Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen*, die insbesondere durch ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm seit 1973 und mit äußerst geringen Mieten (0,80-1,20 Mark der DDR/qm) versucht wurde umzusetzen. Dabei konzentrierte sich dieser Wohnungsbau lange auf den Neubau und führte zur Vernachlässigung der Innenstädte. Immerhin gelang es für etwa die Hälfte der DDR-Bürger die Wohnverhältnisse qualitativ entscheidend zu verbessern.

- Die Erhöhung des Lebensniveaus durch eine *gezielte Einkommens- und Subventionspolitik*, mit der sowohl Leistungen stimuliert als auch die Versorgung im wesentlichen abgesichert werden sollten. In der Praxis erwies sich dabei die Entwicklung der Subvention von Konsumgütern und Tarifen am problematischsten. Sie garantierte zwar den Bürgern eine »2. Lohntüte«, wurde von den meisten jedoch nicht bewußt

Sozialpolitikforschern: Günter Manz, Ekkehard Sachse, Gunnar Winkler (Hrsg.): Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001. Auch Stefan Bollinger: Soziale Sicherheit und Sozialpolitik in der DDR – Anspruch, Wirklichkeit, Wertungen, in: Ludwig Elm, Dietmar Keller, Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 1, Eggersdorf 1998, S. 403-426.

11 Siehe Günter Manz: Armut in der »DDR«-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992.

wahrgenommen und belastete gleichzeitig den Staatshaushalt exorbitant. (Von 1980 bis 1988 stieg das Produzierte Nationaleinkommen von 193,6 Mrd. Mark der DDR auf 268,1 Mrd. Mark, während sich die Aufwendungen für die Preissubventionen von 16,9 Mrd. Mark auf 49,8 Mrd. Mark verdreifachten.) Vor allem führte die inflexible Subventionspolitik zu einer Fehlsteuerung, die kaum korrigiert wurde (unterbelegte Wohnungen, Brot als Viehfutter, billige Kinderkleidung auch für Erwachsene usw.).

Zu den Besonderheiten der DDR-Sozialpolitik gehörte sicher ihre ritualisierte Form der Verkündung, vor allem aber die einsamen Entscheidungen der obersten politischen Führung, einzelne Maßnahmen einzuführen. Wobei es eine konzeptionell abgestimmte Sozialpolitik trotz dieses Zentralismus nicht gab. Denn diese Sozialpolitik wurde als eine paternalistische,¹² auch patriarchale Politik betrieben, die kaum auf die aktive Einbeziehung der Betroffenen setzte, trotz der gerade auch in diesen Bereichen vorhandenen demokratischen Strukturen. Vor allem aber war es die Politik allein der Führung einer Partei, die die Richtlinien der Politik ebenso wie die konkreten Prozesse in allen staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen bestimmte. Diese Verschmelzung von Partei, Staat und Wirtschaft machte die Partei für alles verantwortlich, was sie auch sein wollte. Aber in dem Moment, wo die Entwicklung aus dem Ruder lief, mußte sich der Unmut auch immer nur an diesen einen Adressaten richten, das war 1953 wie 1989 gleichermaßen so.

Gründe des Scheiterns

Im heißen Sommer 2004 machte eine Meldung die Runde. Angesichts zunehmender tödlicher Badeunfälle mußte eine sinkende Anzahl von Schwimmern auch unter den Kindern in Deutschland festgestellt werden. Allein im Küstenland Mecklenburg-Vorpommern mit der Ostsee, vielen Seen und 14 Spaß-Bädern lernt heute fast jedes 3. Kind nicht mehr schwimmen. Zu DDR-Zeiten konnten mehr als 90 Prozent nach der 4. Klasse schwimmen. Damals wurden die Kinder ungeachtet von Kosten und Entfernung zum Schwimmunterricht gebracht. Der heutige lakonische Kommentar: »Das können sich die Kommunen heute nicht mehr leisten«.¹³

Das war und ist das Kernproblem jeder Sozialpolitik: Wer bezahlt eine Politik zum Wohle des Volkes und wie muß eine entsprechende Politik sozialer Gerechtigkeit gestaltet und realisiert werden? In vielen Darstellungen zur DDR-Sozialpolitik wird heute recht einfach gerechnet. Angesichts des explodierenden Anteils der Sozialausgaben (im DDR-Verständnis) am Staatshaushalt und der sinkenden Effizienz der Volkswirtschaft, auch der ausbleibenden Triebkraftwirkungen der Sozialpolitik, die Honecker und seine Führung ja erwarteten, die aber mehr und mehr ideologischer Natur waren, ist diese Rechnung einfach. Die Sozialpolitik war nicht mehr bezahlbar und der letzte Sargnagel an der DDR. In Übereinstimmung mit Erklärungen von DDR-Wirtschaftsfunktionären nach 1989 wird seit langem verkündet: »Der DDR-Bürger hat in all diesen Jahren über seine Verhältnisse und vor allem zu Lasten der Zukunft gelebt.«¹⁴ Im Zweifelsfall wird hier gleich fortgeschrieben, daß auch die Vereinigungspolitik und die fortgesetzte Alimentierung der Ostdeutschen sich genau in dieser Tradition bewege.¹⁵

12 Siehe anschaulich als zeitgenössische Kritik: Gerd Meyer: Sozialistischer Paternalismus. Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, in: Ralf Rytlewski (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. Ergebnisse und Probleme der Sozialistische Länder-Forschung, Opladen 1989, S. 426-448; aus Sicht der DDR-Opposition im Herbst 1989: Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat, Leipzig-Weimar 1990.

13 Fast jedes dritte Kind lernt nicht schwimmen, in: Ostsee-Zeitung (Rostock), (Ausgabe Bad Doberan), 19. Juli 2004.

14 Günter Kusch u. a.: Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, S. 31.

15 Siehe z. B. Manfred G. Schmidt: Grundzüge der Sozialpolitik in der DDR, Bremen 1999, S. 44 f.

Tatsächlich war die DDR-Sozialpolitik im wesentlichen eine steuerfinanzierte Politik. Und die Steuern, Abführungen an den Staatshaushalt, hatten die Unternehmen zu zahlen. (Die Bevölkerung wurde nur marginal zur Kasse gebeten: Bei einem Staatshaushalt 1988 von 268,1 Mrd. Mark der DDR betrug die Steuern der Bevölkerung 11,6 Mrd. Mark und die Beitragsleistungen für die Sozialversicherung 8,3 Mrd. Mark.) Das ausschlaggebende Mißverständnis seitens Regierung der DDR und der heutigen Kritiker: Sozialpolitik reduzierte sich auf Subventionspolitik. Nach der Erfahrung von 1953, aber auch der diversen polnischen Krisen waren Preise und überhaupt konkrete Veränderungen in der Ausgestaltung der Sozialpolitik für die SED-Führung ein Tabu.¹⁶ Diese Lektion hatte man tatsächlich so gründlich gelernt, daß man nie über adäquate politische Krisenregulierungsmechanismen nachdachte und/oder praktizierte. Wenn es zu Konflikten kam, suchte man sie möglichst schnell unter der Decke zu halten, in der Regel mit Zugeständnissen, weit seltener mit Repression.¹⁷ Die DDR war eine »arbeiterliche Gesellschaft« (Wolfgang Engler), die nicht nur bis zum Ende die Arbeit in den Mittelpunkt rückte, sondern auch die Arbeiterklasse, entsprechend der herrschenden Ideologie ja auch die herrschende Klasse, die die Partei, das Politbüro nur stellvertretend repräsentierte.

Eine solche Unbeweglichkeit mußte in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten die Macht ebenso gefährden wie das Gesamtsystem. Denn so war eine Umorientierung – trotz breiter Diskussionen im Lande unterhalb der offiziellen Ebene – letztlich unmöglich, eine zielgruppensichere und ressourcengesättigte Sozialpolitik in anderen Bereichen immer mehr ausgeschlossen. Die Subventionspolitik ist tatsächlich gescheitert und der Teil der Sozialpolitik, der den Staat spätestens nach der Agrarpreisreform von 1985 in den Ruin trieb. Auf jeden Fall hat diese Politik als Legitimation nicht mehr funktioniert. Genau auf diese Frage hatte sich aber die Führung versteift, so daß selbst nach dem Sturz Honeckers das Politbüro von seinen Wirtschaftsexperten nun neben ungenauen Verschuldungszahlen den Hinweis bekam, den Lebensstandard der Bevölkerung um 30 Prozent absenken zu müssen.¹⁸

Dies hätte den Abbau von Sozialstaatlichkeit in Gestalt von Lebensstandard heraufbeschworen, die übrigens auch schon in Ungarn und in der Extremform in Rumänien gegriffen hatte. Für die DDR-Führung war dies keine Option. Beide osteuropäischen Beispiele verweisen allerdings auch darauf, daß vor der Wende mit oder ohne Reformen die staatssozialistischen Länder vom Westen, vom IWF abhängig waren, die letztlich angesichts der Devisenschulden die Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesen Ländern beeinflussen konnten. Über die Wirkungen könnte man sicher genauso streiten wie heute in Südamerika oder Afrika.

Das umfassende Demokratiedefizit der staatssozialistischen Machtausübung erwies sich als das *entscheidende* selbstzerstörerische Element, das spätestens in den ausgehenden 1970er Jahren einen unverzichtbaren Umbau der DDR-Sozialpolitik, wie der Wirtschaftspolitik insgesamt, verhinderte.

Auch dies sei hier an einem randständigen, frühen Beispiel angedeutet. Die DDR war bekanntlich bis zur Wende und der Ankunft der westdeutschen Badegäste eine Hochburg des FKK, der Freikörperkultur,

16 Siehe ausführlicher Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements. hefte zur ddr-geschichte, H. 30, Berlin 1996.

17 Siehe z. B. Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995.

18 Siehe Schürers Krisen-Analyse, in: Deutschland-Archiv, 1992, H. 12, S. 1112-1120.

19 Siehe Ralf Pievan (Redaktion): Urlaub, Klappfix, Ferienscheck. Reisen in der DDR, Berlin 2003, S. 79-87, bes. 83 f.

was sicher nicht in erster Linie den Versorgungsengpässen geschuldet war. Diese Freizügigkeit, trotz der Traditionen in der Arbeiterbewegung, war anfänglich in der pruden DDR mit ihren Funktionären keine Selbstverständlichkeit. Verbote und Ausgrenzungen sorgten noch Mitte der 1950er Jahre für Verdruß. Trotzdem gab es hier bescheidene Ansätze von Öffentlichkeit, bis hin zu Vorschlägen, dieses Problem wirklich öffentlich zu diskutieren und einer Abstimmung unter den Badegästen in den betreffenden Ostseebädern zu unterziehen. Lieber wichen die Funktionäre Stück für Stück, aber selbst über solche kleinen Fragen sollte unkontrollierbare Demokratie nicht entscheiden.¹⁹ Heute entscheiden die Gemeindevertreter auch unter sich und unter dem Druck ihrer zahlungskräftigen (west)deutschen Investoren.

Ohne Öffentlichkeit, ohne demokratische Willensbildung, ohne das Austragen von (nicht einmal anerkannten) Interessenkonflikten muß über kurz oder lang jede Politik scheitern. Gerade das letzte Jahrzehnt der DDR erlebte immer wieder Nachfragen, private und Basis-Diskussionen, Vorstöße von Wirtschaftsfunktionären, zu einer Neuausrichtung der Sozialpolitik. Erfolglos. Zielgenauigkeit, Effizienz, Qualität und vor allem Anerkennung der sozialpolitischen Leistungen nahmen besonders in den letzten Jahren der DDR eine negative Entwicklung und schufen auch jenes Klima, das zum gescheiterten Versuch einer sozialistischen Erneuerung der DDR und schließlich zum Ausweg einer deutschen Einheit unter kapitalistischen Vorzeichen führte.

Nichtsdestoweniger sind die Erfahrungen wie auch wesentliche Strukturen der DDR-Sozialpolitik – von den Polikliniken bis zum polytechnischen Prinzip in der Schulbildung – Erfahrungen, die auch für moderne Alternativkonzepte von Bedeutung sind. Leistungen wie Defizite der DDR könnten wichtige Anhalte für neue Vorschläge sein. Vor allem stehen sie im Gegensatz zu jeglichen Tendenzen einer als Umbau getarnten Zerstörung des Sozialstaats, wie er unter unterschiedlichen ideologischen Verkleidungen gegenwärtig nicht nur in Deutschland praktiziert wird.

Von der DDR lernen, aber wie?

Aus heutiger Sicht kann man konstatieren: Die DDR leistete sich eine wirkungsvolle Sozialpolitik, die – allerdings erst im nachhinein, zum Leidwesen der SED – als Leistung, als Errungenschaft angesehen wird. Zu Lebzeiten der DDR hatte man sich ihrer erfolglos ähnlich gerühmt wie im Westen hervorragender Konzernbilanzen. Nur für die Bürger waren es damals Selbstverständlichkeiten, die sie erst heute vermissen und für die sie auch heute den Staat in der Pflicht sehen.

Eine unvoreingenommene Betrachtung zeigt, daß die Methoden, Instrumentarien dabei teilweise modern waren und durchaus auch auf die westdeutschen und nun gesamtdeutschen Fragen Antworten geben könnten. Polikliniken/Gesundheitszentren, Polytechnische Oberschulen/Ganztagsschulen, Kiga/Kita, Frauengleichberechtigung sind solche Felder. Und eine nüchterne west-/gesamt-deutsche Rückerinnerung würde auch eingestehen müssen, daß manche der sozialen Herausforderungen auch den Westdeutschen zunächst zumindest Anregungen gaben.

Diese konkreten Felder wie die gesamte Sozialpolitik waren systembedingt nonprofitorientiert, durch ein hohes Maß an Zentralisierung ge-

kennzeichnet, beinhalteten durchaus Selbstverwaltungselemente (in Gestalt des FDGB), blieben aber einem in diesem Sinne wahrlich paternalistischen System verhaftet, das Basisinitiativen und gar eine öffentliche Diskussion (nicht aber ein ausgeprägtes Eingabensystem in eher feudaler Manier) ausschloß.

Richtung und Inhalt durfte und konnte nur das SED-Politbüro vorgeben, das funktionierte immer so lange, wie es erfolgreich die Interessen der Bevölkerung aufgriff und vermochte, sie in Übereinstimmung mit Instrumentarien und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu bringen. Es scheiterte immer dann, wenn sich Rahmenbedingungen änderten und die breite Unterstützung, aber auch Mitsprache der Bürger erforderlich gewesen wäre. Zivilgesellschaftliche Strukturen fehlten und das zentralistische Machtsystem mit seinem Hierarchiedenken und dem Willen des »Durchstellens« von oben nach unten erwies sich als untauglich.

Neben den interessanten Einzellösungen (Polikliniken, Dispensaire, Ganztagschule, Polytechnische Bildung, Frauen usw.) und einem einheitlichem Sozialversicherungssystem gibt es selbstredend eine grundsätzlichere Ebene, über deren Aktualität nachgedacht werden müßte. Dies ist aber mit ordnungspolitischen Fragen verknüpft. Kann und muß sich eine moderne Gesellschaft der Frage der Gestaltbarkeit sozialer Verhältnisse stellen? Das betrifft insbesondere Probleme des gleichen, sozial gerechten Zugangs zu Arbeit und Bildung, nicht nur als Ausgangsbedingung, sondern möglichst in allen Lebensabschnitten. Gerade die garantierte Vollbeschäftigung, das einklagbare »Recht auf Arbeit« erweist sich heute immer mehr als springender Punkt. Das schließt auch die Frage nach einer Bevölkerungspolitik ein, die sich um Zusammensetzung und Reproduktion einer Bevölkerung kümmert und entsprechend steuert.

Das Lernen aus den DDR-Erfahrungen schließt das Begreifen des fundamentalen Widerspruchs jeder Sozialpolitik ein – soll sie vom Individuum oder von der Gesellschaft ausgehen. Extremformen, zu denen auch die DDR nicht gehörte, sind immer kontraproduktiv, ein ausgewogenes Verhältnis ist politisch anzustreben und demokratisch ständig neu zu legitimieren.

Hier seien nur einige Probleme der DDR benannt:

- Die DDR setzte auf Staat und Zentralismus, verhinderte dabei tatsächliche demokratische Entscheidungsprozesse für gesamtgesellschaftliche Probleme, obwohl in den Basisstrukturen Demokratie durchaus funktionieren konnte. Eine zivilgesellschaftliche Struktur außerhalb der Lenkungs- und Führungsrolle der Partei war undenkbar.

- In der DDR wurden den Gewerkschaften wesentliche Funktionen bei der Realisierung der Sozialpolitik eingeräumt, die aber wiederum nur bedingt Schutzfunktionen wahrnehmen konnten und mit ihren Strukturen wie alle anderen nur bedingt am demokratischen Prozeß teilnehmen konnten.

- In der Sozialpolitik spielten die volkseigenen, d. h. staatlichen Betriebe die entscheidende Rolle, was durchaus dem Platz der Arbeit im menschlichen Leben entsprach, gleichzeitig aber auch die schwerpunktmäßige Verteilung der Ressourcen erleichterte. Das sicherte eine starke Position der Beschäftigten, schränkte aber ökonomische Effizienz ein. Trotz dieser überragenden Rolle der Betriebe funktionierte zugleich in der verstaatlichten Industrie sozialistisches Eigentümerbe-

wußtsein nicht, während in den Genossenschaften, insbesondere in der Landwirtschaft, Eigentümerbindung und vor allem -verhalten funktionierte.

Trotz der vielen Wenn und Aber ist die in sich widersprüchliche DDR-Sozialpolitik mit ihren unterschiedlichen Facetten einer genaueren und unvoreingenommenen Untersuchung würdig. Keine ihrer Antworten sind unmittelbar übernehmbar. Genausowenig sind es alles Antworten, die nur für die Zeiten des Fordismus und der Arbeitsgesellschaft gültig waren, wobei generell zu fragen ist, ob der Umbruch hin zu postfordistischen, wissensorientierten Gesellschaften wirklich vollzogen und bestimmend ist.

Der Untergang des Staatssozialismus dürfte gerade angesichts des heutigen Vormarsches des Neoliberalismus – der weitgehend erst dadurch möglich wurde – deshalb nicht nur für Osteuropa ein Problem sein, sondern mehr noch für Westeuropa und den »rheinischen Kapitalismus«: Der soziale Stachel fehlt und nach den »sozialistischen Errungenschaften« stehen nun auch jene zur Disposition, die Sozialdemokraten und Gewerkschaften erkämpft haben. Das Problem besteht nur darin, daß sich dies Sozialdemokraten, Gewerkschafter und undogmatische Linke ebenso eingestehen müßten wie nicht wenige Verantwortliche postkommunistischer Parteien. Obwohl der Realsozialismus so bluttriefend in die Geschichte getreten war, hatte er sich gewandelt, sein soziales Anliegen nie vergessen. Die DDR ist sicher ein Musterbeispiel für den Wandel eines stalinistischen Systems, das nicht nur ein abstraktes Erbe, sondern auch konkrete Anknüpfungspunkte hinterläßt.

Deutlich ist, daß Sozialpolitik immer im Konflikt mit der Forderung nach wirtschaftlicher Effektivität steht und stehen muß. Möglicherweise muß aber auch akzeptiert werden, daß sozialistische Praxis oft auch mit Ineffizienz leben muß. Auf Heller und Pfennig sind viele Leistungen, so etwa die Integration von Problemgruppen in den Arbeitsprozeß, nicht zu bezahlen. Trotzdem muß eine Volkswirtschaft die Mittel dafür erwirtschaften. Die DDR zeigt, daß im Zweifelsfall sich Arbeiter mehr Lebensqualität selbst erkämpften und abtrotzten. Insofern könnte es durchaus sein, daß das Nichtfunktionieren der sozialistischen Wirtschaft und Ineffizienz durch zu großzügig gewährte Rechte der Arbeiter, in der DDR z. B. seit 1977 ein sehr »arbeitnehmer«-freundliches Arbeitsgesetzbuch, auch abgetrotzte alternative Lebensweise ist. Der Preis war wohl dafür zu hoch, das Gesamtsystem scheiterte. Allerdings bleibt die Frage, ob und wie eine alternative Lebensweise jenseits des Zwangs zum Konsum zu erreichen wäre, diese Frage ist auch in der DDR nicht beantwortet worden. Die Antwort, eine konkrete Utopie, für die sich nicht nur ein paar Freaks begeistern, könnte allerdings ausschlaggebend für künftige Gesellschaften jenseits der Profitmechanismen des Kapitalismus sein.

JAN PETERS

Wolfgang Steinitz – ein »Seiltänzer«?

Steinitz gab den Versuch nicht auf, die Parteiführung von ihren Torheiten abzubringen, aber solche Bemühungen zu verkräften und deren Folgen auszuhalten (Verdächtigungen, Misstrauen und Konflikte) fiel ihm immer schwerer. Rückschläge beschädigten ihn, ließen ihn aber nie resignieren. Er gab die Hoffnung auf seine sozialistische Vision nicht auf. Er mochte die Realität verkennen, aber »sich die Wirklichkeit zurechtbiegen«, war seine Sache nicht. Schließlich stand er immer wieder auf. Obgleich mit wachsender Mühe.

Scheinbare Unterordnung war offenbar ein Phänomen vieler intellektueller Kommunisten in ähnlicher Lage. Die Wirklichkeit hinter diesem Schein aber war angefüllt von kräftezehrenden Mühen um sinnvolle Korrekturen der Parteipolitik. Für Wolfgang Steinitz ist das eine Form von Selbsterstörung geworden, auf die zu verzichten sein Wesen nicht zuließ. Deshalb war sein Leben auch kein »Balance-Akt«. Wem seine redliche Denkweise vorschrieb, politisch geradeaus zu gehen, hatte mit stütze- und ausgleichssuchenden Balancekünsten wenig im Sinn.

Immer wieder dieser unlösbare Bezug zwischen dem Wissenschaftler und dem Politiker sui generis Wolfgang Steinitz. Und immer wieder scheint sich dieses Verhältnis zu verschieben, es werden unterschiedliche, obgleich nicht scharf voneinander abgrenzbare Phasen erkennbar: Zuerst bedingungslose Ergebenheit seiner Partei gegenüber, enge Verknüpfungsversuche in den 20er und 30er Jahren zwischen dem Beruf des Wissenschaftlers und der Berufung des Revolutionärs. Vollkommene Akzeptanz dessen, was die Partei für richtig oder falsch hält, auch gegenüber angeblichen Abweichlern, auch noch mit der Realität der Sowjetunion und ihren »Säuberungen« unmittelbar vor Augen. – Erste Konflikte mit deutschen Genossen im Exilland Schweden, die er aber als Indikatoren für unterschiedliche Vorstellungen darüber, was eine Partei in künftigen Machtpositionen zu sein hat, noch nicht erkennt. Dafür sind die Welt-Frontverläufe in dieser zweiten Phase zu eindeutig und die Hoffnung auf ein anderes Deutschland zu ausgeprägt. – In einer kurzen dritten Phase nach 1945 läuft Wolfgang Steinitz zu einem umfassend vorbereiteten Umgestaltungs-Engagement auf. Ein unverzichtbarer Kommunist in der Wissenschaftspolitik, mit hoher Fähigkeit zur Gewinnung von Parteilosen. Der noch etwas hilflose und schwache Parteiapparat ist verblüfft und überhört die ersten kritisch-eigenständigen Anmerkungen seines Vorkämpfers in der akademischen Welt. Aber immer noch: disziplinierte Akzeptanz der »Linie« und, mit wenigen Ausnahmen, unkritische Gläubigkeit. –

Jan Peters – Jg. 1932; Prof. Dr. phil. habil., Sozialhistoriker; 1970-1991 Institut für Wirtschaftsgeschichte an der AdW der DDR, Chefredakteur des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte; 1978 Honorarprof. in Greifswald, 1994 Prof. am Historischen Institut der Universität Potsdam; 1992-1996 Leiter der Max-Planck-Arbeitsgruppe »Ostelbische Gutsherrschaft« in Potsdam; u. a. Mithrsg. der Zeitschrift »Historische Anthropologie«; Veröffentlichung u. a.: Modernised traditionalism. On behavioural patterns in differently structured rural societies, in: Modernisation and Tradition, Lund 2004.

Wolfgang Steinitz (1905-1967), Philologe mit einem breiten Werk in verschiedensten Disziplinen. Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften.

1 Annette Leo: *Leben als Balance-Akt*. Wolfgang Steinitz. *Kommunist, Jude, Wissenschaftler*, Metropol Verlag Berlin 2005, 363 S., hier S. 19.

2 Gert Sauer, Günter Guhr, Hermann Strobach: *Wolfgang Steinitz. Biographische Skizze*, in: *Ethnographisch-archäologische Zeitschrift* 3/1968, S. 197-218.

3 *Neues Deutschland*, 28. Februar 1985.

4 *Zweimal Stockholm-Berlin*. Diese Arbeit begann ich nach dem Tod meiner Mutter 1984 und ergänzte den Briefwechsel zwischen meinen Eltern schon zu Lebzeiten von Inge Steinitz mit einem nur wenig reduzierten Abdruck auch der Steinitz-Briefe. Der Band erschien (Reclams Universal-Bibliothek, Band 1298) allerdings erst nach dem Tod der Witwe, aber im selben Jahr 1989.

5 Darunter zahlreiche Interviews mit mehreren Verwandten und Bekannten (die Interviews von Bunge im Steinitz-Nachlaß, Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften - BBAW), entsprechende Abschriften, weiter die Dissertation von Peter Nötzoldt (Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution, 1945-1968. Phil. Diss. 1998), den Briefwechsel *Zweimal Stockholm-Berlin* und Skizzen aus anderen Federn, vor allem aber die Übergabe und Ordnung des umfangreichen Nachlasses im Akademie-Archiv und der Zugang zu Akten, die bis 1990 unter Verschluss

Amfang der 50er Jahre und insbesondere nach dem XX. Parteitag zunehmender Gläubigkeitsverlust. Jedoch kein prinzipielles Infragestellen der Sinngebung von DDR und sozialistischer Idee. – Die Hatz auf »Revisionisten und schwankende Intellektuelle« in den 60er Jahren (»Kahlschlagplenum« Ende 1965) führt in einer letzten Lebensphase teils (wie dazumal bei vielen Intellektuellen) zu verbissenem Schweigen, teils auch zur Aufkündigung des Gehorsams gegenüber Apparat und Parteiführung. Zweifel und Kritikbereitschaft bleiben jedoch in Grenzen – die Welt verlangt nach wie vor nach einer antikapitalistischen Alternative. An ihrer ideologischen Begründung mitzutun, dafür allerdings fühlt sich Wolfgang Steinitz nicht kompetent. Umso intensiver arbeitet er an wissenschaftspolitischen Konzepten von zukunftsgestaltendem Gewicht, die der von ihm bis zuletzt nie aufgegebenen Vision einer sozialistischen Gesellschaft anstehen.

Versuche, das Lebenswerk von Wolfgang Steinitz ganz oder teilweise zu würdigen, haben inzwischen ihre eigene Geschichte. Wie stand es und wie steht es um eine gerechte Anerkennung, die ihm selbst, würde er heute die aktuellen biographischen Würdigungen vernehmen können, akzeptabel erschiene? Er hätte einiges an der Blickverschiebung, die er zu Lebzeiten an sich selbst erfuhr, bestätigt gefunden, sich aber auch über einige Positionsverschiebungen der Wertenden wohl doch gewundert. Vor allem aber hätte er kaum verstanden, warum einer Biographin (Annette Leo) unverständlich erscheint, was ihm selbstverständlich war.

Die Bemühungen um eine Steinitz-Biographie, die bald nach seinem Tod am 21. April 1967 einsetzten, haben ihre eigene Geschichte. Schon 1968 erschien an versteckter Stelle eine von einigen seiner Mitarbeiter verfasste würdigende biographische Skizze,² und aus diesem Kreis kamen auch die Anstöße für Gedenkveranstaltungen zu Steinitz' 75. und 80. Geburtstag³. Offizielle höhere Parteivertreter ließen sich bei solchen Gelegenheiten allerdings nicht blicken, die Begegnung mit der resoluten Witwe Inge Steinitz, die mit ihrer Meinung nicht zurückhielt, schien ihnen wohl wenig verlockend.

Weitere Versuche einer biographischen Würdigung scheiterten zunächst, aus den verschiedensten Gründen. Einer davon war ganz gewiss die Unlust seiner Partei, den Widerspenstigen unter die »bedeutenden Söhne des deutschen Volkes«, wie es damals vorzugsweise hieß, einzuordnen. Allerdings, gewisse Freiräume, auch verlegerischer Art, gab es schon. Nur hätte ein beliebiger Autor den »wirklichen Steinitz« im Grunde unter Verschluss halten müssen. Ich erinnere mich an entsprechende Gespräche mit seiner Witwe und mit Lektoren vom Reclam-Verlag, als ich am Briefwechsel arbeitete.⁴ Das Biographie-Projekt ist allerdings weiter betrieben worden. Nach und nach kamen Vorarbeiten (vor allem Hans Bunge wäre zu nennen) und Voraussetzungen zustande, die endlich das Entstehen einer Biographie erheblich erleichterten.⁵

Und nun liegt sie also vor, die Steinitz-Biographie von Annette Leo.⁶ Ein erfreulicher Umstand, der Anerkennung verdient, eine gut lesbare und mit kultivierter Feder verfasste Arbeit, die erstmals der Öffentlichkeit Zugang zu einer monographischen Aufarbeitung des Lebenswerks von Wolfgang Steinitz ermöglicht. Indes möchte ich auch einige kritische Blicke auf die Leistung der Biographin nicht aussparen.

Es stimmt nachdenklich, dass gerade diejenigen, die Steinitz gut kannten, die von ihm geprägten Mitarbeiter und Kollegen, oft meinen, die Biographie werde ihm nicht oder nur zum Teil gerecht. Wie das? Respektabel bleibt doch allein die Bewältigung des ganzen Quellenmaterials, das allerdings nicht sorgfältig nachgewiesen wird.⁷ Respektabel auch der Sinn für die Brüche und Spannungen im Leben des Porträtierten. Die Autorin hält außerdem Distanz, um nicht der aus zu großer Nähe möglicherweise resultierenden Einseitigkeit zu erliegen – was eher auf »uns«, die Verwandten, Freunde und Bekannten bzw. auf die Freunde der Freunde, zutreffen könnte.

Statt »endgültige Urteile« abzugeben, stellt Leo Fragen. Die allerdings berühren vorzugsweise das, was Zeithistoriker heute gern abfragen: Privilegien, Geheimaufträge, willenslose Parteidisziplin, Selbstzensur, SU-Gläubigkeit. Schon in der Einleitung werden entsprechende Perspektiven deutlich, an denen sich die Autorin vornehmlich orientieren will: Das Leben des Wolfgang Steinitz als ein weiteres Beispiel für den so genannten Gründungsmythos der DDR, für einen »Irrweg«, eine »Lebenslüge« und »Kette verfehelter Bestrebungen«?⁸ Man kennt inzwischen diese Stichworte, die ja durchaus als Fragen ihre Berechtigung haben. Als Fragen. Das Problem mag eher die Art des Fragens sein, denn in ihr scheint in diesem Buch die Richtung der Antwort schon gegeben. Unterstellend-unklar bleibt bei Leo z. B.: War er nun gern ein »Privilegierter«? Stritt er für sich selbst um Ämter und Funktionen? War es ihm um die »Stärkung der eigenen Position« zu tun?⁹ – Die Antwort darauf ist für den Beschriebenen eindeutig »nein«, nicht zweideutig »jein«, und die hätte nicht nur Steinitz selbst so gegeben.

Trotz wohlthuender Zurückhaltung mit Urteilen bleibt Leo am Ende vielfach doch in einer kritisch zugespitzten Sicht auf Steinitz als Kommunist und Wissenschaftspolitiker stecken. Und das wiederum hängt wohl mit der – von ihr durchaus zugestandenen (eingestanden?) und an sich auch ganz legitimen – Absicht zusammen, als jüngere Wissenschaftlerin dringliche Fragen an jene Generation zu richten, die eben durch Wolfgang Steinitz verkörpert ist: Warum habt ihr geschwiegen zu dem tausendfachen Unrecht, begangen unter sozialistischer Flagge, zu einer Unbeirrbarkeit, die »für Außenstehende und Nachgeborene so schwer verständlich erscheint«,¹⁰ auch zu so vielem Unsinn, an dem die DDR vielleicht gescheitert ist!¹¹

Wer heute auf eine Alternative zum Kapitalismus hofft, für den wird die Frage nach dem Unrecht in pseudosozialistischem Namen noch lange nur teil- oder unbefriedigend beantwortet bleiben. Was da alles mitspielte, ist schwer, ja fast unmöglich zu gewichten, zumal in individuell bezogener Präzision. Vielleicht wird aber auch mehr über die Art des Fragens zu reflektieren und über Gedanken wie die von Jürgen Kuczynski zu seiner Bindung an Wolfgang Steinitz nachzudenken sein: Was uns »als Kampfgefährten in dieser frühen Zeit des Aufbaus des Sozialismus zusammenführte, war der Geist, der die Partei der Bolschewiki in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre beseelt hatte und von dem uns beiden auch mehr als ein Hauch in der »Stalinzeit« geblieben war.«¹² Die Sowjetunion also an der Zeit vor den Prozessen messen – oder aber, wie es Steinitz 1944 tat, ihr besondere historische Bedingungen zugestehen: ein jungem ungestifteter Staat

gehalten und seitdem im Bundesarchiv zugänglich wurden. Hilfe kam von vielen Seiten. Zur Vorgeschichte siehe Leo: Steinitz, S. 17 f. und Danksagung.

6 Siehe Fn. 1.

7 Ein Quellen- und Literaturverzeichnis fehlt. Problematisch scheint mir der unkritische Umgang mit Interviews, insbesondere mit den Abschriften der Interviews, die seinerzeit Hans Bunge führte. Eine Distanz zu Intentionen und Selektionen der Interviewten ist kaum erkennbar.

8 Leo: Steinitz, S. 16 f.

9 Ebenda, S. 220 ff., 332.

10 Ebenda, S. 96.

11 Diese Perspektive wird in der einleitenden »Annäherung an eine Lebensgeschichte« deutlich. Bei der Buchvorstellung hat Annette Leo solches Fragen ausdrücklich auch als eine Auseinandersetzung mit dem Leben ihres Vaters Gerhard Leo bezeichnet, von derselben Generation und ähnlicher Lebenserfahrung und Haltung wie Steinitz (Mitkämpfer in der Résistance, später in der DDR u. a. in außenpolitischen Funktionen in Frankreich).

12 Jürgen Kuczynski im Interview über Steinitz. Zweimal Stockholm-Berlin, S. 151.

13 Wolfgang Steinitz an Oskar Klein, 3.2.1944. BBAW, 40/2.

14 Inge Steinitz im Interview mit Hans Bunge, Mai 1979. BBAW, 92, S. 58.

15 Gelegentlich hatte sich Steinitz in Schweden als jüdischer Emigrant bezeichnet, aber wohl eher im legitimierenden Sinne für seine Arbeit in der (zur Unterstützung der politischen Emigranten wichtigen, jüdisch geprägten) »Emigranten-Selbsthilfe.« Zurückgekehrt nach Berlin, spendete er, zumindest einmal (als »Wiedergutmachung« für die in Schweden empfangene Hilfe?), für die dortige Jüdische Gemeinde. Siehe Zweimal Stockholm-Berlin, S. 143.

16 Leo: Steinitz, S. 104.

17 Die bisher verfügbaren Quellennachweise zu dieser Arbeit zusammengestellt bei Marie-Luise Bott: »Partisanhaft und dilettantisch.« Der Streit um die »ideologischen Grundlagen« des Dozentenlehrgangs für Slavisten an der Humboldt-Universität 1950/51, in: »...immer im Forschen bleiben.« Rüdiger vom Bruch zum 60. Geburtstag, Hrsg. Marc Schalenberg und Peter Th. Walther, Stuttgart 2004, S. 266 f.

18 Wolfgang Steinitz an seine Eltern, 3. 12. 1925. BBAW, 43.

19 Leo: Steinitz, S. 114, 18, 94.

könne nicht so handeln wie ein »alter, gefestigter«¹³. Keine ultimative Antwort, aber doch ein Versuch zu verstehen?

In meiner Sicht muss eine wichtige Voraussetzung – auch nur für eine »Annäherung an eine Lebensgeschichte« des Steinitzschen Zuschnitts – ein Einfühlungsvermögen in die Zeit und ihre Prägungen sein. Erst recht sollte das gelten für Fragen zu den schmerzhaften Irrwegen der Sozialismusgeschichte oder zur irrwitzigen Annahme, die Moskauer Prozesse seien »rechtens« und notwendig – wie Steinitz womöglich angenommen hat.¹⁴ Natürlich nicht im Sinne der unkritischen Billigung alles dessen, was geschah. Aber auch nicht in jener inzwischen schon normierten DDR-kritischen Diktion, die es dem Fragenden ermöglicht, sich leichthin der Verstehensmühen zu entheben. Und auch auf zugehörige Begleitfragen zu verzichten. Etwa: Wer brachte, als statt der Feinde die eigenen Leute zuschlugen, den Mut im Umgang mit der Macht auf? Wie und mit welcher Aussicht auf Erfolg? Und wer möchte behaupten, es gäbe heute – wo und wann auch immer, also auch für die jüngeren Generationen gültig – keine Gelegenheit zu solcher Bewährung?

Empathie wäre als Zugangsweise auch zur Person des Porträtierten selbst nicht verkehrt. Was natürlich nicht verlangt, Wolfgang Steinitz weniger kritisch als andere nach Haltungen und Handlungen zu befragen. Glätten oder gar vergolden, das sollte der Zweck keiner Biographie sein, nur: Was bringt es heute, seinem kritischen Geist von damals noch mehr abzuverlangen? Ausgebliebene Selbstaufgabe als Schwäche festzuschreiben? Soll man erwarten, dass jemand, der mit 22 Jahren, infolge eines Grundgefühls für soziale Gerechtigkeit, das lebenslang bestehen blieb, KPD-Mitglied wird und allerlei Gefährdungen auf sich nimmt, beim ersten, dritten oder auch beim fünfundzwanzigsten enttäuschenden Konflikt mit seiner Partei davonläuft? Steinitz bleibt und bringt den Mut zur Kritik am Freund auf, »das Schwierigere« also (Kuczynski).

Wer auf verstehendes Denken solcher Art verzichtet, muss sich fragen lassen: Der geradlinige, taktik-unwillige Steinitz als balancierender Seiltänzer, wie geht das? Der »Kommunist-Jude-Wissenschaftler« (Untertitel der Biographie), soll das ein Gleichgewicht unterstreichen zwischen dem politisch denkenden Wissenschaftler, der sich ja gerade nicht, wie auch nicht sein Elternhaus, dem Judentum innerlich verbunden fühlte, und dem Juden Steinitz?¹⁵

Die beiden »linientreuen Kommunisten« Inge und Wolfgang Steinitz seien »stolz« auf ihre aktive Widerstandsarbeit in Berlin gewesen – irgendetwas dabei nicht in Ordnung?¹⁶ Die im Text stets wiederkehrenden »geheimen Aufträge für die Moskauer militärische Abwehr« – darf man bei dieser unsicheren Quellenlage diese Wirksamkeit dergestalt überspannen und obendrein zum Mittel Steinitzscher Weltveränderungsabsichten erheben?¹⁷ Und warum in diesem Zusammenhang den diskriminierenden Spitzel-Begriff oder auch »Sowjetagent« für jemanden verwenden, dem es, in seiner eigenen Sicht um schützende Hilfe für »den anständigsten Staat der Erde« ging?¹⁸ (Selbst einer Ruth Werner oder einem Richard Sorge wird von Leo der »antifaschistische Kundschafter« nur in Anführungszeichen zugestanden).¹⁹

Und warum der magere Respekt vor der (immerhin »aufklärerischen«) Leistung von Steinitz bei den ersten Umgestaltungsschritten der Universität? Weil sie »zwiespältig« gewesen sei, da sie infolge von »Eimischung der Politik in Lehre und Forschung« den späteren »Weg für

die Parteibürokraten« gebahnt habe?²⁰ Das wäre eine historische Logik nach dem Prinzip, Umgestalter, selbst wenn sie es gut gemeint haben, tragen gleich die Verantwortung dafür mit, was andere später daraus machen. Und welche Alternative stand denn zu Gebote? Natürlich waren hier auch Lehrstuhl-Not bzw. machtsichernde Weichenstellung im Spiel, nur kann man ausgerechnet Steinitz wohl kaum Gleichgültigkeit (zu seiner »Zwiespältigkeit« gehörend?) gegenüber dem späteren Missbrauch von Macht und Politik-Einmischung in die Wissenschaft unterstellen.

Mit welcher Begründung darf man Steinitz' bemerkenswerte Mitwirkung an der Initiative zur politisch delikaten Berliner Diskussion 1948 »Über ›die Russen‹ und über uns« abwertend daran messen, dass dabei nur einmal das Wort »Vergewaltigung« ausgesprochen wurde und Steinitz dabei nur »halbherzig« agiert habe? Wozu (auch im Lichte seiner gegen blinde Anbetung der »Sowjetwissenschaft« gerichteten ZK-Rede) Seitenhiebe gegen Steinitz' »bedingungslose Loyalität zu den Sowjets« (was eigentlich sind hier »die Sowjets«)? Und woher nimmt die Autorin die moralische Legitimation, Rückzugsgefechte und erzwungene Selbstkritik (nach dem mutigen Auftreten im ZK) moralisch als tiefen Kniefall abzuqualifizieren? Wird das dem Weiterstrebenden, der eben nicht aufgab sondern wieder aufstand und durchaus weitermachte (wenn auch mit Mühe und Schmerzen) gerecht? Und wieso war Steinitz' gewagte Kritik am Umgang der Parteiführung mit Havemann (wohlgemerkt: nach dem »tiefen Kniefall«!) »sehr gewunden und ambivalent«?

Die Distanz der Autorin zu ihrem, na ja, Helden ist dergestalt mitunter zur frostigen Kälte geraten. Natürlich nicht überall, aber streckenweise weht es den Leser doch sehr kühl an. Es ist sicher schwer, in kommunistus-kritischer Position sich einem überzeugten Kommunisten anzunähern. Und nicht weniger schwer ist es, an dem Zeitgeistkonzept der beklemmenden Demontage der DDR mitzutun, wenn man jemanden wirklich verstehen will, der sich hoffnungsvoll und bewusst gerade in diese Gesellschaft hineinstellte, die er ja als den Beginn neuer Hoffnungen verstand.²¹ Es ist meine Überzeugung, dass der genannte Zeitgeist in seiner gegenwärtigen Radikalität wissenschaftshistorisch zwar noch lebensfähig, aber auf Dauer kaum von Bestand sein wird. Soll dann wieder umgeschrieben werden? Und läuft man in dieser Position nicht auch Gefahr, manches Wichtige zu übersehen (etwa Steinitz' starkes Bekenntnis zur gesamtdeutschen Wissenschaft) und manches zu vernachlässigen (etwa seine wissenschaftliche Gesamtleistung, die aus unerklärlichen Gründen, obwohl von Ewald Lang schon geschrieben,²² als Ergänzungskapitel in dieser Biographie unterblieb)?

Der Autorin der Steinitz-Biographie gebührt dennoch Respekt für das Ergebnis ihrer Untersuchungen. Schließlich liegt jetzt endlich eine Biographie vor, an die weitere Forschungen, eben auch kritisch, anknüpfen können. »Schwierige Fragen« sind selbstverständlich legitim, »der Punkt« ist immer, wozu und wie man fragt. Am Ende (da wird die Autorin mir sicherlich zustimmen) bleibt noch einiges offen im Lebensbild dieses – ich nenne ihn: außergewöhnlichen – Mannes. Vielleicht stimmt sie meiner Auffassung sogar zu, dass Steinitz als Wissenschaftlertypus genau jenen Rang und Respekt beanspruchen könnte, den die ungefestigte DDR in hoher Auflage gebraucht hätte.

20 Ebenda, S. 226.

21 Zweimal Stockholm-Berlin, S. 128.

22 Ewald Lang: Wolfgang Steinitz (1905-1967). Vom Rand der Philologie in die Mitte der Wissenschaftspolitik, in: Gegenworte. Hefte für den Disput über Wissen 14/2004, S. 53-57.

HELMUT BOCK

Vom Elend historischer Selbstkritik

Seit fünfzehn Jahren bemüht sich die Historische Kommission, die politische und geistige Erneuerung der PDS zu begleiten. Wer aber nun rückblickend die in der Partei geführten Debatten über Stalinismus und Staatssozialismus beurteilen soll, steht ziemlich verlegen vor einer Vielzahl von Beschlüssen, Dokumenten, Diskussionen, sich widersprechender Ansichten. Es ist schwierig, den zumeist dissonanten Chor auf ein Unisono zu bringen. Aus dieser Bedrängnis hat mir ein ND-Interview von Manolis Glezos geholfen. Befragt nach dem gegenwärtigen Zustand der »Linken«, antwortete der griechische Antifaschist und Widerstandskämpfer: »Ich denke, die Linke – sowohl in Griechenland als auch sonst auf der Welt – kann die Rolle, die sie eigentlich spielen müsste, heute nicht ausfüllen, weil sie in viele kleine Stücke zerfallen ist. Den Grund dafür sehe ich darin, dass die Linke seit dem Scheitern des sozialistischen Experiments in der Sowjetunion vergeblich versucht, ihre eigene Identität zu finden. Warum aber findet sie die nicht? Weil sie sich über die Ursachen für das Scheitern des mit der Oktoberrevolution begonnenen Experiments nicht einigen kann. Dabei sollte doch ruhig jeder seine eigene Meinung bilden. Solange man sich nicht einigen kann, mag jeder an seiner Meinung festhalten und trotzdem gemeinsam mit den anderen handeln: in gemeinsamen Aktionen und in politischer Zusammenarbeit.«¹ Dem Ratschlag folgend, habe ich den Mut, das dauerhafte Thema unter dem Aspekt eigener Erfahrungen und Einsichten zu reflektieren.

Ich gehörte zur jüngeren Generation der führenden Partei, die 1952 beschloss, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR zu errichten. Von »Westen« her angefochten waren seit Churchills Kundgabe des Kalten Krieges in Fulton (1946) und den US-amerikanischen Atomkriegsplänen (1949) gewiss alle Versuche, die seit dem 19. Jahrhundert entwickelten Ideen des Sozialismus und mit ihnen des Humanismus zu verwirklichen. Auch die DDR stand immerfort unter den Anfeindungen des internationalen und westdeutschen Monopolkapitals. Dass aber die freiheitlich-egalitären Blühträume der sozialen Revolution selbst in der Wirklichkeit des Sozialismus tödlich gefährdet waren, mussten wir frühestens 1953 und spätestens 1956 erfahren. Am 17. Juni 1953 sah ich in Leipzig zuerst den Pavillon der »Deutsch-Sowjetischen Freundschaft« brennen und erkannte darin nur den postfaschistischen Mob, nicht den Arbeiterprotest. Doch drei Jahre später war weltgeschichtlich zu begreifen, dass der praktizierte Sozialismus und der Humanismus in der Realität weit auseinander klafften.

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker; Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS sowie der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Zum geschichtlichen Denken in der PDS«, Heft 141/142 (Juli/August 2002), und »Die schöne Revolution. ›Von nun an werden die Bankiers herrschen!‹«, Heft 177/178 (Juli/August 2005). Nebenstehender Text wurde am 18. Juni 2005 vor der Historischen Kommission aus Anlass ihres 15jährigen Bestehens vorgetragen.

1 Interview mit Manolis Glezos: In der Aktion muss Einheit herrschen, in: Neues Deutschland, 4./5. Juni 2005.

Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Februar 1956) enthüllte Chruschtschows Geheimbericht² unglaubliche Staatsverbrechen, die unter Stalins Regierung begangen wurden. Hitlers Blutspur in ganz Europa war mir bekannt: Sie hatte mich den Losungen »Nie wieder Krieg!« und »Ein neues Deutschland!« folgen lassen. Die ganz unerwartete Wahrheit aber, wie sehr auch Stalin mit Deportationen, Zwangslagern, Meuchel- und Massenmorden seine Blutspur von Brest bis Wladiwostok und sogar anderswo hinterließ, war nun im wörtlichen Sinne niederschmetternd. Aber gab es nicht eine Chance? Es war die Führungsmacht Sowjetunion und ihre Staatspartei, die Fehler und Untaten der Stalin-Clique offen legten – eine Stunde der Wahrhaftigkeit schien angebrochen. Durch historische Kritik und Selbstkritik war immer noch Zukunft zu gewinnen. Jedoch vor dem Maßstab analytischen Denkens konnte die Anklage des toten Stalin unter dem Aspekt des »Personenkults« keineswegs befriedigen. Es war vielmehr eine geschichtlich entscheidende Frage zu stellen: An welchen Grundmängeln musste das von der Sowjetunion ausgehende Sozialismus-Modell krankens, das den Stalinismus mit seinen ungeheuerlichen und unentschuldbaren Verbrechen möglich machte?

Das ist die Kernfrage nach Stalinismus und Staatssozialismus – gültig bis auf den heutigen Tag.

I

Wer damals so dachte, hatte die Logik, nicht die Macht auf seiner Seite. Ulbrichts selektierte Führungsmannschaft, manövrierend unter den Zwängen des Kalten Krieges, aber seit Jahren schon gewöhnt an die Hybris der Macht, belastete kritische Frager mit den inkriminierenden Vorwürfen des »Kapitulantentums«, des »kleinbürgerlichen Sozialdemokratismus«, der »Parteifeindlichkeit«. Im Schlagschatten der politischen Prozesse zu Berlin und Leipzig, mit langjährigen Haftstrafen gegen Harich, Janka und noch weitere Genossen, hagelten auf die junge Intelligenz disziplinierende Parteistrafen, Lehr- und Publikationsverbote, Aberkennungen akademischer Rangstufen und Strafversetzungen in die Produktion. Es war eine Zeit, die hart an die Nerven ging. Offene Solidarität wurde niedergemacht. Schnüffler und Denunzianten hatten das Sagen. Dem sanguinischen Rheinländer, der ich war, musste ein Gutmeinender zu Gefasstheit und geduldigem Abwarten raten, weil »Geschichte einen langen Atem« benötige, bis »unsere Zeit« kommen werde. Der Genosse selbst hat sich aus Gründen tiefster Enttäuschung erhängt. Und was eigentlich nie erinnert wird: Weitere Genossen, in auswegloser Resignation, setzten ihrem Leben gleichfalls ein Ende.

Objektiv aber blieb die uns allen gemeinsame Schuld, dass die historische Chance, den überkommenen Sozialismus zu erneuern, in jenen Jahren vertan wurde. Denn in der Weltöffentlichkeit existierten durchaus gültige Antworten auf die Kernfrage nach dem problematischen Wesen des »russischen Sozialismus«. Bereits Ch. G. Rakowski, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Ukraine und Sowjetgesandter in London und Paris, urteilte 1928: »Mit Hilfe demoralisierender Methoden, die denkende Kommunisten in Maschinen verwandeln, die Willen, Charakter, menschliche Würde ertöten,

2 Über den Personenkult und seine Folgen. »Interne Rede« von N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, in: Stalin bewältigen. Sowjetische Dokumente der 50er, 60er und 80er Jahre, hrsg. v. Günter Judick u. Kurt Steinhaus, Düsseldorf 1989; Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990.

3 Zit. nach Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, o. O., o. J., S. 98 (deutschspr. Erstausgabe: Zürich 1937).

4 Der Fall des »Bundes der Marxisten-Leninisten«, in: Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990, S. 25 f.

5 Trotzki, S. 96.

6 Ebenda, S. 131 ff.

7 Vgl. Unabgegoldenes im Kommunismus. Der Funken Hoffnung im Vergangenen, hrsg. v. Klaus Kinner (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 17), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2004.

vermochte die Spitze sich in eine unabsetzbare und unantastbare *Oligarchie* zu verwandeln und sich selbst an die Stelle der Klasse und der Partei zu setzen.«³

Die Kritik verschärfte sich im Manifest des »Bundes der Marxisten-Leninisten« (1932), verfasst von dem Moskauer Parteisekretär M. Rjutin und mehreren Alt-Bolschewiken. Sie verknüpfte die Personalkritik, die gegen Stalin, den »Totengräber der Revolution« gerichtet war, mit grundsätzlicher Systemkritik: Das Wesen der proletarischen Diktatur sei entstellt, die Rolle der Sowjets, der Gewerkschaften und des Komsomol zerstört. »[...] Durch unglaubliche Gewalt und Terror, unter der Flagge des Kampfes für die Reinheit der Prinzipien des Bolschewismus und der Einheit der Partei, gestützt auf einen gewaltigen zentralisierten Parteiapparat hat Stalin in den vergangenen Jahren die besten, wahrhaft bolschewistischen Kader der Partei gestürzt und aus der Führung entfernt. [...] Jede revolutionäre Gesetzlichkeit ist verletzt [...]. Der demokratische Zentralismus wurde durch die persönliche Sicht des Führers ersetzt, die kollektive Führung durch ein System von Vertrauensleuten.«⁴

Ein halbes Jahrzehnt später, vor dem ungeheuerlichen Hintergrund der beginnenden Moskauer Prozesse, veröffentlichte Leo Trotzki aus dem norwegischen Exil ebenfalls ein historisches Verdikt: »Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?« (1936) Mit Berufung auf Lenin und die altbolschewistische Partei enthüllte er einen »Verrat« an der sozialistischen Revolution. Sein zentrales Urteil besagte, dass der ursprünglich angestrebte und andauernd beschworene »demokratische Zentralismus« in Stalins Realsystem degenerierte: zum »bürokratischen Zentralismus«.⁵ Eine neue Kaste hatte sich zum Herrscher über Partei, Klasse und Volk erhoben. Sie bestand nach soziologischen Schätzungen in der Mitte der 30er Jahre aus einer halben Million gesellschaftlicher Würdenträger, fünf bis sechs Millionen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären und ihren 20 Millionen Familienangehörigen – insgesamt etwa 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion.⁶ Inmitten des allgemeinen Mangels, wo die überwiegende Volksmasse noch tief unter dem durchschnittlichen Lebensniveau der Hauptländer des Kapitalismus darbe, existierte diese neue Kaste aufgrund des Staatseigentums – mit relativ hohen Gehältern, sozialen Vergünstigungen, Unterschleif, Schmiergeldern etc. – von der Aneignung fremder Arbeit. Sie hatte in Stalin ihren allmächtigen Führer und wider Willen auch ihren Peiniger erkoren. Doch Trotzki hegte die Hoffnung auf eine grundstürzende Korrektur: Eine nochmalige Revolution der Arbeiterklasse könnte die Herrschaft der Partei- und Staatsbürokratie stürzen. Gelänge dies nicht, so werde über kurz oder lang ein Bankrott der Sowjetunion stattfinden: mit darauf folgender Restauration des großen Kapitals – und dies mit Beteiligung angeblich »sozialistischer« Parteifunktionäre, Staatsbürokraten und Administratoren der zentralistisch geleiteten, monopolisierten Wirtschaft.

Die ebenfalls kritischen Einsichten des Italieners Gramsci, der Deutschen Köstler und Münzenberg, des Polen Isaak Deutscher, weiterer Kommunisten und Sozialisten müssen hier übergangen werden⁷, damit wir sogleich wieder in die Zeit des XX. Parteitages der KPdSU gelangen. Da urteilten Togliatti und Djilas über dieselben

schwerwiegenden Probleme. Der italienische Kommunist und Parteiführer Palmiro Togliatti stellte bereits im Juni 1956 die Theorie des »Personenkults« in Frage: »Früher kam alles Gute von den übermenschlichen positiven Eigenschaften eines Mannes; jetzt wird alles Böse seinen ebenfalls außergewöhnlichen und sogar verblüffenden Fehlern zugeschrieben. In einem wie im anderen Falle sehen wir uns außerhalb der dem Marxismus eigenen verstandesgemäßen Urteilskraft. Außer acht gelassen werden die wahren Probleme, nämlich wie und warum die sowjetische Gesellschaft zu gewissen Formen der Abweichung vom demokratischen Wege und von der Gesetzlichkeit, die sie sich vorgezeichnet hatte, ja, sogar bis zur Entartung gelangen konnte und tatsächlich gelangte.«⁸

Auch Milovan Djilas wandte sich gegen die »Personenkult«-Doktrin. Der Kommunist, Partisanenführer, stellvertretende Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativrepublik Jugoslawien verfasste statt dessen eine Systemkritik – als konsequent sozialistischer Moralist und in der tragischen Gewissheit, dafür Kerkerhaft oder gar die Todesstrafe hinnehmen zu müssen: »Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems« (1957).⁹ Wo Trotzki noch »Verrat« an der Revolution gesehen und die Korrektur durch eine zweite Arbeiterrevolution erhofft hatte, gewährte Djilas eine fortschreitende Entwicklung, die in der Sowjetunion zwangsläufig von der revolutionären Avantgarde-Partei Lenins zum Regime einer privilegierten Staatspartei führte. Dieser Herrschaftstypus war nach dem Zweiten Weltkrieg auf mehrere Länder Ost-Mittel-Europas – selbst auf das in der Wirtschaftspolitik eigenständige Jugoslawien Titos – übertragen worden. Die kritische Bilanz des seit 1917 verlaufenden Prozesses enthüllte nun das Machtssystem von Parteioligarchien und Staatsbürokratien, die sich ihre arbeitenden Klassen und Völker, Nationen und Nationalitäten gefügig machten. Bei allen Verbalien vom Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen: sie lebten und regierten auf der Basis des gesellschaftlichen, weithin aber verstaatlichten Eigentums wiederum durch Exploitation der arbeitenden Massen.

Anders als Trotzki mochte Djilas über die Chancen einer neuen Revolution kaum noch spekulieren. Jedoch in Übereinstimmung mit ihm nannte auch er die staatsmonopolistische Existenzform des Real-Sozialismus eine »totalitäre« Diktatur. »Der moderne Kommunismus ist diejenige Form des Totalitarismus, die aus drei Hauptfaktoren zur Kontrolle über das Volk besteht: der erste ist die *Macht*, der zweite der *Besitz*, der dritte die *Ideologie*. Sie sind das Monopol der einen und einzigen politischen Partei oder [...] einer neuen Klasse; und in der gegenwärtigen Situation das *Monopol der Oligarchie* jener Partei oder jener Klasse. Keinem totalitären System der Geschichte [...] ist es gelungen, gleichzeitig all diese Faktoren zur Herrschaft über das Volk bis zu diesem Grad in sich zu vereinigen.«¹⁰ Die derart herrschende Parteioligarchie mit ihrem Funktionsapparat sei unwillens und unfähig, das System durch grundstürzende Reformen zugunsten einer wahren sozialistischen Demokratie des Volkes zu verändern. Mit seiner festungsartigen Abschottung gegen die modernen, zumal wissenschaftlich-technischen und handelspolitischen Entwicklungen einer durch Kalten Krieg gespaltenen Welt werde

8 Italienisches Interview von Palmiro Togliatti, Nachdruck: Freies Volk. Zentralorgan der KPD, Düsseldorf, 26. Juni 1956.

9 Milovan Djilas: *The New Class. An Analysis of the Communist System*, New York 1957.

10 Derselbe: *Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems*, München 1958, S. 226.

dieses Regime in Rückständigkeit verharren. Es werde die Akzeptanz des Volkes, sogar der Völker verlieren und in schwer bestimmbarer Zukunft zusammenbrechen.

II

Die hier nur in Auswahl erinnerten kommunistischen Systemkritiker waren die Mahner »unserer Zeit« – und wie gesagt: ihre Gedanken, Erfahrungen, Analysen waren objektiv in der Welt. Wir hätten sie finden, rezipieren, verarbeiten müssen – auch wenn »Trotzki« und »Trotzkismus« in der Erziehungsanstalt des Stalinismus und des Poststalinismus als Inbegriff des »Bösen« galten und verfolgt wurden. Doch wir haben dies nicht getan! Selbst Fritz Behrens, der ebenfalls zum Systemkritiker des Staatssozialismus reifte¹¹, bekannte von sich, das Buch von Djilas aus Gründen der Parteidisziplin bewusst nicht gelesen zu haben. So musste es kommen, wie es kam: Versteckt und vereinzelt in Freundeskreisen, gefesselt von den Kontrollen der Staatssicherheit, beschränkt in den eigenen Vorsichten und den Skrupeln einer objektiv falschen Partei- und Staatsdisziplin, verpassten wir den entscheidenden historischen Auftritt. Nicht wir waren die Kraft, die 1989 das Volk mobilisierte.

Der außerordentliche Parteitag der SED/PDS (Dezember 1989) geschah im Nachtrab. Er war eine Reaktion auf die Massenbewegungen seit Anfang Oktober. Doch er brachte endlich Entscheidungen für eine Umwälzung in der Partei: vor allem die Deklaration des Bruchs mit dem Stalinismus. Als dann mit Applaus der große Besen, das Reinigungssymbol, zu Händen Gysis auf die Tribüne hinaufgebracht wurde, wusste freilich niemand genau, wie schwierig Kritik und Selbstkritik sein würden.

Zunächst stand doch alle Politik unter der historischen Alternative: entweder gelang eine Revolution zwecks »besserer«, also wahrhaft sozialistischer DDR (eines volksdemokratischen Rechtsstaates) – oder es siegte die antisozialistische Konterrevolution (für die die Weichen im Dezember 1989 bereits gestellt waren). Das Resultat muss hier nicht besprochen werden. Wohl aber die aus ihm erwachsenen Schwierigkeiten, die PDS zu erneuern und dabei Klarheit über das Erbübel des Stalinismus zu schaffen.

»Wiedervereinigung« entpuppte sich als eine Einverleibung des Territoriums und des Volkes der DDR in die bürgerlich-kapitalistischen Strukturen der BRD.

Keine Revolution, sondern eine Restauration obsiegte, die in historischer Analogie mit der Kolonisierung Indiens durch Großbritannien zu vergleichen wäre, als ein kapitalistisches »Mutterland« die heimische Wirtschaft des Subkontinents zerstörte und nur zum Teil modernisierte. Die kapitalistische Restauration war vor allem aber auch eine politische, die mit dem triumphalen Behagen aller Restaurationen der Geschichte daherkam. Einer ihrer scheinheiligen Leitsprüche besagte: Was in der alten BRD an den Nazis versäumt wurde, müsse nun an den Sozialisten der DDR exekutiert werden. Damit war nicht bloß die semantische Gleichsetzung von ehemaligen Faschisten und gegenwärtigen Sozialisten formuliert – auf der gutbürgerlichen Hackliste stand die PDS als »Linksextremismus« sogar weit vor den Gruppierungen früherer und nachgewachsener Rechts-

11 Fritz Behrens urteilte 1978/79: Dieser Sozialismus sei eine »bereits wieder in Klassen erstarrte« Gesellschaftsordnung. »Es ist eine bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau.« Derselbe: Der real existierende Sozialismus, in: UTOPIE konkret, H. 2, Oktober 1990, S. 89.

extremisten. Dass die PDS, in deren Reihen sich nicht wenige Reformer um neue Ideen und Strukturen mühten, schlechthin als Wurmfortsatz der politbürokratischen SED, wenn nicht Stasi-Enklave inmitten der Bundesrepublik, verteufelt wurde, war Fortsetzung des Kalten Krieges.

Politisch bewussten DDR-Bürgern und zumal Parteimitgliedern wurde die Ehrbarkeit ihres Lebens, ihrer Biographien, aberkannt. Folglich wurden mentale Igelstellungen bezogen, die der PDS-Erneuerung keineswegs förderlich waren. Stets stand die Partei mit dem Rücken an der Wand: durch die Anwürfe des BRD-Regimes zur Gegenwehr gezwungen. Die Mühen der Verteidigung erdrückten jahrelang die nötigen und ehrlichen Mühen der politisch-geistigen Aufklärung. Aufklärung aber musste in der PDS vorrangig heißen: historische Kritik und Selbstkritik gegen Stalinismus und Staatssozialismus.

Seit 1990 arbeitete ich selbst als Mitglied der Historischen Kommission der PDS, Kurator der »Hellen Panke« e. V. und Leiter des »Treptower Forums« in Berlin, die alle für ein Umdenken von leninistisch-stalinistischen zu demokratisch-sozialistischen Auffassungen wirkten. Dabei blieb ich ein »Linker«, der seine Identität zu wahren suchte, indem er von der verdeckten Opposition im Staatssozialismus zur legalen Opposition in der bürgerlichen Demokratie gelangte. Doch diese Position war zwiespältig, auch »dialektisch« zu nennen.

Gemäß der Tradition neuzeitlicher Revolutionen streiten »Linke« für die Lebensinteressen der arbeitenden und sozial benachteiligten Klassen und Schichten. »Konsequente Volkssouveränität« ist ihre Forderung, die nach einem nicht bloß bürgerlich-liberalistischen, sondern volksdemokratischen Staatswesen strebt, wo die alte Losung »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« durch reale Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Völkersolidarität verwirklicht wird. Das geht auf 1789, 1848, 1871 und 1917 zurück und ist immer noch Aufgabe der Zukunft geblieben. Überflüssig zu sagen, dass ich mit dem Bemühen des Historikers, das diesbezügliche Erbe der Geschichte zu erinnern, also der bourgeoisen Verteufelung und Vergessenspolitik zu entwinden, zugleich auch ein Verneiner der aktuellen Regime des Großkapitals bin.

Was ich andererseits aber im Sinne meines Themas sagen muss: Als ein »Linker« war und bin ich kein Verteidiger der von der Sowjetunion überkommenen Konstruktion des staatsmonopolistischen Sozialismus, daher auch kein nostalgischer Nachläufer der dahingegangenen DDR. Auf Gegenwart und Zukunft gerichtetes Denken müsste, so meinte ich, die Fehler und die Schandtaten aufklären, die die emanzipatorische Fahne des Sozialismus beschmutzt und besudelt hatten. Rückfällen, sei es auch nur im programmatischen Denken, war gerade jetzt durch geistige Entschiedenheit vorzubeugen – und dies umso mehr, als Erneuerungsstreben und »Poststalinismus« in der PDS unaufhörlich im Streit lagen.

III

Unter den Reformern war strittig, was der Begriff »Stalinismus« bedeute und wie historische Kritik zu denken sei. Als Beispiel sei die

Konferenz des Bundesvorstands der PDS und ihrer Abgeordneten-Gruppe im Deutschen Bundestag vom Oktober 1991 in Kleinmachnow erinnert: »Sicherheitspolitik der DDR. Zur Verantwortung der SED und der Rolle der Staatssicherheit«. Dort wurde Stalinismus-Kritik vorzugsweise durch den Versuch der Ideologie-Kritik geleistet. Im Zusammenhang mit der geistespolitischen, auf das Bewusstsein bezogenen These, dass eine »Abkopplung der heroischen Illusion von den Realitäten« der Politik erfolgt sei, wurden die »intellektuellen Eliten der DDR« schlechterdings in die Schuld des Staatssozialismus, seiner Herrschaftsideologie und Polizeigewalt, einbezogen: Die Intellektuellen hätten die Öffentlichkeit ohne kritische Hilfe gelassen; sie hätten sich insbesondere der Jugend verweigert und auf deren Fragen keine Antwort gegeben.¹² Deshalb bestünde bei ihnen auch eine Schuld für die Tätigkeit der Staatsorgane, sogar des Ministeriums für Staatssicherheit.

12 Michael Schumann: Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen Grundlagen der Repression, in: Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, hrsg. v. Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann, Hamburg 1992, S. 16 ff., insbes. 25 ff.

13 Helmut Bock: Diskussionsbeiträge, ebenda, S. 50 ff.

Dieser Verallgemeinerung habe ich widersprochen.¹³ Denn in Literatur, Künsten, Theatern, Wissenschaften, Produktionsstätten existierten durchaus sozialistische Moralisten, Kritiker, Alternativdenker, die unter den polizeistaatlichen Bedingungen des Totalitarismus gesagt, geschrieben, gemalt, gesungen, dargestellt haben, was ihnen das Gewissen gebot. Etliche gingen dafür in Berufsverbot, Isolation, Gefängnis oder wurden ins Ausland vertrieben. Nicht wenige – obwohl eine Minderheit – stießen bewusst gegen Schranken vor, die von einer allmächtigen Politoligarchie mitsamt ihrem bürokratisch-polizeilichen Apparat errichtet waren. Wer nun erzeugte die Bedrückungen und die Beleidigungen? Wer überwachte Millionen von Staatsbürgern und zumal Tausende von kritischen Intellektuellen, deren Namen man in den Stasiakten finden kann?

Mag auch ein jeder selbst ins Gericht mit sich gehen. Es ist nicht einzusehen, dass die Schuld an Demokratiemangel und Intoleranz, Demagogie und Gewalt unteilbar sei. Das würde die Parteioligarchie, die Nomenklatura, die Stasi von einer Kritik entlasten, die sie wahrlich verdient hat. Und mehr: Die Pauschalität der Schulderklärung würde uns selbst entwerten – die sozialistisch Gesinnten, aber Querdenkenden in der früheren Partei. Deshalb sprach ich für Differenzierung und gegen jedes Pauschalurteil. Wohl weiß ich, dass der Parteiapparat, wohl vermute ich, dass auch die Stasi kein hermetisch geschlossener Kampfverbund war, vielmehr aus Menschen bestand, wo unter Hardlinern, Stupiden und Karrieremachern auch sensible Charaktere wirkten, die die Hoffnungen einer »Perestroika«, eines »Neuen Denkens« mittragen wollten – übrigens nicht erst seit 1985. Oppositionell denkende Sozialisten konnten unter Letztgenannten durchaus Duldung finden, um kritische Gedanken an die Öffentlichkeit zu schmuggeln. Doch grundsätzlich war und bin ich für klare Scheidung zwischen Machträgern und verdeckten oder gar offen bekennenden Oppositionellen, sonst würden Schuld, Mitschuld und Sühne verwischt.

In diesem Zusammenhang habe ich auch damals erinnert, dass seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Systemkritik gegen den Stalinismus entstand, die auf eine struktur-analytische Komplexität abzielte. Kommunistische Oppositionelle und Alternativdenker, die für ihre Kritik mit Freiheit und Leben zahlen mussten,

gelangten mit Hilfe ihrer Methodik und Konsequenz zu einer Systemanalyse, die ganzheitlich vorging und zu einem ungemein schwerwiegenden Resultat führte: der Existenz und historisch-politischen Verantwortlichkeit einer neuen herrschenden Kaste oder auch »Klasse« im staatsmonopolistischen Sozialismus. Mancher mag dieses Analyseergebnis nicht gern annehmen. Jedoch die dialektisch umfassende Sicht auf Macht, Eigentum und Ideologie einer Herrschaftskaste, die sich über die Arbeiterklasse und das ganze Volk erhob, macht offenbar, wie totalitär das System war – daher auch, wie schwer es war, eine Freiheit des Geistes zu verlangen, geschweige denn: mit konsequent demokratisch-sozialistischer Bewusstheit in aller Öffentlichkeit zu leben. Angesichts der Realitäten des praktizierten Sozialismus stellt sich die Frage nach Verweigerung und Bewährung, nach Hauptschuld, Mitschuld und Nichtschuld eben weit differenzierter. Man kann die »geistigen Eliten« der DDR nicht en bloc beurteilen, und schon gar nicht sämtliche Intellektuellen unter demselben Schuldkonto abrechnen, wofür die herrschende bürokratische Kaste einzustehen hat. Die Schuld ist nicht gleich. Die Schuld ist abzustufen. Bei aller Selbstkritik und Selbstanklage, die uns dann noch bleiben, ist zu prüfen, ob und wann wir tatsächlich als sozialistische Alternative auftraten und warum wir mit der Art unserer Kritik oder Opposition das System nicht zu wandeln vermochten.

Wenn wir die Ideologie-Kritik mit der umfassenden Systemanalyse verknüpfen, dann wird noch deutlicher: Die Verwerflichkeit der Politik lag nicht nur in der »Abkopplung der heroischen Illusionen von den Realitäten«. Das ist geisteswissenschaftlich und ideologiepolitisch formuliert. Das grundlegende Problem lag in den objektiven und subjektiven Faktoren des staatsmonopolistischen Sozialismus als Gesamtsystem.

Der unabdingbare Anspruch, den der klassische Marxismus, die Pariser Kommune, die frühen Sowjets und Rätebewegungen der Revolutionen von 1917/18 gestellt hatten, war preisgegeben worden: Das arbeitende Volk hätte im Sozialismus seine Demokratie, seine Arbeit, seine Besitztümer durch eigene Willensbildung, produktive Selbsttätigkeit und politische Kontrolle bestimmen müssen. Statt dessen dominierte eine bürokratische Kaste den »Arbeiter-und-Bauern-Staat« und das geltende Recht – auch in der DDR. Sie rekrutierte sich durch ein elitäres System der Kaderauslese und der willkürlichen Ernennung von Amtspersonen. Sie besaß Entscheidungsmacht, Kommandogewalt und das Privileg der Meinungsbildung. Sie war behütet durch andauernde Zensur der Medien und der Produkte geistiger Kultur, durch das Fehlen verfassungsmäßiger Beschwerdeinstitutionen, durch die Verweigerung der Gesinnungs-, Versammlungs- und Lehrfreiheit. Und sie wurde kriminalpolitisch geschützt von der allgegenwärtigen Staatssicherheitspolizei. Weil die meisten Individuen dieser Kaste den werktätigen Klassen und Schichten entstammten, trugen sie ursprünglich gewiss die Absicht, Sachwalter des arbeitenden Volkes zu sein. Jedoch emporgehoben und zugleich gefangen in der Hierarchie des Partei- und Staatsapparats, wurden sie letztlich zum Instrument der hohen Repräsentanten und Spitzenfunktionäre – darunter verdiente antifaschistische Kämpfer, die sich zu machtbeflissenen, selbstgefälligen Patriarchen mauserten. Diese geboten, das Volk gut zu hegen, aber auch materiell und geistig unter

Kontrolle zu halten, und sie gewöhnten sich an, die jeweils nötige oder mögliche Erfüllung der Volksinteressen als »Geschenke von oben«, als obrigkeitlichen Akt zu vollziehen. Das Volk hingegen durfte mit vorgefertigten Dankadressen seine Begeisterung bekunden, obwohl es selbst doch gearbeitet hatte und die Kosten für den Staat zahlte, auch für Immerdieselben auf den Tribünen.

Das aber war noch nicht alles. Indem die Bürokratie ihre Verfügungsgewalt über das »Volkseigentum« ausübte und die Verteilung des Bruttosozialprodukts alljährlich entschied, besaß diese Kaste eine ökonomisch-soziale Fundierung. Sie verwandelte Gemeineigentum des werktätigen Volkes innerhalb des Systems der Nationalen Front der DDR, an dem auch Christdemokraten (CDU), Liberaldemokraten (LDPD), Nationaldemokraten (NDPD) partizipierten, in Parteien- und Staatseigentum – und sie war als Parteien- und Staatsbürokratie dessen unmittelbarer Nutznießer. Dass darunter auch charaktervolle, persönlich bescheidene Individuen waren, kann die historisch-sachliche Erfahrung kaum entkräften: Die herrschende Kaste des staatsmonopolistischen Sozialismus schuf selbst keine materiellen und geistigen Güter, war streng genommen nicht produktiv-werk tätig. Aber sie leitete, reglementierte, kontrollierte, bevormundete, verteilte, entschied. Sie nutzte das vom Volk produzierte und vermehrte Gemeineigentum auch für ihre eigene Reproduktion – und dies zunehmend mit Selbstgewissheit und wachsender Verschwendung, mit der Arroganz einer geschichtlich neuartigen Machtbewusstheit und Privilegierung. Die heutige Restauration des großen Kapitals in den ostdeutschen Bundesländern, mit Anhäufung des Reichtums von Unternehmern und Politikern, lässt uns die damalige Aneignung des »Volkseigentums« durch die Führungsklasse eher in einem kleinbürgerlichen Zuschnitt erkennen. Jedoch politbürokratischer Zentralismus und Bevorzugung der Nomenklatura, also einer Arbeiteraristokratie, waren im Marxismus nicht vorgesehen.

Diese Kritik konnte in den Jahren 1990/91 nicht veröffentlicht werden.¹⁴ Wo ich sie mündlich auf Parteitag und -konferenzen vertrat, stieß sie auf den Widerstand von Genossen der Kommunistischen Plattform oder auf den besorgten Hinweis: Ich solle sie nicht drucken lassen – sie »schade der Partei«. Ganz anders war das politische Klima in der Historischen Kommission. Den Text meines Manuskripts »Zu einigen struktur-analytischen Aspekten bezüglich des staatsmonopolistischen Sozialismus in der DDR«, der in Berlin nicht zu publizieren war, veröffentlichte Herbert Burmeister, zuvor Geschäftsführer der Historischen Kommission, im Oktober 1992 in Potsdam.¹⁵ Zuschriften von Gregor Gysi, Michael Schumann, André Brie ermutigten mich. Es gab Nachauflagen in Bern, Bonn, Hamburg und Potsdam.¹⁶ Die nur vierzigseitige Broschüre erstreckte die Strukturanalyse auf die »führende Partei«, die »totalitäre Organisation von Staat und Gesellschaft«, die »Dominanz des Staatseigentums und die Bürokratisierung der Produktionsweise«, die »Herausbildung einer herrschenden Kaste« und auf die »teleologische Geschichtsideologie«. Das Ganze erschien stets unter dem Titel »Partei – Staat – bürokratische Kaste«.

IV

»Cui bono?« Die uralte Frage hing wie ein moralisches Damoklesschwert beständig über der Historischen Kommission und mir selbst.

14 Einzige Ausnahme: Helmut Bock: Es führt kein Weg zurück. »Stalinismus« in der DDR, in: UTOPIE kreativ, H. 13, September 1991, S. 62 ff.

15 Derselbe: Partei – Staat – bürokratische Kaste (hrsg. v. Brandenburger Verein für Bildung »Rosa Luxemburg« e. V.), Potsdam, Oktober 1992.

16 Schweizerische Vereinigung für Marxistische Studien: VMS – Materialien Nr. 1, Bern 1993; Rückseiten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, hrsg. v. Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann, Hamburg 1993, S. 145 ff.; Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 3, hrsg. v. Dietmar Keller, Hans Modrow, Hans Wolf, Bonn-Berlin 1994, S. 71 ff.; 2., unveränderte Auflage, Potsdam, Oktober 1995.

Natürlich wollten wir das stetige Ringen von Gysi, Bisky und anderen Reformern in der PDS unterstützen. Wir wollten helfen, die historische Kritik und Selbstkritik der Sozialisten zur Konsequenz zu treiben. Doch diese Kritik bot – wider Willen – auch Handreichungen für die bundesdeutsche Konterrevolution, überhaupt für notorische Gegner eines jeden Versuches antikapitalistischer Alternative. Angesichts der von Pfarrer Eppelmann geleiteten Enquête-Kommission des Bundestages (1993) stand ich mit dem Auftrag, die darauf reagierende PDS-Diskussion zu bilanzieren, »zwischen den Stühlen«: Einerseits urteilte ich gegen die »Eppelmann-Kommission«, die die DDR aus den Zusammenhängen des weltpolitischen und deutsch-deutschen Systemantagonismus heraustrennte, bereits vor Untersuchungsbeginn als »Unrechtsstaat« definierte, das gesamte Gesellschaftsleben und seine Menschen grob in Böse und Gute selektierte – wodurch sich ein Pfarrer zum eifernden Pfaffen, ein geschichtsbeflissenes Gremium noch einmal zur Waffe des Kalten Krieges machte. Andererseits kritisierte ich orthodoxe Abwehrpositionen in der PDS und zugleich den ehemaligen DDR-Politiker Dietmar Keller, der als einzig zugelassener Vertreter der PDS die Prämissen der Enquête-Kommission weitgehend bediente.¹⁷

Nach dieser Konfrontation meinte ich schließlich, einen kritischen Beitrag unter den »Linken« im Wesentlichen geleistet zu haben, mich jedoch in der kapitalistischen BRD nicht zum »Saubermann« und »Entlarvungsspezialisten« gegen den Sozialismus deformieren zu wollen. Nur die irreführende Apodiktik, die zwischen Stalinismus und Leninismus schlechthin trennt, blieb ein Gegenstand meines Nachdenkens: In Arbeiten über die Russische Revolution von 1917 bis 1921 versuche ich den Nachweis zu erbringen, dass in der von Lenin geführten Partei der Bolschewiken die nichtdemokratischen Strukturen geschaffen wurden, die dem Stalinismus den Weg bahnten.¹⁸ Sonst aber habe ich mich als Historiker wieder auf meine Spezialgebiete der bürgerlichen Revolutionen seit 1789 und der Friedensforschung besonnen.

Bei Kommunisten Europas steht heute die PDS nicht ohne den Vorwurf, eine »reformistische Partei« zu sein. Auch radikale »Linke« der bundesdeutschen »Wahlalternative« (WASG) könnten die politische Zusammenarbeit mit der PDS erschweren. Deshalb wiederhole ich den Titel der vorstehenden Gedanken: »Vom Elend historischer Selbstkritik«. Für heute und morgen bleibt bewusst zu machen: Kritik und Selbstkritik sind nicht vergnüglich. Sie sind die bitteren Pillen, die vielleicht helfen, politische und geistige Krankheiten zu bekämpfen – auch Selbsttäuschungen und den latent wirkenden Irrtum, der die Krankheit nach dem Tod des Patienten als ziemlich gute Gesundheit interpretiert. Wer solche Medizin reicht, kann nicht liebenswürdig erscheinen. Er hat – nach dem Wort August Bebel – oft sogar die falschen Lacher und Lobspender auf seiner Seite.

Die Ära der Revolution von 1917 ist zu Ende. Zu Stalinismus und staatsmonopolistischem Sozialismus führt hoffentlich kein Weg zurück. Trotz der unabdingbaren Aufgabe, die inhumane, der volksnahen Demokratie und dem Sozialstaat feindlich gesinnte Strategie von Monopolkapitalisten und Politikern zu entlarven und zu bekämpfen: Die Erneuerung antikapitalistischer Alternativen wird *nicht* gelingen – ohne kritisch mit uns selbst zu beginnen, ohne »allen Aberglauben an die Vergangenheit«¹⁹ abzustreifen.

17 Helmut Bock: Nachdenken über die Keller-Rede, in: DISPUT, H. 8/1993, S. 8 ff.; ebenfalls in: Zwischen den Stühlen. Pro und Kontra SED, hrsg. v. Dietmar Keller u. Matthias Kirchner, Berlin 1993, S. 70 ff.

18 Derselbe: Die Russische Revolution. Epochen-zäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte? In: Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen (Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Bd. 6. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen), Leipzig 2004, S. 17 ff.; Die Russische Revolution 1917 – 1921. Sieg oder Tragödie? (Pankower Vorträge H. 71, Helle Panke e. V.), Berlin 2005.

19 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 8, S. 117. Marx, der die soziale Revolution schon für das 19. Jahrhundert erwartete, meinte allerdings den Bruch mit den bis dahin auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsordnungen. Heute gilt die Marx-Sentenz uns selbst: Es ist die eigene problematische Vergangenheit, die »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« lastet, so dass ein Bruch erfolgen muss. Das schließt die Rezeption und die Würdigung antikapitalistischer Charakterzüge im Leben des »real existierenden Sozialismus« der DDR nicht aus.

HORST DIETZEL

Abkehr vom Klassenkampf?

Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS

Der Philosoph verbindet heute mit dem Begriff des Gesellschaftsvertrages in erster Linie die Namen Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau. Hobbes schrieb, dass das Zusammenleben der Menschen im Unterschied zu den Tieren ein Vertragswerk bzw. ein künstliches Werk sei. Selbst im Philosophischen Wörterbuch der DDR wurde eingeräumt, dass ein Erkenntnisfortschritt in der Vertragstheorie liege, weil sie nicht nur die Staatsbürger und die Repräsentanten des Staates als zwei verschiedene Wesenheiten bestimme, sondern darüber hinaus die Prinzipien des Regierens vernunftmäßig begründe und die Staatsbürger als Träger der Gesellschaft, deren Interessen die Regierung zu vertreten hat, herausgestellt habe.¹ Rousseau hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dabei die soziale Ungleichheit nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Er entwickelte in seinem Werk »Vom Gesellschaftsvertrag« (1755) die Theorie weiter und verband sie mit der Forderung nach Volkssouveränität. Es ist klar, dass die Autorinnen und Autoren des Philosophischen Wörterbuches der DDR sich von moderneren Auffassungen über einen Gesellschaftsvertrag, die z. B. von einer pluralistischen Gesellschaft ausgehen, die es zu strukturieren, zu rationalisieren oder zu formieren gelte, mit dem Verweis auf den Marxismus entschieden abgrenzten.

Gregor Gysi »Ingolstädter Manifest«

Da ist es interessant, dass in einer sozialistischen Partei wie der PDS der Gedanke eines Gesellschaftsvertrages wieder aufgegriffen wurde. Es war vor allem Gregor Gysi, der sich in seinem »Ingolstädter Manifest« aus dem Jahre 1994 dieser Idee annahm. Der Untertitel des damals weithin beachteten Papiers heißt: »Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag«. Gysi geht zwar nur marginal auf den Begriff des Gesellschaftsvertrages ein, aber im Text wird deutlich, dass sich der Autor vom klassisch marxistischen bzw. klassenkämpferischen Herangehen löst. Schon der erste Satz lautet: »Dieses Manifest wendet sich an alle in Deutschland lebenden Menschen.«² Der Gestus des Textes ist eindeutig: Es geht um Chancen, um neue Wege, die in Deutschland gegangen werden sollen. Gysi unterbreitet konkrete Vorschläge für politische Veränderungen, die auch »von allen« mitgetragen werden können. Sein Bemühen gilt einem neuen Miteinander, neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, ohne dass er diese in klassisch marxistischer Weise herleitet. Insofern ist hier auch der Begriff des Gesellschaftsvertrages angebracht.

Horst Dietzel – Jg. 1943; Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei, Heft 149 (März 2003), und: Mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten. Ein Vergleich der Grundsatzprogramme von PDS und Bündnis 90/Die Grünen, Heft 161 (März 2004).

1 Georg Klaus, Manfred Buhr (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1969, S. 440.

2 Gregor Gysi: Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin 1994, S. 1.

Gysi nimmt bei seinen Überlegungen weniger Bezug auf die eingangs erwähnten Philosophen als vielmehr auf den *New Deal* – die »Neuverteilung der Spielkarten« – in den USA in den dreißiger Jahren. Nach dem Amtsantritt Franklin D. Roosevelts im Jahre 1933 waren Programme aufgelegt worden, die die Massenarbeitslosigkeit zurückdrängen sollten. So wurden etwa öffentliche Baumaßnahmen eingeleitet. Mit dem *Agricultural Adjustment Act* wurde ein Gesetz zum Wiederaufbau der Landwirtschaft verabschiedet. Farmer erhielten finanzielle Unterstützungen und senkten im Gegenzug die Produktion. Gesetze zur Renten- und Sozialversicherung brachten Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen. Roosevelt rief auch so genannte *Civilian Conservation Corps* ins Leben, bei denen arbeitslose junge Männer beispielsweise bei der Aufforstung von Wäldern Arbeit fanden. Außerdem brachte der Bau von Wasserkraftwerken die amerikanische Wirtschaft wieder in Gang.

Gysi schreibt: »Wo geschichtlich Gewerkschaften, aufgeklärte Unternehmer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit realisierbaren Projekten und Politikerinnen und Politiker mit humanen Visionen und einem pragmatischen Blick für neue Chancen antraten, konnte in Krisen der Weg in die Armut, die Reaktion und den Krieg versperrt werden. Sozialstaat, soziale Einhegung des kapitalistischen Marktes, New Deal waren einmal erfolgreich gegen den sozial verantwortungslosen Staat, gegen absolute Macht des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt und gegen die Ideologie der Ungestaltbarkeit der Marktwirtschaft angetreten.«³ Auch heute, elf Jahre nach Veröffentlichung dieses Textes, ist dieses Herangehen sehr zeitgemäß.

3 Ebenda, S. 4.

Der ehemalige PDS-Vorsitzende plädierte im »Ingolstädter Manifest« für eine andere Logik der Konfliktlösung. »Wir können wählen zwischen dem Weg des Siegens und Verlierens und dem Weg der Kooperation und des gemeinsamen Vorteils. Wir können wählen zwischen Machtpolitik und einer Politik, die wirklich die Vermittlung der verschiedenen Interessen verfolgt. Wir können zwischen der illusionären Stabilisierung der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts oder dem zukunftsweisenden Umbau dieser Gesellschaft wählen. Wir haben die Wahl zwischen sozialem Krieg und einem neuen Gesellschaftsvertrag.«⁴

4 Ebenda, S. 6.

Genau das ist der Punkt, um den es auch heute geht. Nur mit einer »neuen Übereinkunft« der Interessen von verschiedenen sozialen Schichten und kulturellen Milieus lässt sich die Gesellschaft zukunftsfähig im Sinne des europäischen Sozialstaatsmodells gestalten. Gegenwärtig sind die anderen Parteien dabei, den Weg in eine noch größere soziale Spaltung unseres Gemeinwesens zu gehen. Insofern hat sich die damalige Feststellung Gysis, die anderen Parteien würden den Status quo bewahren wollen, eher umgekehrt. Eine neue Linkspartei muss darum darauf achten, dass sie nicht in die Rolle eines Bewahrers hineingerät, der sich den neuen Herausforderungen nicht zu stellen vermag.

Wir können hier nicht auf alle einzelnen Reformvorschläge des »Ingolstädter Manifests« eingehen, aber die Grundrichtungen – wie etwa die Forderung nach mehr direkter Demokratie in Form von Volksabstimmungen – haben an Aktualität nichts eingebüßt. Andererseits wird mit Vorschlägen wie »dritte Stimme« bei Wahlen

(Stimme für nichtstaatliche Organisationen) oder für eine »zweite Kammer« (Bundeskammer für soziale Bewegungen) doch weit übers Ziel hinausgeschossen. Und die Forderung, sechs Monate lang sollten der öffentliche Dienst und die großen Unternehmen keine Entlassungen vornehmen dürfen, löst das Problem der Arbeitslosigkeit auch heute nicht. Dass in diesen sechs Monaten »Runde Tische« »Konzeptionen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen« diskutieren und vereinbaren sollen, ist ebenfalls keine realistische Option. An der richtigen Idee, die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsämter »aus bürokratischen Verwaltungen der Arbeitslosigkeit in Organe aktiver arbeitsplatzschaffender Politik«⁵ umzuwandeln, ist die rot-grüne Bundesregierung gescheitert.

5 Ebenda, S. 9.

10 Thesen und 5 Punkte

Obwohl Gysis »Ingolstädter Manifest« im Wahlkampf 1994 auf eine große Resonanz stieß, scheiterte der Versuch, die Idee des Gesellschaftsvertrages auch »parteiöffentlich« zu verankern. In den zehn Thesen des von Wolfgang Gehrcke im Vorfeld der 1. Tagung des 4. Parteitag 1994 initiierten Beschlusses des Parteivorstandes der PDS war ein neuer Gesellschaftsvertrag noch eine tragende Idee. In der 4. These hieß es: » Ein Reformaufbruch ist notwendig, um zu einem neuen Gesellschaftsvertrag zu gelangen, der Fundamente für eine Lebensweise des 21. Jahrhunderts schafft. Die Neuordnung des gesellschaftlichen Systems der Arbeit und die Demokratisierung der Gesellschaft sind zentrale Punkte des neuen Gesellschaftsvertrages.«⁶

6 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: PDS-Pressedienst Nr. 48/1994, S. 21.

Hier werden sowohl die Zielrichtung von Reformpolitik angesprochen (Lebensweise des 21. Jahrhunderts) als auch die beiden zentralen gesellschaftspolitischen Felder genannt: Arbeit (in einem umfassenden Sinne, nicht nur als Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit) und Demokratisierung. Eine Kernaussage war, dass es ohne eine neue Übereinkunft zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft keine veränderte Entwicklungsrichtung in der Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise geben werde. Das Überleben der Menschheit und eine (dementsprechend notwendige) neue Lebensweise spielten in der damaligen gesellschaftspolitischen Debatte eine herausragende Rolle. Erklärt wurde auch, wie »Gesellschaftsvertrag« zu verstehen sei: Er entstehe nicht durch »Verhandlungen«, sondern erfordere den gemeinsamen engagierten Kampf breiter Reformkräfte für Veränderungen und gleichzeitig die Suche nach Konsens. Hingewiesen wurde auch auf zwei weitere zentrale Punkte: Ein solcher neuer Gesellschaftsvertrag sei nicht mit einer sozialistischen Gesellschaft gleichzusetzen, und nötig sei er vor allem, um den Menschen die Ängste vor einem Politikwechsel zu nehmen. Das sind Punkte, die an Bedeutung auch heute nicht verloren haben. Damals jedoch war ein solches Herangehen in der PDS nicht durchsetzbar – auch deshalb nicht, weil sich wichtige Reformkräfte nicht bereit fanden, sich für ein solches Politikverständnis nachdrücklich zu engagieren. Offenbar gelang es nicht, die Aussage in den Thesen, wonach sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf und Sozialpartnerschaft erfassen lassen, überzeugend zu vermitteln

Veröffentlicht und durch den 4. Parteitag beschlossen wurden im Ergebnis langer Debatten schließlich »Fünf Punkte« von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Hans Modrow. Mit ihnen wurde vor allem der sozialistische Charakter der PDS hervorgehoben,⁷ und betont wurde zugleich die Oppositionsrolle der Partei. Die PDS stehe »in prinzipieller Opposition zu den herrschenden Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland«. Die »Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung oder in eine Koalitionsrolle begibt«, berühre »nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS.«⁸ Ergänzt wurde diese Sicht durch die Bemerkung, dass das Schwergewicht der PDS-Tätigkeit – unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle – in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen liege. All das waren Zugeständnisse an traditionelle Sichtweisen in der PDS.

Viele Jahre später – auf dem Geraer Parteitag im Jahre 2002 – spielte dieses Thema nochmals eine große Rolle. Nach der Wahlniederlage wurden erneut der Charakter der PDS als »gesellschaftliche Opposition« bemüht und die zentrale Bedeutung von emanzipatorischen Bestrebungen und Bewegungen hervorgehoben.⁹

Obwohl die PDS die enge Sicht des Geraer Parteitages auf Regierungs- und Oppositionsverständnis seither weitgehend überwunden hat, wird dieses Problem beim Zusammenwachsen mit der WASG zu einer neuen Linkspartei wieder nach vorne rücken. Dies könnte von zwei Seiten aus geschehen: Zum einen von Kräften in der PDS, die die »prinzipielle Opposition der PDS zu den gesellschaftlichen Verhältnissen« als sozialistische Identität verteidigen wollen, und zum anderen von Kräften in der WASG, die auf prinzipieller Opposition einer linken Partei gegenüber dem Regierungshandeln – also einer Rolle als Protestpartei – innerhalb der gegebenen Verhältnisse bestehen.

Gysis Antwort auf das Schröder-Blair-Papier und der Geraer Parteitag

Gregor Gysi brachte die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages 1999 wieder in die Debatte: mit seinen »Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus«, die den Zusatztitel »Gerechtigkeit ist modern« trugen und sich als eine »notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair« und deren »Schröder/Blair-Papier« verstanden. Die These 4 von Gysi lautet: »Wer die neuen Chancen nutzen will, muss sie zu Chancen für alle werden lassen. Wer den neuen Bedrohungen begegnen will, darf nicht zulassen, dass sie sich gegen jene richten, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Dazu bedarf es eines neuen Gesellschaftsvertrages.«¹⁰ Es werden dann fünf Punkte genannt, die einen solchen Gesellschaftsvertrag aus der Sicht demokratischer Sozialisten ausmachen sollten: Übergang zu einer Entwicklungsweise, die eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum durch eine neue Arbeits- und Lebensweise sichert; Überwindung aller Hemmnisse, die der Selbstbestimmung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter entgegenstehen; Vollbeschäftigung durch den Aufbau neuer Felder für eine nachhaltige, ökologischen und sozialen Kriterien genügende

7 Vgl. Neues Deutschland vom 14./15. Januar 2005.

8 Ebenda.

9 Kein »Weiter so«: Zukunft durch Erneuerung. Beschluss der 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS, in: Disput 10/2002; Presse-dienst 42/43, S. 35.

10 Gregor Gysi: Zwölf Thesen für eine moderne Politik des modernen Sozialismus. Gerechtigkeit ist modern. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair, brosch., o. O. und o. J., S. 7.

Wirtschaftsentwicklung; Schaffung eines Sozialsystems, dessen Kosten solidarisch getragen werden und dessen Ziele Grundsicherung einer und eines jeden und aktive Beteiligung aller an den neuen Chancen sind; eine Politik der Sanierung der öffentlichen Finanzen, die zugleich den Weg für eine gerechtere Sozialordnung und neue Entwicklung öffnet.¹¹ Das sind alles sehr allgemein gehaltene Forderungen, keine konkreten Politikkonzepte.

11 Vgl. ebenda.

Dem damaligen alternativen linken Zeitgeist folgend, wandte sich Gysi nicht nur gegen die Dominanz des Kapitals, sondern auch gegen die »konsumistische Lebensweise« bzw. gegen eine »verkürzt verstandene reine Lohn- und Konsummaximierung«.¹² In These 8 heißt es: »Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Reichtum wird nicht zuerst und fast ausschließlich mehr privaten Konsum bedeuten, sondern zu höherer Lebensqualität für Frauen und Männer führen.«¹³ In der Erläuterung dieser These schreibt der Autor, dass es nicht um die Reduzierung der Kaufkraft gehe, aber auch nicht deren Erhöhung »die einzige undifferenzierte Alternative zur einseitigen Angebotspolitik« sein dürfe. In der heutigen linken Debatte wird das sicher überwiegend anders gesehen. Dennoch ist die Frage nach der Lebens- und Konsumweise nach wie vor ein herausragendes Problem, welche Entwicklung die Gesellschaft nehmen soll.

12 Vgl. ebenda, S. 9.

13 Ebenda, S. 17.

Was in dieser Ausarbeitung wie schon im »Ingolstädter Manifest« fehlt, sind Aussagen dazu, was die verschiedenen Gesellschaftsschichten durch einen neuen Gesellschaftsvertrag »erhalten« und was sie dafür leisten müssen. Gesellschaftsvertrag soll ja doch heißen, dass durch eine bestimmte Politik den Interessen der verschiedenen Schichten in bestimmter Weise und in eine bestimmte Richtung Rechnung getragen wird. Dabei spielen Fragen der Lebensweise eine herausragende Rolle.

In der PDS-Debatte nach der verlorenen Bundestagswahl im Jahre 2002 spielte hingegen der Bezug zur Zusammenarbeit bzw. Auseinandersetzung verschiedener Klassen und Schichten eine Rolle. Im Parteitagbeschluss von Gera heißt es, auf der Tagesordnung müsse »ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten, und jenen, die sich in der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen«, stehen.¹⁴ Dieser Gedanke wird aber im Beschluss nicht weiter verfolgt. Statt dessen dient er dazu, die Rolle der PDS weg von der Parteienkonkurrenz hin zur einseitigen Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen zu orientieren: »Zentrale Bedeutung haben emanzipatorische Bestrebungen und Bewegungen, die Parteien unter politischen Druck setzen, andererseits aber von Parteien Unterstützung erfahren.«¹⁵

14 Kein »Weiter so«, a. a. O., S.34.

15 Ebenda.

Auf die PDS bezogen bedeutet das, die Partei vorrangig als verlängerten Arm von Bewegungen zu begreifen. Hervorgehoben wird der soziale Protest, die Übersetzung in institutionelle Politik wird untergewichtet. Michael Brie hingegen bestimmt das Mitte-Unten-Bündnis genauer. Er geht davon aus, dass das Projekt einer solidarisch-emanzipativen Transformation nur ein Mitte-Unten-Projekt sein könne. »Es verlangt ein Interessenbündnis, einen Gesellschaftsvertrag zwischen jenen Gruppen, die die produktiven Kerntrügerschichten bilden (der »allgemeine Produktionsarbeiter«) und jenen,

die durch den Neoliberalismus marginalisiert werden. Bei einem solchen Bündnis können die neuen (und alten) Mittelschichten ein höheres Maß an sozialer Sicherheit, an einem stabilen gesellschaftlichen Umfeld und sozialer Integration, an qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, an Menschenwürde (...) gewinnen. Die Unterschichten dagegen würden eine menschenwürdige Grundsicherung, den Zugang zu ›Freiheitsgütern‹ einer Gesellschaft, die Chancen einer weitgehend gleichwertigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten. Dies alles muss sich zu einem Projekt einer neuen höheren gesellschaftlichen Produktivität verdichten.«¹⁶ Brie weist freilich zugleich darauf hin, dass die hier gemeinten Mittelschichten entweder in der Illusion befangen seien, die Chancen des neoliberalen Projekts seien für sie größer als dessen Gefahren, oder keine Alternativen für sich sähen und sich folgerichtig unterordneten.

Angesichts der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene soziale Milieus, die sich sowohl unten wie in der Mitte »fühlen«, ist eine Analyse dieser Milieus und ihrer Interessenlagen erforderlich. Zwar haben die Proteste gegen Hartz IV deutlich gemacht, dass viele Menschen, die nicht zu den Unterschichten zu zählen sind, große Angst haben, in die Armut gedrängt zu werden, und dass es insofern selbstverständlich Tendenzen der Vereinheitlichung von Interessen gibt. Dennoch bleiben große Unterschiede zwischen den traditionellen Arbeitermilieus, den neuen Arbeitnehmersmilieus, den alternativen Milieus, den aufstiegsorientierten Milieus, den kleinbürgerlichen, den technokratisch-gehobenen oder anderen Milieus.

»Crossover« und der Gesellschaftsvertrag

Schauen wir in die achtziger und beginnenden neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Dort waren es linke Grüne, die die Idee des New Deal in veränderter Form – entsprechend den veränderten Bedingungen – aufgriffen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ging es um einen »ökologischen New Deal«. Hier sollten die lebensweltlichen Interessen der Alternativ- und Ökologiebewegungen mit den verteilungspolitischen Interessen der alten Arbeiterbewegung so verknüpft werden, dass daraus ein neuer hegemoniefähiger Block zu entstehen vermag.¹⁷ In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde diese Idee entsprechend den wiederum veränderten Bedingungen im »Crossover«-Prozess – einem von den Zeitschriften »spw« (Umfeld der SPD), »Andere Zeiten« (Umfeld der Grünen) und »UTOPIE kreativ« (Umfeld der PDS) getragenen Diskussionszyklus – wieder aufgenommen. Berücksichtigt wurde vor allem die sich abzeichnende neue Spaltungslinie zwischen Kernbelegschaften und prekär Beschäftigten (bzw. Randbelegschaften): »Wenn es gelingt, das Bündnis zwischen den ökologisch orientierten Mittelschichten und der verteilungspolitisch orientierten Arbeiterbewegung durch ein neues Bündnis zwischen Kernbelegschaften und marginal Beschäftigten zu untermauern, bekäme der ökologische New Deal eine neue Chance. Dafür ist entscheidend, dass sich die Reformkräfte auf eine glaubwürdige Idee einer solidarischen Gesellschaft verständigen.«¹⁸ Eine glaubwürdige neue Idee von einer solidarischen Gesellschaft scheint mir auch heute der springende Punkt einer Reformalternative einer modernen Linkspartei zu sein.

16 Michael Brie: Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa – Hegemonie und Einstiegsprojekte. Thesen zur Diskussion, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskript o. J., S. 6.

17 Vgl. Willi Brüggem, Klaus Dräger: Die Zukunft der Grünen, in: UTOPIE kreativ, Heft 12 (August 1991).

18 Willi Brüggem: Neue Wege zum ökologischen New Deal, in: Crossover (Hrsg.), Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 28.

Das neue Bündnis ist nicht zustande gekommen. Im Gegenteil, wir müssen jetzt zusätzlich konstatieren, dass von Unternehmenseite die »Kernbelegschaften« selbst gespalten werden, indem die »Alten« ihre (relativen) Privilegien bewahren und die »Neuen« oder Ausgegliederten, die die gleiche Arbeit verrichten, unter schlechteren Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften haben sich auf diese Linie »ungleicher Lohn für gleiche Arbeit« eingelassen. Damit verwoben ist eine verstärkte Standortkonkurrenz auch innerhalb großer Unternehmen im weltweiten, europäischen und nationalen Rahmen.

Übergreifend nimmt zugleich die Spaltung der Gesellschaft weiter zu in diejenigen, die Arbeit haben und diejenigen, die in Dauerarbeitslosigkeit abgedrängt sind. Eine weitere Spaltungslinie verläuft aufgrund der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zwischen hoch qualifizierten Beschäftigten und denen, die einfache Tätigkeiten verrichten. Auch innerhalb der Mittelschichten gibt es neue Spaltungsprozesse: Ein Teil von ihnen ist materiell schlecht gestellt und arbeitet am Rande der Existenz, einem anderen Teil aber geht es wirtschaftlich und sozial nach wie vor sehr gut.

In jüngster Zeit hat sich seitens der PDS Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag und Wahlkampfleiter seiner Partei dem Problem des Gesellschaftsvertrages gewidmet – in seinem 2004 verfassten Papier »Demokratischer Lebensort Deutschland«. Der Untertitel seines Artikels heißt »Gesellschaftsvertrag 21« – Vision für Deutschland im 21. Jahrhundert«. Im Text geht es um drei Punkte, die diesen Gesellschaftsvertrag charakterisieren müssten. Er müsse die Verantwortung der Gemeinschaft und des Einzelnen neu austarieren, die Verantwortung auch der Besitzenden für das Gemeinwohl deutlich machen und dem Anspruch des Sozialen in der Marktwirtschaft wieder Geltung verschaffen.¹⁹ Im Folgenden heißt es: »Zivil- oder Polizeistaat, sozialer Rechtsstaat oder Almosenstaat, Bürger- oder Obrigkeitsstaat, der Citoyen oder der Bourgeois als gesellschaftliches Leitbild – das sind die Fragen, die ein Gesellschaftsvertrag zu beantworten hat.«²⁰ Ramelow schreibt richtig, dass es darum gehe, scheinbar unabänderliche Gegebenheiten in Frage zu stellen, mit vor allem westdeutsch geprägten Tabus zu brechen und sich von Althergebrachtem zu lösen. Leider aber untersetzt er seine Forderungen nicht. Es scheint, als diene die Idee des Gesellschaftsvertrages dem Autor vor allem als Überschrift für verschiedene Forderungen auf verschiedenen Politikfeldern.

Drei Säulen eines neuen Gesellschaftsvertrages

Für die Zukunft geht es aus meiner Sicht vor allem um drei Säulen, auf denen ein neuer Gesellschaftsvertrag stehen müsste. Da sind zum *ersten* Bildung und Innovation (Stichwort: Wissensgesellschaft). Tatsächlich ist dies die entscheidende Herausforderung für die entwickelten Industrieländer bzw. die postindustriell geprägten Staaten und Regionen. Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss diese Dimension in einem doppelten Sinne aufnehmen. Zum einen, damit das Land im internationalen Konkurrenzkampf bestehen und das Lebensniveau insgesamt gesichert werden kann. Zum anderen, weil Bildung und Innovationsfähigkeit die entscheidende Schlüsselfrage dafür sind, mittelfristig die Lebenschancen der Unterschichten deut-

19 Vgl. Bodo Ramelow: Demokratischer Lebensort Deutschland. »Gesellschaftsvertrag 21« – Vision für Deutschland im 21. Jahrhundert, Manuskript, Erfurt 22. Oktober 2004, S. 5.

20 Ebenda.

lich zu verbessern und soziale Gräben wenigstens teilweise zuzuschütten. Die *zweite* Säule ist die politische Einflussnahme auf die Neugestaltung der Erwerbsarbeit in der Gesellschaft. Weder die bisherige Regierungspolitik unter Rot-Grün noch die Konzeption von CDU/CSU/FDP lösen das Problem der hohen Erwerbslosigkeit, und sie tragen auch nicht dazu bei, die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit machen die *dritte* Säule eines neuen Gesellschaftsvertrages aus. Auch hier geht die dominierende Politik in die falsche Richtung: Die soziale Spaltung der Gesellschaft nimmt zu.

Die drei Säulen müssen durch eine linke Reformkonzeption so zueinander in Beziehung gesetzt werden, dass sowohl den Interessen der sozial weitgehend Ausgegrenzten als auch denen der Lohnarbeitenden in den Kernsektoren und denen der neuen und alten Mittelschichten in bestimmter Weise Rechnung getragen wird. Die Unterschichten erhalten mehr Möglichkeiten der Inklusion in die Gesellschaft (vor allem durch Bildung). Die soziale Grundsicherung wird für alle angemessen gestaltet. Die Gestaltung der Erwerbsarbeit erfolgt so, dass ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Grenze der Grundsicherung auch für einfache Berufe ermöglicht wird. Dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsleben wird weitgehend vermieden, soweit die davon betroffenen Menschen dazu bereit sind. Aber auch die Entfaltungsmöglichkeiten und sozialen Sicherungen für die qualifizierten Berufe müssen garantiert werden. Solidarität wird sowohl von den Kernbelegschaften wie auch von großen Teilen der Mittelschichten mit den sozial Ausgegrenzten und von Ausgrenzung Bedrohten erwartet. Sie »erhalten« dafür die Gewissheit, dass die Gesellschaft nicht weiter auseinander fällt. Anders gesagt: Der neue Gesellschaftsvertrag ist nicht hauptsächlich und einseitig zu Gunsten der Kernbelegschaften in den Großkonzernen und des öffentlichen Dienstes angelegt. Es geht also weder um Gleichmacherei, noch um eine Fortschreibung des Status quo.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag aus einer linken Sicht muss aber auch andere Schnittlinien der Gesellschaft beachten. Das betrifft die Ost-West-Problematik ebenso wie die von Frauen und Männern, von Alten und Jungen, Gesunden und Kranken bzw. Behinderten. Hier ist zu klären, wie Gerechtigkeit und Solidarität zwischen diesen gestaltet werden sollen. Wie weit, wie lange und in welcher Art muss dem Osten zukünftig geholfen werden? Wie viele Steuergelder müssen in das Rentensystem gepumpt werden – oder müsste es sich mittelfristig selbst tragen? Was ist der Gesellschaft eine Gesundheitsversorgung auf hohem Standard für alle wert? Wie sind die Aufgaben des Staates für die Zukunft zu definieren? Was kann der Staat – und was *soll* er können? Zwar wird der Etatismus auch in PDS-Debatten weitgehend abgelehnt, aber bei den politischen Konzepten wird doch oftmals von der Allmächtigkeit des Staates ausgegangen. Hier geht es letztlich um mehr oder weniger Bürokratie, um mehr oder weniger öffentlichen Dienst.

Die bisherigen Reformvorstellungen der PDS bzw. der Linkspartei.PDS müssen danach durchforstet werden, was die Partei bestimmten Schichten nehmen und was sie ihnen geben will. Sind z. B. Mittelschichten für unsere Idee zu begeistern, wenn der Spitzensteu-

ersatz bei 60 000 Euro 50 Prozent beträgt, gleichzeitig die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung aufgehoben wird und bei der Berechnung der Rente diejenigen, die mehr einzahlen, relativ weniger herausbekommen? Diese Debatte steht noch aus. Und es geht nicht nur um Verteilungsfragen, sondern auch darum, wie die Linke auf die Wertschöpfungsprozesse Einfluss nehmen will. Hier braucht es eine eindeutige Antwort auf die Globalisierungsprozesse wie auch auf andere neue Herausforderungen (demografische Veränderungen, veränderte Bedürfnisse). All das wirkt direkt auf die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages ein.

Der entscheidende Punkt aber wird sein, die Überlegung, dass man verschiedene Interessen zusammen denken und eine neue Übereinkunft innerhalb der Gesellschaft herstellen kann, populär zu machen. Es geht nach wie vor darum, den Menschen die Ängste vor einem Politikwechsel zu nehmen. Der Kampf um die Veränderung von Kräfteverhältnissen ist nach wie vor eine Schlüsselfrage. Ob die Begrifflichkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages dabei vorrangig sein muss, bleibt dahingestellt. Eine *Möglichkeit* aber bietet sie auf jeden Fall.

Die Möglichkeiten einer anderen Welt

Kongreß zu konkreter Utopie und realpolitischer Intervention

vom 7. bis 9. Oktober 2005

an der Universität Hannover, Wunstorferstr. 14, Raum D I

Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der online-Zeitschrift Sozialistische Positionen (sopos) werden wir in Kooperation mit der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diesen Utopie-Kongreß veranstalten und laden alle Interessierten herzlich ein, teilzunehmen.

Programm:

I. Konkrete Utopie – Begriff und Geschichte (Freitag, 12 - 21.30 Uhr)

II. »Vorpinselung« konkreter Utopie an Bruchstellen

des Spätkapitalismus im 21. Jahrhundert (Samstag, 12 - 21.30 Uhr)

III. Konkrete Utopie und politische Intervention (Sonntag, 12 - 19 Uhr)

Referenten:

Elmar Altvater, Regina Becker-Schmidt, Michael Jäger, Michael Krätke, Stephan Meretz, Joachim Perels, Christoph Spehr, Uta Wagenmann, Moshe Zuckermann u. a.

Anmeldungen nicht erforderlich!

Weitere Informationen:

Redaktion sopos, z. H. Marcus Hawel / Weberstr. 6 D-30449 Hannover

Tel: 0511-1699358, mobil: 0151-17315475 / Fax: 01212-5-153-20-415

URL: <http://www.sopos.org>

Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HELENO SAÑA

Don Quijote in Deutschland

Wie ein Spanier die deutsche Einheit erlebt

Die Ostdeutschen haben nach ihren jahrzehntelangen negativen Erfahrungen mit dem DDR-Staat eine zweite Enttäuschung mit dem westdeutschen Staat erlebt. Dies ist, vereinfacht ausgedrückt und auf einen Nenner gebracht, die Grundsituation fünfzehn Jahre nach dem Fall der Mauer. Im Mittelpunkt dieser doppelten Enttäuschung steht der Begriff Freiheit. In den langen Jahren der SED-Diktatur wurde sie sehnsuchtsvoll erwartet, ihre Abwesenheit schmerzlich empfunden. Als sie endlich da war, brachte sie nicht, was man sich von ihr versprochen hatte. Oder nur einen Teil davon. Welches sind die Gründe für diese Desillusionierung? Der erste war, dass der Prozess der Wiedervereinigung von Anfang an im Wesentlichen vom westdeutschen Staat, von den westdeutschen Parteien und den westdeutschen Konzernen bestimmt wurde. Dieselben ostdeutschen mündigen Bürger und Bürgerinnen, die es geschafft hatten, aus eigener Kraft der SED-Herrschaft ein Ende zu setzen, wurden bald von Westdeutschland weniger als gleichwertige Partner denn als unmündige Untertanen behandelt. Sie waren gewiss frei, die Neubundesbürger, und dennoch gerieten sie sofort in eine neue Abhängigkeit. Man hatte es in Westdeutschland eilig, klar zu stellen, wer Herr im Hause war, wer das Sagen hatte. Deshalb zögerte man nicht, die Vereinigung durch Machtpolitik zu beschleunigen, eine Machtpolitik, die diesmal nicht gegen einen inneren oder äußeren Feind, sondern gegen die eigenen Landsleute gerichtet wurde. *De jure* verlief alles in korrekten Bahnen – *de facto* aber war es im Grunde ein Diktat. So empfand es auf jeden Fall ein beträchtlicher oder gar mehrheitlicher Teil der 17 Millionen Ostdeutschen. Und ähnlich fühlte ich als außenstehender, aber keineswegs gleichgültiger Beobachter. Die Überwindung der geopolitischen Spaltung kam nicht durch einen Dialog unter Gleichen zustande, sondern ähnelte mehr einer Okkupation und einer Machtdemonstration gegenüber dem schwächeren Partner. Dass in diesem Zusammenhang der Einigungsvertrag gelegentlich mit dem Ermächtigungsgesetz verglichen wurde, war bezeichnend genug, obwohl der Vergleich überzogen und rein sachlich unakzeptabel war. Aber genauso unzutreffend war, die DDR-Diktatur mit der Naziherrschaft in einen Topf zu werfen, wie es nicht wenige Deutsche aus West und Ost taten. Dazu wäre mit Friedrich Schorlemmer zu sagen: »Ich fühlte mich von meinem 17. bis 45. Lebensjahr in der DDR eingemauert, und ich schämte mich für das Land, aus dem ich kam. Aber ich war und bin froh, dass ich nicht im Dritten Reich habe leben müssen, auch wenn es schwer war, in

Helena Saña – Jg. 1930, in Barcelona geboren, lebt seit 1959 als freier Schriftsteller in der Bundesrepublik. Verfasser von über 30 gesellschaftskritischen, kulturgeschichtlichen und philosophischen Büchern in spanischer und deutscher Sprache, darunter: »Macht ohne Moral«, PapyRossa Verlag Köln 2003, und: »Don Quijote in Deutschland. Autobiographische Aufzeichnungen eines Außenseiters«, PapyRossa Verlag Köln 2005. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Vom Guten und Bösen, Heft 176 (Juni 2005).

Der Text folgt einem Vortrag, den der Autor am 12. März 2005 in der Lutherstadt Wittenberg im Rahmen der von der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt veranstalteten Tagung »Deutschland in schlechter Verfassung?« gehalten hat.

Ulbrichts Mauerstaat ein eigenständiges und würdiges Leben zu führen« (Absturz in die Freiheit). Kritik am Verhalten Westdeutschlands wurde böswillig und selbstgefällig als Mangel an demokratischer Gesinnung oder als Nostalgie nach dem DDR-Staat, bestenfalls als Undankbarkeit gegenüber der vom westdeutschen Staat erhaltenen Hilfe ausgelegt. Und natürlich war es hoch unwillkommen, auf die positiven Aspekte des SED-Regimes hinzuweisen. Überhaupt galt das Wort »Sozialismus« als Unwort, auch dann, wenn die Rede ausdrücklich von einem demokratischen und humanen Sozialismus war. Einzig legitim war die in der Bundesrepublik und in der westlichen Welt herrschende bürgerlich-kapitalistische Ordnung. Die Beseitigung des Mauerstaats schloss stillschweigend und wie selbstverständlich die Verbannung jedes Gedankens ein, der das Dogma der freien Marktwirtschaft in Frage stellte. Auch und gerade in dieser Hinsicht Bevormundung und Belehrung, Dogmatik und Einheitsdenken.

Ich spüre wenig Lust, mich eingehend mit dem strittigen und traurigen Kapitel der Abrechnung mit den ehemaligen politischen Kadern des DDR-Regimes zu befassen. Andere haben es mit mehr Kenntnissen und mit einem besseren Überblick als ich selber ausführlich getan. Ich habe mich darüber hier und da mündlich und schriftlich geäußert. Ich habe es wieder getan im Zusammenhang mit einem langen Kapitel, das ich Ostdeutschland in meinem jüngsten Buch »Don Quijote in Deutschland« widme. Dort sage ich über den Ritter: »Er war auch gegen die Bestrafung der DDR-Kader. In seiner eigenen Heimat Spanien wurde nach dem Tod Francos kein einziger Mensch wegen seines Verhaltens während der Diktatur verfolgt oder vor ein Tribunal gestellt. Auch wurde keine Behörde errichtet, um in den Akten zu wühlen und sie öffentlich bekannt zu machen. Würden die siegreichen Westdeutschen dem Beispiel Spaniens folgen oder würden sie den Weg der Vergeltung und der Bestrafung wählen?« Damit will ich nicht sagen, dass wir Spanier es besser machten als die Deutschen, aber vielleicht mit der Klugheit, die schon Aristoteles für eine der wichtigsten persönlichen und gesellschaftlichen Tugenden hielt. Klugheit oder Einsicht in die Notwendigkeit hieß hier, sich von den Fesseln der Vergangenheit zu lösen und ohne Ressentiments und Rachegefühle einen Neuanfang zu wagen. Vielleicht war dabei auch ein bisschen von der *Grandezza* im Spiel, die man uns Spaniern zuschreibt. Die Deutschen, oder viele von ihnen, zogen die Option der Gesinnungskontrolle, der gegenseitigen Verdächtigungen, der Denunziation und der Angst vor, eine Reaktion, die mich manchmal an die Romane von Kafka und Orwell oder an die McCarthy-Ära in den USA erinnerte. Zu Recht oder zu Unrecht denke ich, dass es eines großen Kulturvolkes unwürdig ist, sich für eine solche Art von Vergangenheitsbewältigung zu entscheiden, zumal es sich hier um ein Land handelt, in dem im Namen der Staatsraison oder einer Ideologie so viele Verbrechen begangen worden sind. Meine donquijotische Seele vermisste hier jene Generosität, die Spinoza als die einzig für edle Seelen in Frage kommende Haltung betrachtete. Was mir aber am meisten missfiel, war die Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit, mit der sich Westdeutschland über Ostdeutschland erhob und Gericht über es hielt, ohne je auf die naheliegende Idee zu kommen,

sich auf die eigenen Versäumnisse und Schandflecken zu besinnen. Ein bisschen Demut wäre gerade in dieser Hinsicht höchst angebracht.

Es ist bekannt, für wen das Herz des spanischen Ritters schlug: für die Entrechteten und Unterdrückten, für die Besiegten und Gedeimtigten. Genauso empfand ich von dem Augenblick an, an dem ich ostdeutschen Boden betrat und anfang, Ostdeutschen zu begegnen. Die Verbundenheit, die ich spontan mit ihnen fühlte, hatte nichts mit meiner politischen Einstellung zur DDR und sonstigen Spielarten des Sowjetkommunismus zu tun, zu dem ich seit Beginn meiner politischen Lehrjahre eine sehr kritische Einstellung hatte, wie meine Bücher in spanischer und deutscher Sprache bezeugen. Ich lasse hier wieder Don Quijote zu Wort kommen: »Nach dem Fall der Mauer machte sich Don Quijote auf den Weg zu der ostdeutschen Hälfte der Nation. Oder genauer: Er wurde von einigen der dortigen Bewohner dazu aufgefordert, das Land zu besuchen. Denn obwohl die ewigen Feinde und Widersacher des Ritters dafür gesorgt hatten, seinen Namen in den Schmutz zu ziehen und ihn als einen verschworenen Feind Deutschlands zu brandmarken, fehlten nicht die ostdeutschen Stimmen, die von ihm Beistand und Orientierung für ihre Sorgen und Kümmernisse erwarteten. Er stieg auf seine Rosinante und suchte den Weg dorthin mit gemischten Gefühlen. Wohl wusste er, was sich seit der Errichtung der DDR durch die sowjetische Besatzungsmacht abgespielt hatte. Andererseits empfand er Mitleid mit den Millionen Menschen, die durch den plötzlichen Zusammenbruch des Regimes um die Grundlagen ihrer Existenz bangten und vor einer ungewissen Zukunft standen. Die meisten von ihnen freuten sich gewiss auf die Freiheit, die ihnen plötzlich zugefallen war, aber nichtsdestoweniger mussten sie jetzt um ihre Arbeitsplätze, ihr Einkommen und ihre Renten fürchten. Sie zu belehren über das System, das sie jahrzehntelang hautnah erlebt hatten, schien ihm unangebracht und auch überflüssig, zumal sie seine Bücher kannten. Der Ritter sah sie vor allem als Besiegte, und das war schon Grund genug, um nicht über sie herzufallen und sie dadurch noch unglücklicher zu machen, wie es nicht wenige Westdeutsche taten. Kritisch reagierte der Ritter nur, wenn er auf stramme Parteigenossen stieß, die sich weiterhin mit dem System identifizierten und ihm nachtrauerten, sei es aus Überzeugung oder weil sie von ihm profitiert hatten.« Soweit Don Quijote. Ich frage mich in diesem Zusammenhang: Ist es nicht Strafe genug, irgendwann feststellen zu müssen, dass man im Dienste einer falschen Sache stand? Hier wäre es nahe liegend, sich auf das christliche Gebot der Barmherzigkeit oder des Erbarmens zu beziehen, und ich tue es auch ausdrücklich, zumal die erste Phase der Wiedervereinigung unter der Ägide einer sich christlich nennenden Partei erfolgte. Aber ich möchte in diesem Kontext in Erinnerung bringen, was zwei atheistische Humanisten wie Albert Camus und Jean-Paul Sartre über Sieg und Niederlage dachten. In seinem autobiographischen, *post mortem* veröffentlichten Buch »Le premier homme« schrieb Camus: »... puisque vaincre un homme est aussi amer que d' être vaincu« – »denn einen Menschen zu besiegen ist genauso bitter wie besiegt zu werden«. Und nichts anderes meinte der junge Jean-Paul Sartre, als er in »La Nausée« sagte: »Seul les salauds croient gagner« – »Nur

die Lumpen glauben zu gewinnen«. Wie schön, wohltuend und fruchtbar für beide Teile Deutschlands wäre es gewesen, wenn die Demiurgen der Einheit dem Beispiel einer solchen Seelengröße gefolgt wären, anstatt auf die schäbige Karte der Bestrafung und der Vergeltung zu setzen.

Es gab nicht einmal einen Dialog, gerade das Urelement jener Demokratie, auf die sich die westdeutschen Machträger beriefen, um ihre Handlungsweise zu legitimieren. Sie wurden von vornherein als die Schuldigen betrachtet, die Verantwortlichen des SED-Regimes. Und man weiß ja, dass der Umgang, den man mit Schuldigen pflegt, nicht das Gespräch, sondern einzig und allein der der Anklage und des Befehls ist. Ich kann nicht umhin, mich zu fragen: waren alle Schuldige und böse Menschen, die 2,3 Millionen SED-Mitglieder, alle vulgäre Opportunisten und Karrieremacher, die nur aus niedrigen Beweggründen und instrumentellen Überlegungen mitmachten? Gab es unter ihnen keine *bona fide*, keinen selbstlosen Idealismus, kein uneigennütziges Engagement? Niemand kann diese Frage beantworten, auch nicht diejenigen, die meinen, eine Antwort dafür zu haben. Ich habe in den letzten fünfzehn Jahren Gelegenheit gehabt, viele damalige Parteigenossen und Aktivisten kennen zu lernen, und ich hatte in der Regel nicht unbedingt den Eindruck, dass sie schlechtere Menschen waren, als die, die im Westen sich rühmten, »saubere Hände« zu haben. Ist es ein Delikt, anders zu denken, als es die hegemoniale Ideologie zulässt oder vorschreibt? Ich halte mich in dieser Beziehung an Rosa Luxemburg: »Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden«, auch dann, wenn der Andersdenkende das Gegenteil von mir denkt. Gerechte Menschen in reinem Zustand gibt es nicht, hat es nie gegeben. Nicht nur in der Brust von Goethes »Faust« wohnten zwei Seelen. Auch der beste Mensch ist ein Teil des Negativen, schleppt viele Deformationen und Widersprüche mit sich herum. Gerade auf Grund unserer Unvollkommenheit müssen wir auf der Hut vor Selbstgerechtigkeit und Selbsterhebung sein. Das trifft für alle Menschen zu, auch für Ost- und Westdeutsche. Gutes und Böses, Edles und Niederträchtiges gab und gibt es auf beiden Seiten. Nur die Umstände waren anders. Die Westdeutschen lebten gewiss in einem viel freieren System als die Ostdeutschen, aber dies war nicht unbedingt ihr eigenes Verdienst; sie verdankten es vielmehr dem Glück, unter dem Kommando einer demokratisch gesinnten, großzügigen, toleranten und einsichtigen Besatzungsmacht gestanden zu haben.

Der Glaube, dass mit dem Abbau der Mauer ein verheißungsvolles Kapitel gesamtdeutscher Geschichte beginnen würde, hat sich nicht erfüllt, erwies sich sehr bald als Wunschdenken. Was jetzt herrscht, sind Verdross und Ratlosigkeit auf beiden Seiten. In gewissem Sinn war man sich näher in der Zeit der Trennung als nach der Wiederherstellung der geopolitischen Einheit. Aus den einstigen Brüdern und Schwestern sind entfremdete, ja fast verfeindete Verwandte geworden, während sich die ungelösten Probleme in beängstigendem Ausmaß stapeln. Wieder einmal sind die Deutschen Opfer jenes Übels, unter dem schon Hölderlin litt: »Ich kann kein Volk mir denken, das zerrissener wäre, wie die Deutschen«, schrieb er in seinem »Hyperion«.

Die Entwicklung der neu formierten Nation ist bisher ganz anders verlaufen, als es sich die Vollender der Wiedervereinigung vorgestellt hatten. Die westdeutschen Machträger, die von Beginn an alles besser wussten und den neuen Bundesländern Lektionen auf praktisch allen Ebenen erteilen, schafften es nicht, ihre Versprechungen von »blühenden Landschaften« und ähnlich flotte Sprüche in die Tat umzusetzen. Nicht zuletzt deshalb mussten sie die Macht aufgeben. Aber auch ihre Nachfolger haben es versäumt, die miserable Lage zu beheben, in der sich der Osten befindet. Es sind nicht nur der unterschiedliche Lebensstandard, die Massenarbeitslosigkeit und andere materielle Nachteile, die die Ostdeutschen schmerzen. Noch schwerer für sie zu ertragen ist das Gefühl, dass sie nicht Subjekt ihres eigenen Schicksals, sondern bloß Objekt westdeutscher Politik sind.

»Wir sind nicht in guter Verfassung, obwohl wir eine gute Verfassung haben«, stellte Daniela Dahn 1999 in einem ihrer Bücher über das Verhältnis Ost- und Westdeutschland fest. Drei Jahre später präzisierete sie: »Die politische Vereinigung Deutschlands hat die ökonomische Spaltung vertieft. Die neuen Bundesländer sind heute viel weniger in der Lage, sich selbst zu versorgen, viel verschuldeter und bankrotter, als es die DDR je war.« Daran hat sich nichts geändert, und wenn, eher in negativem Sinn. Die Bundesrepublik ist selbstverständlich nicht das einzige Land, das sich in keiner guten Verfassung befindet, sondern nur eines unter vielen, angefangen von den USA, der Führungsmacht der Erde, die den Anspruch erhebt, die Schlüssel für alle Weltprobleme zu haben und doch nicht einmal in der Lage ist, einen beträchtlichen Teil ihrer eigenen Bevölkerung zu ernähren und ihm ein halbwegs würdiges Dasein zu gewährleisten – von anderen Missständen und Schweinereien wie den Aggressionskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak ganz zu schweigen. Die Entfremdung zwischen beiden Teilen Deutschlands ist innerdeutscher Natur, die Probleme Gesamtdeutschlands sind aber nicht von dem beklagenswerten Zustand zu trennen, in dem sich die Welt als Ganzes befindet. In gewissem Sinn ist die Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland ein kleines Symbol der tiefabgründigen Kluft, die weltweit zwischen dem mächtigen Imperium Nord und den wehrlosen Parias der Erde besteht. Vergessen wir nicht, dass die fünfzehn Jahre Wiedervereinigung auch die Jahre des deregulierten und wilden Kapitalismus in voller Blüte, der wirtschaftlichen Krise in Permanenz, der neuen Armut, der Massenarbeitslosigkeit, des sozialen Abbaus, der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm, des immer brutaler und unverschämter werdenden Diktats des Weltkapitals bei gleichzeitiger Schwächung der Gewerkschaften und überhaupt der emanzipatorischen und anti-systemischen Kräfte gewesen sind. Nur ein statistischer Hinweis: Anfang der 90er Jahre hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund fast 12 Millionen Mitglieder, heute sind es nur sieben Millionen. Und anderswo ist es nicht besser, eher das Gegenteil. In den USA, der führenden Industrienation der Welt, sind nur rund 13 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert.

Die Bundesrepublik sieht sich mit Problemen konfrontiert, die exogenen – d. h. außenbedingten – Ursprungs sind, aber auch mit

solchen, die endogener bzw. eigenspezifischer Natur sind. Zu erwähnen wäre hier der Zustand der politischen Kultur, der nicht weniger beklagenswert ist als der Zustand der Wirtschaft. Was sowohl die regierenden Parteien wie die Opposition dem Volk anbieten und zumuten, wird immer deprimierender und erbärmlicher, als hätten sie unisono den Beschluss gefasst, sich gegenseitig an Inkompetenz, Doppelzüngigkeit, Verantwortungslosigkeit und Zynismus zu über treffen. Tatsache ist: Seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich nicht etwa verringert, wie von Parteien zu erwarten wäre, die sich als volksnah, fortschrittlich und sozial gerecht aufspielen, sondern vergrößert. Nach Erhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung lebten 2003 rund 15,3 Prozent der Bevölkerung in Armut. 1998 waren es 13 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der Haushalte mit höherem und gehobenem Einkommen im gleichen Zeitraum von 17,9 auf 19,4 Prozent. Und ich glaube kaum, dass bei einem Regierungswechsel zugunsten von Frau Angela Merkel oder Edmund Stoiber die Armen reicher und die Reichen ärmer werden. Die politische Kaste ist allerdings nicht die einzige Führungsschicht, die, anstatt für das Wohl des Volkes zu sorgen, es zunehmend im Stich lässt. Ähnlich verhält sich die Wirtschaftsoligarchie – unter anderem, weil sie sich zunehmend vom Gebot der gesellschaftlichen Verantwortung absetzt, nur nach dem Prinzip der Profitmaximierung handelt, die Arbeitnehmer mit immer mehr Forderungen unter Druck setzt, ihnen mit Entlassungen droht oder sie mit der Verlagerung von Arbeitsplätze ins Ausland erpresst. An die von der UNO und anderen Instanzen empfohlene *Corporate Social Responsibility* (CSR) halten sich immer weniger Konzerne und Unternehmen; was die meisten von ihnen praktizieren, ist das, was Viviane Forrester vor einigen Jahren *terreur économique* nannte. Josef Ackermann von der Deutschen Bank ist ein Paradebeispiel dieser Haltung.

Und wie reagiert der Bundesbürger angesichts dieser und anderer Zumutungen wie Hartz IV? Er reagiert kaum, oder nur halbherzig und für kurze Zeit. Auch sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Naziherrschaft ist der Deutsche der unpolitische Mensch geblieben, den Thomas Mann in seinem Frühwerk »Betrachtungen eines Unpolitischen« paradigmatisch beschrieb. Und erstaunlicherweise sind die Westdeutschen staatsbürgerlich noch apathischer und konformistischer als die Ostdeutschen, obwohl sie, im Gegensatz zu diesen, seit 1948 das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit hatten. Der Durchschnittsdeutsche ist grundsätzlich innerer Mensch geblieben, für die Belange der *res publica* hat er in der Regel wenig übrig. Nicht zuletzt deshalb haben die Führungsschichten in diesem Lande ein so leichtes Spiel gehabt, auch heute. Das Defizit an staatsbürgerlichem Bewusstsein ist meines Erachtens weiterhin die Achillesferse dieses Volkes. Jene »Ausübung des Ungehorsams«, was mein verstorbener Freund Ulrich Sonnemann seinen Landsleuten gegen die Arroganz der Macht empfahl, hat wenig Wurzeln geschlagen. Nach wie vor ist *civil disobedience* hierzulande die Ausnahme. Noch heute kann man die Spuren erkennen, die jahrhundertelange Obrigkeitssaat und Drill in der Psyche dieses Volkes hinterlassen haben. Oder wie ein russischer Offizier, der in der

DDR stationiert war, dem ostdeutschen Autor Landolf Scherzer sagte: »Die Deutschen sind nur als Soldaten mutig! Als Zivilisten können sie nicht kämpfen, da ducken sie sich vor der Obrigkeit, ob vor der faschistischen, der sowjetischen oder der neuen so genannten demokratischen.« Gerade hier haben die Deutschen viel nachzuholen. Ihnen fehlt noch weitgehend, was Montesquieu als *vertu politique* bezeichnete, gerade jene Eigenschaft, die für eine halbwegs sinnvolle und fruchtbare Entwicklung eines demokratischen Staats- und Gemeinwesens unverzichtbar ist.

Politisches Desinteresse ist allerdings keine ausschließlich deutsche, sondern eine weit verbreitete Erscheinung, auch in Ländern, die sich ihrer nonkonformistischen, aufbegehrenden Tradition rühmen. Nicht von ungefähr heißt eines meiner deutschen Bücher »Das Elend des Politischen«. In gewissem Sinn sind spätkapitalistische Ordnung und Anpassung um jeden Preis Zwillingsschwestern geworden. Deshalb wird Widerstand gegen die täglich erlebte Negation immer seltener und schwächer. Was sich durchgesetzt hat, ist eine Demokratie ohne aktive Demokraten. Wir sind wieder in die Zeit des *panem et circenses* zurückgefallen, nur, dass es heute mehr Zirkus als Brot gibt. In den flotten Jahren des »Wohlstands für alle« und der »Gesellschaft im Überfluss« verhielt man sich brav, weil man alles in allem zufrieden war, heute aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Das abendländische Subjekt, das sich auf dem Weg neoliberaler Globalisierung vorgenommen hat, die Welt zum zweiten Mal zu kolonisieren, ist daheim selbst ein kolonisiertes Subjekt. Im Ganzen ist man ein zahmes, domestiziertes Tier geworden. Und die ersten, die das wissen, sind die großen Bosse; deshalb werden sie immer arroganter und unverschämter.

Ich frage mich entsprechend, ob die Bundesrepublik und mit ihr die ganze westliche Welt so frei ist, wie sie sich einbildet und behauptet. Viele glauben es, ich meinerseits bin der Ansicht, dass wir einen tief unfreiheitlichen Abschnitt der Weltgeschichte erleben. Oder ist die totale Herrschaft des Kapitals und die Verabsolutierung des Profitdenkens nicht eine Modalität der Unfreiheit? Hatte Herbert Marcuse Unrecht, als er in seinem Werk »Der eindimensionale Mensch« das im Westen herrschende System als »demokratische Unfreiheit« bezeichnete? Der Mensch ist nur frei, wenn er es gemeinsam mit seinen Mitmenschen schafft, ein Lebens- und Gesellschaftsmodell auf die Beine zu bringen, das im Dienste des Humanen und des Gerechten steht. Eine Gesellschaft, die kein anderes Gesetz als das brutale, pietätlose Gesetz des Hobbesschen Kriegs aller gegen alle kennt, ist meines Erachtens das gerade Gegenteil einer freien Gesellschaft. Und das ist genau der Fall von heute. Denn wohin wir auch die Augen richten, sehen wir denselben erbarmungslosen *struggle for life*, dieselbe hemmungslose Jagd nach Macht und Geld, denselben Egoismus und dieselbe Ausgrenzung und Demütigung der »Verdammten dieser Erde«. Nicht das Reich des Seins, sondern das Reich des Habens in seinen verschiedenartigen Varianten hat die Oberhand gewonnen. Freiheit ist weit mehr als das Recht, in bestimmten Abständen an die Urnen zu gehen und bei der Wahl der jeweiligen politischen Machträger mitentscheiden zu dürfen. Sie schließt auch das Recht auf ein würdiges Dasein, auf einen si-

chere Arbeitsplatz, auf ein ausreichendes Einkommen und auf ein Mindestmaß an Glück ein. Diese Ziele erfordern allerdings ein ethisches Niveau, das in der heutigen Welt nirgends existiert. Die Verfassung eines Gemeinwesens hängt immer von der inneren oder seelischen Verfassung seiner Mitglieder ab. Das ist die Grundlehre, die Platon und sein Schüler Aristoteles uns vermittelt haben. Obwohl beinahe 2500 Jahre alt, gilt diese Lehre nach wie vor. Von einer politisch-ethischen Dimension im Zusammenhang mit dem Raubtier-Kapitalismus der Gegenwart zu sprechen, ist ein eklatanter *contradictio in adjecto*, schon deshalb, weil die ganze gesellschaftliche Dynamik unter dem allumfassenden und alles durchdringenden Diktat der Ökonomie steht und keine andere Wahrheit zulässt als das Kosten-Nutzen-Kalkül. Wie kann eine Gesellschaft frei sein, die die Kategorie des Nächsten eliminiert und sie durch den »Imperialismus des Ichs« ersetzt hat? Das, was das System und ihm hörige Medien als Freiheit propagieren, ist Ideologie, nicht die Wahrheit. Das Bestehende ist weder das Wahre noch das Vernünftige, sondern das Unwahre und Irrationale, deshalb auch das Unfreie. Was man heute Pluralismus nennt, ist nur ein anderes Wort für die Abwesenheit allgemeingültiger und allgemein bindender ethischer Kriterien. Nach wie vor leben wir in einer Welt, die auf der Grundlage der Herrschaft des Menschen über den Menschen aufgebaut ist. Dies zu verleugnen, wie es die Apologeten des Status quo tun, ist der erste Akt der Unfreiheit. »Frei und verantwortlich ist nur der moralische Mensch«, meinte der amerikanische Philosoph John Dewey in seinen »Lectures on ethics«. Er tat freilich nichts anderes, als das zu wiederholen, was die großen Denker und Erzieher der Menschheit immer gelehrt haben, unter ihnen Spinoza, der wahre Freiheit als den Willen zur geistigen und menschlichen Vervollkommnung auffasste, ein Anliegen, das sich wiederum und an erster Stelle im Umgang mit unseren Mitmenschen bewähren muss. Das gängige Streben nach Selbstverwirklichung hat sich entsozialisiert und von jeglicher zwischenmenschlichen und kollektiven Dimension abgekoppelt. Das einzige, was zählt, ist das, was MacPherson »possessiven Individualismus« nannte und die postmoderne Theorie als »Differenz« oder »Singularität« versteht, also nichts anderes als das, was Norbert Elias zutreffend als »wirloses Ich« bezeichnete. Wir leben in einer Zeit, in der sich die Einzelnen gegenseitig abkapseln und nur an ihr eigenes Wohlergehen denken. Es fehlt die *Religio* in ihrem ursprünglichen etymologischen Sinn, als Bindung zu den anderen. Dies ist auch die wahre »Irreligiosität«, die sich nach dem von Nietzsche verkündeten Tod Gottes durchgesetzt hat: der Tod der zwischenmenschlichen Bande. Für mich steht aber fest, dass ohne die Mitseinbeziehung der anderen in unseren Daseinsbereich keine Selbstverwirklichung möglich ist, die diesen Namen verdient. Hier stimme ich mit der Ansicht Emmanuel Levinas überein, dass unser Sein nicht »Sein zum Tode« ist, wie Heidegger meinte, sondern »Sein zum Anderen«. Die heute weit verbreitete Gleichsetzung von Selbstverwirklichung und Ich-Expansion führt unweigerlich und ausnahmslos zur Ausweglosigkeit oder Aporie, wie dieses Wort in griechisch heißt. Wir Abendländer prahlen ständig mit unserem materiellen Reichtum, vergessen dabei, dass wir in immaterieller Hinsicht immer ärmer

werden und uns in tiefster Not befinden, wie der akute Mangel an Humanität, Güte, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit beweist.

Es ist nicht meine Absicht, mit meinen kritischen und teilweise düsteren Ausführungen zu entmutigen. Das ist keineswegs der Fall, es würde auch nicht zu meiner donquijotischen Gesinnung passen. Aber sich selbst wahrzunehmen bedeutet heute an erster Stelle, sich des krassen Missverhältnisses bewusst zu werden, das zwischen dem eigenen Selbst und dem Weltganzen besteht. Alles andere ist totale Verkennung unserer wahren Befindlichkeit. Aber ich füge hinzu: Solange wir unsere prekäre Lage nicht zugeben und uns falsche Illusionen über sie machen, wird es uns auch nicht gelingen, uns gegen die Übermacht zur Wehr zu setzen, die uns erdrückt – und darauf kommt es letztendlich an. Sich für bestimmte Werte einzusetzen, ist nie sinn- und nutzlos, auch dann nicht, wenn wir dadurch weniger erreichen, als uns lieb wäre. Wir müssen tagtäglich lernen, auch und gerade unter ungünstigen Bedingungen uns dem Kampf für eine humanere und gerechtere Welt zu stellen. Ich schließe deshalb meine Ausführungen mit den Worten, die der längst vergessene, große katholische Schriftsteller Reinhold Schneider in seinem Werk »Briefe an einen Freund« schrieb: »Und so müssen wir das Bestehende einfach aufnehmen als den Schauplatz unserer Bewährung; wie groß auch die Macht des Unrechts sein mag, so ist doch immer eine Möglichkeit, für das Recht zu leben.«

BERND RUMP

15 Jahre »Einheit«

Betrachtungen eines Beteiligten

Ich erinnere mich an zwei fragend blickende Augen und den ungeheuren Satz. Hast Du nicht eine Idee, wie wir unsere kleine DDR retten könnten? Das war fast ein dreiviertel Jahr vor dem Vollzug der Einheit. Die Augen waren die einer jungen Klubleiterin. Ich kannte sie als kritische und aktive Streiterin für Kultur – als eine, die unmögliche Veranstaltungen möglich machte in ihrem Betrieb. Ich versuchte, ihr die Unmöglichkeit ihres Gedankens zu erklären. Ach, sagte sie, das wisse sie ja alles selbst – aber irgendwer müsse doch noch einen verrückten Gedanken haben ...

Stellen wir uns den verrückten Gedanken heute einmal vor. Oder lieber nicht. Noch wussten wir nicht, dass mehr auf dem Kippunkt stand, als nur die kleine feine DDR. Dass alles stürzen würde, was eine Epoche ausgemacht hatte. Noch hieß der Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow und war der Präsident des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion. Noch gab es das sozialistische Jugoslawien und noch tauschten die roten Oberen – wenngleich schon distanzierter – die Bruderküsse. Noch einmal tagte der RGW ohne Ergebnisse. Und der Runde Tisch beriet über eine Verfassung. Noch schien die Einheit eine Sache von doch einigen Jahren. Und noch sagten alle Wahlumfragen der frischen Sozialdemokratie einen Wahlsieg voraus. Die PDS steuerte auf ihren ersten regulären Parteitag zu und rechnete ihre Chancen im zweistelligen Bereich nach. Noch blühten allerorts die Irrtümer und Illusionen.

Nimmt man es nüchtern, sind diese fünfzehn Jahre auf einen einzigen freundlichen Irrtum gebaut. Die Mehrheit der DDR-Bürger wie die Mehrheit der politischen Eliten der Bundesrepublik, ja vielleicht sogar in der Welt waren sich einig in der Auffassung, nunmehr brähe eine Art goldenes Zeitalter an. Nicht gerade das Schlaraffenland, sondern eine Art neue Weltgesellschaft, gekennzeichnet durch allgemeinen Frieden, durch sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit. Auf der Basis einer kontrollierten Marktwirtschaft. Die Bewohner in gemütlichen Häusern wohnend, die Europäer in einem Europäischen Haus, die anderen in ihrem; allesamt in der wohnlichen Welt. Gorbatschow hatte diese Vision versprochen – und die Tatsache ausgesprochen, »dass wir alle zu einer menschlichen Rasse gehören, dass wir ein gemeinsames Schicksal haben und lernen müssen, uns auf unserem Planeten wie zivilisierte Nachbarn zu benehmen«. Auf einmal schien der gordische Knoten lösbar. Selbst die Vereinten Nationen drückten – mit ihrer Restaurierung des Augusteums in Rom – aus, was alle erhofften: einen neuerlichen ewigen Frieden.

Bernd Rump – Jg. 1947;
Dr. phil.; Liedermacher,
Stückeschreiber, Politiker.
www.bernd-rump.de
<http://www.bernd-rump.de>

Denn die Welt balancierte lange am Abgrund des Nuklearkrieges, die bipolare Welt war festgefahren. Der Kommunismus überm GUM Kaufhaus paraphrasierte die Warteschlangen vor den Fleischläden Moskaus – während der gewöhnliche Kapitalismus in einigen seiner Länder einen »Sozialismus« hervorbrachte, der selbst Vertreter des Realsozialismus, gelinde gesagt, irritierte. Dschingis Aitmatow auf seiner letzten Lesung in der DDR verschlug allen die Sprache ... als er, danach befragt, welches Land denn nach seiner Meinung Sozialismus habe, antwortete: Schweden. So gesehen, war es nichts lässliches, was die Demonstranten des Spätherbstes bewegte. Wäre da noch irgendwie eine Hoffnung gewesen, aber die Oberen taten das Ihre – und als sie sich unter dem Druck der Straße endlich auswechselten, erwies sich unfreiwillig die Beschränktheit: Wir haben eine Wende eingeleitet, so der frischgebackene Generalsekretär. Da war alles zu spät. Die neue Utopie fand eine andere Realität: Wir sind ein Volk. Ein vergessen geglaubter Satz erfuhr seine jähe Auferstehung, eine Idee wurde zur materiellen Gewalt – erhaben über die Einsprüche des Verstandes: ein Rausch.

So etwa wäre die Stimmung zu bezeichnen, die einen alternden Willi Brandt sentimental und tränenunterdrückend sprechen ließ, dass jetzt zusammenwächst, was zusammen gehört. Die Stunde der Utopisten und der ewig Gestrigen fiel zusammen. Auf der Mauer saßen die Leute mit baumelnden Beinen ... Schöne Aussicht. Belvedere.

So leben wie im Westen. Honecker hatte es ja versprochen. Fast zwanzig Jahre lang waren wir hinterhergerannt. Längst ging es nicht mehr um Überholen, ohne einzuholen. Eine andere Welt war schon länger abgehakt. Vielleicht mit den Panzern zu Prag oder früher schon beerdigt, wie Heiner Müller es meinte in der Wolokolamsker Chaussee. »Unter den Ketten die rote Rosa«. Oder auch schon früher. Jetzt hatten sie sich ergeben; der schleichenden Macht des Geldes, der Milliardenkredite. Aufgewendet für den sinnlosen Wettbewerb um Konsumtion und Militär. Irgendwann musste das umschlagen, Kapital werden. Die Gegenleistung erfolgen. »DDR kaputt – Deutschland ganz« wie die Marxistische Gruppe präzise analysierte. 17 Millionen Menschen Zuwachs, mögliche Produzenten, sichere Konsumenten. Und wieder fielen die Wünsche in eins: die D-Mark. »Kommt sie nicht zu mir, gehen wir zu ihr« Diese verdeckte Drohung, notfalls auch ohne Land und sonstigem Sack und Pack zu kommen. Zum bisher üblichen politischen Einstellungstarif. Einigen schwante da was. Der Chef der Bundesbank musste den Hut nehmen. Hektisch wurden Fristen gefunden für das Recht, das nun nicht mehr so weiter gelten sollte. Ein Plan, ein Vertrag. Dokument der Irrtümer. Der eine Unterzeichnende wird später vorm Staatsanwalt stehen, weil er annahm, dass alles ginge in der neuen Freiheit – dem anderen wird ein alter Geldkoffer zum zeitweiligen politischen Verhängnis. Aber das sind Randglossen. Jedenfalls, außer den mutierten Sozialisten und ein paar Versprengten hält die gesamte letzte Volkskammer die Hand hoch. Sie hatten die dicke Schwarte am Tag vorher (oder war es gar zwei Tage) in die Hand bekommen. Der Bratschist, der den MP gab, hatte am Wolfgangsee die Eisen gesehen und sich des Galilei erinnert. Alles in allem eine runde Sache. *Jedem*

die halbe richtige Mark war ja schon gelaufen, das Versprochene in Treuhand gegeben. Der Sommer war warm gewesen und weltoffen. Von Klimakatastrophe keine Spur. Europa galt als großartig netter Planet: Elche im Norden, Blaumeer im Süden. Das alles hatten »Sie« uns ja vorenthalten; den bösen Kapitalismus mit seinen Stränden, den Autos, den ... Und die Oranienburger Straße; plötzlich voller netter Menschenkinder. Zu mieten, zu kaufen. Das elfte Gebot: Du sollst begehren.

Erst zwei Jahre später ging es los. In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen warfen biedere Männer die Fackeln. Das Budget war am Ende, Betriebe desgleichen. Jetzt wehrten sie sich – natürlich nicht gegen die »schöne neue Welt«. Nein, gegen die noch – nein, gegen die wirklich – ärmeren, gegen die, die da von irgendwoher kamen und die auch etwas abhaben wollten von dem, was eben nicht genug da ist, wie inzwischen gelernt. Nur eine schlaue Truppe kam auf die Idee, die Grundbücher zu verbrennen. Rohwedder wurde erschossen, ermordet. Der Mann hatte sich ostdeutsch beauftragt gefühlt. Was dann kam, hieß Breul und war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Warum wehren sie sich nicht wirklich? Jeder französische Bauer würde mit dem Kopf schütteln. Ich will nicht die ostdeutsche Leier schlagen wie die aus dem anderen Teil Deutschlands, denn diese würden auch nichts anderes tun. Alles in allem ist auch Leidenschaft eine heldische Eigenschaft. Aber mir kommt schon in den Sinn, wie sehr hier alles doch nach Treu und Glauben läuft. Diese unendliche Sehnsucht, dem Staat glauben zu wollen, glauben zu dürfen, den Versprechungen der Staatsmänner zu vertrauen und den eigenen Augen nur wenig. Und die blöde Illusion, dass ein Irrtum nur dann ein Irrtum wäre, wenn man ihn eingesteht.

Aber freilich ist das zu einfach. Denn ungeheure Ressourcen wurden ja tatsächlich eingesetzt. Jene blühenden Landschaften waren gewollt und erhofft. Es flossen die Gelder aus Gießkannen. Mancher Lebensabend wäre nie so satt und glücklich verlaufen. Und mancher, der aus dem Westen kam, wollte nicht bloß seine Karriere machen. In der Burg am Weißen Hirsch saß eine Regierung um Biedenkopf und spielte WG. *Kommune Eins Dresden*. Unvorstellbar. Da hatten die neuchristlichen Kommunarden sich noch keine Häuser gebaut. Die Arbeit war Freizeit und Freizeit war Arbeit. Während dessen sie Sachsen umbauten (sie sagten dazu: Aufbauen); die Gesetze, die Polizei, die Wirtschaft. Erst später kamen die Untersuchungsausschüsse und die peinlichen Fragen der Finanzinspektoren. Und der Autor erinnert sich, dass ihm damals ein fehlgeleitetes Fax aus dem Apparat kroch: »Guten Morgen, Herr Minister« – eine nicht enden wollende Zahl von Aufgaben folgte. Das war an einem Sonntag. Und ich habe das Fax verbrannt, weil ich in der Gegenpartei war, bei denen, die an allem mäkelten, die es besser wussten, aber nicht konnten, weil ihre Vorgänger zu lange durften, was sie nicht wussten. (Einmal abgesehen davon, dass ein fehlgeleitetes Fax auch ein technologisches Problem darstellt, den Stand der Technik kennzeichnet und den der Deutschen Post)

Und ich fand das falsch, aber auch gerecht und weiß, dass dies zwei unterschiedliche Dinge sind: Die Gerechtigkeit ist nicht immer ange-

nehm. Und doch ist sie notwendig. Und der Sprung aus dem Staatssozialismus in einen demokratischen, ja der blieb ein Kurztraum, im Parteinamen fünfzehn Jahre lang festgehalten. *Aber, Genossen, stellt euch einmal vor: Was hätten wir dann alles nicht gelernt?*

Jeder Strom hat einen Gegenstrom. Anfangs belächelt, als Übergangserscheinung abgetan, wurde er sichtbar. Vielleicht war das der entscheidende Punkt: Damals, als in Bischofferode die Kalikumpel einen Hungerstreik begannen und Gysi, Bisky, Schumann, Ostrowski und Genossen sich anschlossen. Diesmal ging es nicht um das Eigentum der Partei oder ähnliche Selbstschutzaktivitäten. Nein, hier begann etwas Neues. Gleich, ob in der Sache letztlich erfolgreich oder nicht. Hier begann Selbstbewusstsein, der Beschluss einfacher Leute, nicht mehr alles mit sich machen zu lassen aus verkehrter Dankbarkeit, Hilflosigkeit oder Unerfahrenheit. Zu spät, könnte man vermeinen, zu selten und so weiter. Das mag so sein – aber unendlich kostbarer ist wohl diese Erfahrung. Dass das geht, dass Widerstand tatsächlich wird.

Angesichts französischer Bauern, die des Öfteren den Verkehr zum Erliegen bringen, angesichts der Pariser Selbstverständlichkeit, mit der EU-Verträge vom Volk gestrichen werden, erscheint dies als wenig spektakulär. Aber, so möchte ich rufen, seht ihr nicht, es sind Deutsche. Welch ungeheurer Fortschritt für sie, nicht auf den Staat zu setzen, sondern auf sich selbst. Auch wenn wohl Klopstocks trauernder Satz noch immer gilt: »Sie und nicht wir«. Der lange Abschied aus dem Obrigkeitsdenken hatte begonnen. Keine Bittbriefe mehr, keine Petitionen ...

Meine Partei war da dabei – und eine Zeitlang war sie zuerst das; noch mit wenig der falschen Begehrlichkeit. Gegen schwarze Listen, die die neuen Machthaber verbreiten ließen, gegen die Treuhand und die neuen Kriege, in denen die neue Weltordnung aufschien. Am Golf, im Kosovo und den Bomben auf Belgrad. Was ist denn eine Einheit ohne Frieden und was ein sattes Deutschland, das sich vor den Hungrigen zu schützen gedenkt. Einmal ganz davon abgesehen, dass die Satttheit das Hungern der anderen mit schafft – und auch davon einmal abgesehen, dass es nicht schlecht ist, satt zu sein. Davon abgesehen; wo waren wir damals, als die Tarnkappenbomber hoch über uns gegen Süden flogen und mehr als eine Brücke zerstörten als die in Varvarin. Wir waren plötzlich Zehntausende beiderseits der zwei Elbbrücken, genauso viele wie damals, als im Herbst '89 der Weg von der Kreuzkirche durch die Thälmannstraße ging, dann über die erste Brücke, nach der folgenden Straße zurück über die zweite – und da sahen wir auf der ersten Brücke noch immer die Leute, und auf den Plakaten stand: Keine Gewalt. Jetzt aber ging die Gewalt von uns aus – jedenfalls von denen, die uns repräsentierten. Und wir gingen dieselbe Strecke, nunmehr nicht gegen vergreiste Politbürokraten, sondern unter uns gealterte Revolutionäre, achtundsechziger Steinwerfer, die durch den Marsch der Instanzen gegangen waren, bis zu ihrer Unkenntlichkeit. Die Erben der Bebel und Brand und Petra Kelly. Und irgendwie wussten wir, die da gingen, dass wir nur eins werden konnten, wenn wir das nicht gegen die anderen sind.

Und dass dies das eigentliche Problem der ganzen Nation ist, seit damals 1871, als wir es gegen die anderen wurden, und das nicht

halten konnte, solange am deutschen Wesen die Welt genesen sollte. Und dass es nunmehr an der Zeit sei, endlich aufzutauchen aus unseren Tagesnöten, Befindlichkeiten und ernsten Problemen, aus unserem Ostfrust und, bei aller Liebe, auch Weinerlichkeiten – und hinsehen müssen, was aus der Welt wird, auf der wir ein Fleckchen besiedeln. Und es ihnen und uns selber nicht durchgehen zu lassen, was in unserem Namen veranstaltet wird. Genauso wie das, was sie mit uns veranstalten. Und dass dies alles auch nicht reicht, sondern dass wir selber etwas veranstalten müssen für die Zukunft. Und dass wir neu dazu lernen müssen, was wir immer gewusst haben. Und was wir nicht gewusst haben, nämlich: das *Wie*?

Ohne die Macht der Monopole, der Staaten, Armeen und Hierarchien. Und gegen mächtige Unternehmungen und Männer, die Geschichte machen. Bush, Weltbank, WTO, IWF, G9 und wer weiß noch was. So wie aus dem lakandonischen Urwald der Marsch der Chiapas nach Mexiko City begann, nicht, um es zu erobern, sondern um zu zeigen, dass wir da sind. Oder in Seattle, als der Weltgipfel zum Scheitern gebracht wurde, also ohne ein weiteres Kommuniqué zugunsten der Sklaverei zu Ende ging. Und das angesichts aller Beschwörungen nach dem elften September, da die zwei Türme stürzten, und aller Irritationen – so wie es Arundhati Roy in Sao Paulo in ihrer unvergleichlichen Art sagte: »dass wir uns nicht weis machen lassen dürfen, dass wir bloß zwischen einer bösartigen Micky Mouse und verrückten Mullahs zu wählen hätten«.

Was auch immer unser kleiner Marsch bewirkt haben mag – wir waren ja nicht die einzigen. Jedenfalls waren wir und damit also dieses Land nicht mehr dabei, als es gegen Bagdad ging – auch wenn das nicht ganz stimmt, aber immerhin. Und wir waren dann wieder auf den Straßen, als es gegen die Politik der Regierung ging und als wir weniger wurden und schon dachten, dass die Kraft doch nicht zu mehr reichen würde – da drückten sie sich selber ihr Misstrauen aus. Das bedeutet natürlich nichts, als dass es gut und richtig ist, dass das Volk die Regierung hat, die es verdient. Denn damit begann ja alles, im Herbst. Mit der Lauferei an den Montagen. Nach Feierabend, aber immerhin. Und der verblüffenden Einsicht, dass wir das Volk sind. Im Guten und im Bösen. Nie, so sagte mir irgendjemand, nie hätte ich geglaubt, dass die tatsächlich abtreten.

So wie es Steffi Spira damals am 4. November auf dem Alexanderplatz den Großkopfeten vorschlug. Steffi, mit der ich keine zehn Jahre vordem über ihre Zeit in der Emigration gesprochen hatte. Oder genauer: Sie hatte es mir erzählt, als wir ein paar wärmere Abende in Petzows Schriftstellerheim verbrachten, einem dieser Orte, um den man die ganze Deutsche Demokratische Republik hätte retten wollen können. Eine dieser Inseln, die einen darüber hinweg täuschen konnten, dass der Kommunismus doch nicht ausgebrochen war trotz aller Beschwörungen und Spruchbänder. Das war um die Zeit, als wir schon lange irgendwo drifteten zwischen Scylla und Charybdis und eigentlich mehr als ahnten, dass die Reise nicht gut gehen kann, doch gefangen waren oder uns glaubten in der Partei. So wie es Bahro schon Jahre zuvor schrieb und dann doch wieder daran glaubte; an seinen »Bund« jener Elite zur Verbesserung der Welt. Während mein Freund Gundi eines Tages sang: »alle oder

keiner.« Eine Wahrheit, die ich niemals gelernt hätte in den abschließend eingerichteten Verhältnissen – und er wohl auch nicht. Und mit uns die Sozialisten, die Kommunisten, die Linken. Lange im Gegeneinander um das Geschrei um die bessere und vermeintliche Lösung stehend statt im zusammen handeln. Dort, wo wir uns die Beine in den Bauch standen und nicht weggingen, manchmal bedauert von eiligen Passanten. Dort, wo die Welt ganz einfach wurde beim Zählen der Zigaretten und den Gesprächen darüber, wie man erst einmal auf Probe leben können müsste: z. B. von 331 Euro, was einige schon länger probierten – und die wussten also, wovon sie redeten. Dort, wo wir zusammen halb vergrippt standen, um jenen mitgebrachten Glühwein herum, den wir während der Mahnwachen zum Ende des letzten Jahres benötigten. Da, wo wir eben einmal, wie natürlich oft, wenige waren und eigentlich nur nicht aufhörten, da zu stehen, weil wir den neuen Nazis nicht das Feld überlassen wollten und nicht überließen. Währenddessen sie unsere Losungen plagiierten; gemalt mit altdeutscher Schrift auf schwarze Tücher – der Schrei nach Arbeit.

Hätten wir uns das nicht vom Halse halten können? Ohne diese Einheit? Das Soziale retten, und die werktätige Gesellschaft – einfach so: mit dem dicken Betonzaun, der uns Jahre lang vom Halse gehalten hatte die Obligationen, den DAX und den ganzen Dreck. Damals, als die Züge früh voll waren und verqualmt. Und die Frühstücksbrote ausgewickelt wurden zwischen Dresden und Leipzig. Und dazwischen, in Riesa, sich die Abteile lehrten. Als wir dort Stahl machten, manche schon im Blaumann auf dem Weg waren, noch ein bisschen dämmerten auf den Kunstledersitzen: *Das neue Leben muss anders werden* – ein flüchtiges Schild und flüchtiges Lied. Ziel einer Arbeit. Um ein »Anders leben« wollen. Oder hatten wir das nicht verspielt, eben weil wir es schon solange nicht lebten? Und es aber, indem wir es nun (vielleicht, unfreiwillig und sicher zögernd) anfangen zu leben, doch irgendwie wiedergewannen. Mit der anderen Aussicht. Und dem Schnupperkurs auf Mallorca oder sonst wo. Und da doch nicht hängen bleibend; das kann nicht alles sein.

Nach dem weitgehenden Verbrauch der Wohltaten der ersten Stunde – dem Weg von Mark über D-Mark zum Euro wie der Hans im Glück in die Freiheit. Da übrigens lernte ich spätestens, nicht mehr nach der Partei zu fragen. Vielleicht würde von hier etwas ausgehen; aber das lag nicht in unserem alleinigen Ermessen. Ich machte mir keine Sorgen mehr um deren Zukunft. Diese Partei versammelte sich ungeplant. Und solange dieses notwendig sein würde, würde es geschehen; immer und immer wieder. Und es würde die Chance sein – und zugleich in der Gefahr der Leichtigkeit des Rückfalls in die Sessel, die Macht bedeuten, und der Gewohnheit und der Bequemlichkeit der Dämmerung ... Nein, man kann die Menschen nicht vor sich selbst behüten, man kann nicht für sie denken, nicht für sie handeln. Aber alles Nötige kann man zusammen tun, selbst das unmöglich Scheinende. Und ich möchte die feinste DDR, also die, die ich einstmals mir vorgaukelte und mir träumte, wohl auch nicht eintauschen gegen die Möglichkeit, die Welt zu meinen, statt bloß ein Land.

Und so geriet unter der Hand mir dieser Text fast zu einem Brief an eine Person, von der ich nicht weiß, wo sie heute wohnt, bei de-

ren Namen ich mir, je länger ich nachdenke, nicht mehr sicher bin. Ich nenne sie Katrin, was der Wahrheit irgendwie nahe kommen dürfte. Und im Übrigen weiß ich, dass ihr Exfreund oder -mann auf der anderen Seite der Elbe arbeitet oder arbeitete. In einem der Ministerien, in denen sie die Papiere produzieren. Und ich weiß, dass unter anderen Umständen solche wie ich auch Papiere produzieren würden – von ein paar anderen Ausgangspunkten aus sicherlich. Und das wäre auch nicht wenig und unauffhaltsam wie der Wechsel der Gezeiten. Und es wäre eben doch nicht alles, wenn wir es wieder vergäßen und dazu kämen, die Unmöglichkeit eines Gedanken zu erklären statt ihn zu leben.

RICHARD SORG

Die Reichen und Mächtigen – Materialien und Vorschläge zu ihrer Erforschung

Macht und Herrschaft und deren Verbindung zum Reichtum – dieses große, nicht veraltende Thema ist es, worum es in dem hier vorzustellenden Buch geht. Es ist ein in der soziologischen Zunft heute eher vernachlässigter Gegenstand, ganz im Gegensatz zu seiner realen gesellschaftlichen Bedeutung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Als ein »Arbeitsbuch« ist es gedacht über »weltweit aktive Machteliten amerikanischen Zuschnitts« (S. 7). Über deren konkrete Gestalt »herrscht gewollte Unklarheit«, urteilt der Autor Hans Jürgen Krysmanski, emeritierter Direktor des Soziologischen Instituts der Münsteraner Universität, im Vorwort. Die Gründe dafür und für die entsprechenden weißen Flecken in der Forschungslandschaft zu untersuchen, ist selbst wieder ein interessantes soziologisches Thema, zu dem sich in dem Buch auch einiges finden läßt.

In einer zunehmend globalisierten Welt muß der forschende Blick weltgesellschaftlich geweitet werden. Zugleich kann ein solches Unternehmen seines Umfangs und seiner Diffizilität wegen nicht von einem einzelnen Forscher, einer einzelnen Forscherin erfolversprechend angegangen werden. Es bedarf dazu der Findigkeit und Kreativität vieler in einer kollektiven Anstrengung, einer intellektuellen sozialen Bewegung. Darum lädt der Autor ein, sich in einem umfassenden Netzwerk zu beteiligen an diesem »Power Structure Research«, einem von C. W. Mills in den USA der 1950er Jahre entwickelten Forschungsprogramm (vgl. S. 48 ff.).¹

Das Buch versteht sich deshalb nicht als ein Endprodukt in diesem ambitionierten Vorhaben, eher als eine Projektskizze. Die zu unterschiedlichen Anlässen entstandenen Einzelbeiträge aus den letzten fünf Jahren (einschließlich eines Textes von Rainer Rilling) sind Zwischenberichte aus der Werkstatt und bieten eine Materialiensammlung für das Gesamtthema, mit diversen konkreten Vorschlägen für Teilprojekte.

Im folgenden werden einige Fragenkomplexe herausgegriffen und vorgestellt, wobei der Autor ausführlich selbst zu Wort kommen soll.

»Souverän ist, wer über Geldmacht verfügt«

Der erste Abschnitt des Buches, so überschrieben – in Anspielung auf Carl Schmitts berühmt-berüchtigtes Diktum »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt« –, beginnt mit der Frage, was man sich unter den Superreichen vorzustellen hat und um welche Vermögensdimensionen es dabei geht. In die dünne Luft der Superreichen gerät man erst ab einem Milliarden-Vermögen. »Die Zahl solcher Dollarmilliardäre bewegt sich weltweit zwischen 2-3 Tsd. Diese kleine Gruppe als

Richard Sorg – Jg. 1940; Prof. Dr. phil., Studium der Theologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie; Professor für Allgemeine Soziologie am Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg (heute: Hochschule für angewandte Wissenschaften, HAW); seit 2005 im Ruhestand. Ausgewählte Publikationen: Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität (1976); Von der Wissenschaft des Sozialwesens (2000) (zusammen mit Hans Pfaffenberger und Albert Scherr); Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft (2003). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Neues zur Geschichte der menschlichen Gesellschaft, Heft 144 (Oktober 2002).

Hans Jürgen Krysmanski: Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. Mit einem Beitrag von Rainer Rilling, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2004, 205 S. (15,30 €).

1 »Fokus des Interesses (des *Power Structure Research*) sind erstens die Gruppe der Reichen und Superreichen und deren soziale und kulturelle Netzwerke. Zweitens geht es um den Aufstieg der *Chief Executive Officers*, die seit dem *New Deal* in mehreren Konzentrationswellen eine zentrale Rolle im Gefüge der Machteliten eingenommen haben und im Gefolge der Globalisierung und Informatisierung durch die Gruppe der Finanzmanager ergänzt wurden. Drittens werden die Abhängigkeiten der politischen Klasse und der Parteien untersucht« (S. 59).

2 Vgl. dazu Hans Jürgen Krysmanski: Die Privatisierung der Macht stabilisiert sich. Überlegungen zur Monetarisierung des Politischen, in: UTOPIE kreativ, Heft 167 (September 2004), S. 773-778.

Ganze verfügt über ein Vermögen, das größer ist als das Bruttosozialprodukt der 3 unteren Fünftel aller Staaten oder größer als das Vermögen der unteren 80 Prozent aller Menschen auf dieser Erde« (S. 11).

Die zentrale These des Autors, formuliert in einem hier abgedruckten WDR-Radiointerview von 2003, lautet: »Wirkliche Macht nämlich ist Geldmacht« (S. 14). Für diese These liefern die Beiträge des Buches reiche empirische und z. T. brisante Belege, z. B. über die Carlyle-Group, eine Investment-Gruppe, in der die Bush-Familie, das saudi-arabische Königshaus, arabische Milliardäre einschließlich der bin-Laden-Familie gemeinsam tätig sind (S. 17), ein Faktum, das auch in Fernsehsendungen (etwa von arte) dokumentiert wurde.

Der durch die neoliberalen Vorgaben propagierte und rasant voranschreitende Prozeß der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste wird von Krysmanski nicht nur als Mittel einer beschleunigten Umverteilung von unten nach oben kenntlich gemacht, sondern auch als Machtstrategie. Denn der auf diese Weise akkumulierte Reichtum werde eingesetzt, »um das System der Demokratie in ein System der Herrschaft der Geldmächtigen umzuwandeln und zu stabilisieren« (S. 18). Damit ist ein zentrales Motiv eingeführt, das an verschiedenen Stellen des Buches ausgeführt wird, und zwar unter dem Begriff »Plutokratie« (siehe dazu weiter unten).

Worin bestehen die gegenwärtig feststellbaren tiefgreifenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Machttekonik? Eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sei »gar nicht denkbar ohne gewaltige Verwaltungsapparate, ohne komplexe Meinungsbildungsoperationen, ohne strategische Planungsanstrengungen und ohne politische Konsenserzeugung bis hin zur Manipulation der Köpfe« (S. 19). Neu sei, daß ein Teil dieser Macht heute abgeflossen ist in Machtkollektive, die sich im Zuge der zu beobachtenden wachsenden »Privatisierung der Macht« und »Monetarisierung des Politischen« neu formieren.²

Ein zentrales, von Sozialwissenschaftlern diskutiertes analytisch-theoretisches Problem ist die Frage nach dem Charakter von Macht und Herrschaft im gegenwärtigen Globalisierungsprozeß. Weit verbreitet ist die These, Macht und Herrschaft hätten sich in der modernen Gesellschaft weitgehend anonymisiert und entsubjektiviert sowie gleichzeitig partikularisiert in voneinander unabhängige, autonome Teilsysteme; sie seien in den unpersönlichen Strukturen, in die hinein sie sich verflüchtigten, nur schwer dingfest zu machen, ihre Erforschung daher äußerst schwierig, wenn nicht gar aussichtslos. Eine theoretische Legitimation für eine solche soziologische Forschungsabstinez mit gutem Gewissen bietet die Luhmannsche Systemtheorie (siehe S. 19), die sich nicht zuletzt deshalb unter Soziologen so großer Beliebtheit erfreuen dürfte. Doch unbeschadet der partiellen Richtigkeit solcher Thesen von einer Entsubjektivierung von Herrschaft läßt sich der Autor nicht davon abbringen, nach den konkreten, personellen Trägern zu fragen, eben nach den Geld- und Machteliten, ihren Interessen und den Mechanismen der Artikulation und Vermittlung dieser Interessen in den öffentlichen Raum hinein, in die Politik und in die operativen Entscheidungszentren.

Am Ende dieses Teils veranschaulicht ein von G. W. Domhoff übernommenes Schema, über welche Vermittlungsschritte (Finanzierungen und Meinungsbildungen über Stiftungen, Hochschulen, think tanks, diverse Gesprächskreise etc.) sich die Belange der amerikanischen Geld-

und Machtelite bis hinein ins konkrete Gesetzgebungs- und Regierungshandeln umsetzen (S. 22).

In dem darauf folgenden Abschnitt »Herrschende Klassen und Machteliten« (S. 25 ff.) werden die erwähnten Debatten über Herrschaft begrifflich-theoretisch aufgegriffen und weitergeführt. So befaßt sich Krysmanski in der hier abgedruckten Kurzversion des Artikels »Herrschende Klassen«, erschienen 2004 in Band 6 des von W. F. Haug herausgegebenen Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus, auch mit den Schwächen der bisherigen Theorien der herrschenden Klasse. Bei den allgemeinen strukturell-ökonomischen Analysen in der Vergangenheit macht er eine Unterentwicklung der konkreten Handlungsanalyse aus, ganz gemäß der von Göran Therborn lakonisch formulierten Frage: »What does the ruling class do when it rules?« Es werden die Schwierigkeiten vorgeführt, einen stimmigen Begriff von herrschender Klasse in der »Postmoderne« zu finden, wenn man sich nicht auf die Ökonomie (auf den Begriff »Kapitalistenklasse«) beschränken, sondern den sozialen Charakter fassen will.

»Amerikas Weg zum Imperium«

In diesem Abschnitt³ wird die Titelmetapher »Hirten & Wölfe« als Diskrepanz von Selbst- und Fremdwahrnehmung der US-imperialen Eliten erläutert: Diese sehen sich selbst mit biblischem Pathos als Hirten an, werden zugleich aber von anderen, insbesondere »von den Schafen des Südgürtels« (S. 56), als Wölfe wahrgenommen.

Die Machteliten versucht Krysmanski analytisch nach dem Modell einer Ringburg zu beschreiben (S. 57). Den innersten Kern, die primäre Machtelite, bilden die Superreichen (Geldmacht), um sie herum befinden sich, als zweiter Ring, die Konzerneliten (Verwertungsmacht), diese werden umgeben von einem dritten Ring, den politischen Eliten (Verteilungsmacht) und schließlich von einem vierten, den technokratischen Eliten (Wissensmacht). Dies Modell liegt als Vorschlag für die sozialwissenschaftliche Analyse allen Passagen des Buches zugrunde. Und die versammelten Texte behandeln die verschiedenen Interaktionen und Wechselbeziehungen zwischen diesen Eliten- oder Macht-ringen, konkretisieren diese durch diverses empirisches Material, das durch den bereits erwähnten Power-Research-Ansatz gewonnen wurde, und verfolgen ihre Wandlungen in den sich verändernden historischen Kontexten. Das Ringmodell beschreibt im Grunde die Anatomie der Herrschaft, bezogen vor allem auf die USA als dem gegenwärtigen *Imperium* auf dem Globus. In diesem Schlüsseltext des Buches wird das die Analyse orientierende und leitende Knochengerüst dann mit empirisch-historischem Fleisch ausgestattet (von den Rockefeller bis zum Enron-Skandal), und es werden zu jedem Unterabschnitt mögliche Forschungsthemen vorgeschlagen, um – gemäß der im Titel bereits formulierten Einladung zur Teilnahme an einem langfristigen und umfassenden Forschungsprogramm – diesen Aufstieg vom Abstrakten (dem anatomischen Modell, der Ringburg) zum begriffenen Konkreten (der lebendigen, erfahrungsgesättigten Darstellung der realen Machtverhältnisse) immer weiter zu vervollständigen,

Bei dem zeitlichen Parforce-Ritt durch die Geschichte der US-amerikanischen Herrschaftseliten seit Beginn des 20. Jahrhunderts heißt es im Abschnitt über die 1950er Jahre zu der von C. W. Mills untersuch-

3 Dieser Abschnitt beruht auf einem 2001 geschriebenen *treatment* (das ist ein erweitertes Handlungsschema für einen Film) für ein populärwissenschaftliches Buch, das Hans Jürgen Krysmanski seinerzeit geplant hatte.

ten Power Elite und deren Vorgehensweisen (etwa am Beispiel der Franchising-Strategie des McDonald-Imperiums) exemplarisch: »Auf dieser Grundlage jedenfalls bauten die Geld- und Machteliten der USA in den folgenden Jahrzehnten das erfolgreichste *Franchise*-Unternehmen der Geschichte auf, ein politisches Fastfood-Imperium, das weltweit plutokratische Klopse in weichen Demokratiebrötchen vertrieb und noch heute vertreibt« (S. 80). Oder bezogen auf den angeblichen Müßiggang der couponschneidenden Superreichen: »Selbst dümmste Gedanken, auf dem Sonnendeck einer Superyacht produziert, wanderten aus dem Milieu der Superreichen in die Gesellschaft und konnten dort unmittelbar zu materieller Gewalt werden: als Stoff, aus dem sich Verwirrung über die wahren Verhältnisse dieser Welt stiften ließ, als Stoff für die Mythen der Unterhaltungsindustrie« (S. 89).

»Verschwörungen?«

Verschwörungen sind – »ob als Intrigen, heimliche Überwachungen, feindliche Übernahmen oder als Ausschaltung von Konkurrenten – im normalen Wirtschaftsleben nichts Ungewöhnliches. Auch jedes staatliche Handeln, vor allem, seit es Nationalstaaten gibt, hat eine konspirative Dimension« (S. 155). In einem abgedruckten Interview zu einer arte-Sendung verweist Krysmanski deshalb auf die realen Gehalte von bei Machtangelegenheiten notwendig entstehenden Verschwörungstheorien (oder besser »Verschwörungsnarrativen«, da es sich ja nicht um Theorien im eigentlichen Sinn handelt, sondern um »Erzählungen«, S. 150). Was in einzelnen Beiträgen des Buches über die Mechanismen der Herrschaftsausübung zusammengetragen wird, resümiert Krysmanski so: »Die Macht des großen Geldes formt und äußert sich in informellen Netzwerken, außerhalb der Sichtbarkeit großer Institutionen, es ist eine Welt, in die kleine Soziologen nur auf sehr indirekte Weise Einblick erhalten« (S. 160).

Für die Erforschung der verborgenen Seiten von Herrschaftsausübung fehlen weithin »die wissenschaftlichen Methoden, ausreichende Finanzierungsmittel und nicht zuletzt der Mut der etablierten Wissenschaften« (S. 151). Hier haben deshalb die »investigativen Journalisten und Filmemacher« wie Michael Moore eine wichtige aufklärerische Funktion. »Der Mangel an seriösen Informationen geht aber letztlich auf den geradezu skandalösen Verzicht etablierter Wissenschaftler (...) zurück, sich mit den meist legitimen und interessanten Fragen zu beschäftigen«, die »auch die Normalbürger umtreiben. Die Menschen wollen wissen, was hinter den Kulissen passiert« (S. 152). »Verschwörungstheorien wird es geben, so lange es Macht und Herrschaft und damit auch geheime, nicht-öffentliche Bereiche der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gibt. Je mehr Demokratie gewagt und der Wissensdurst der Menschen befriedigt wird, um so schneller werden Verschwörungstheorien überflüssig« (ebenda).

Was das analytische sozialwissenschaftliche Instrumentarium angeht, befindet Krysmanski: »Gegen Verschwörungstheorien helfen im übrigen nur Klassentheorien. Dazu aber muss unser Wissen um den Kapitalverwertungsmechanismus, dessen Grundzüge wir kennen, bis in alle möglichen Verästelungen hinein, durch eine soziologische Analyse der derzeitigen Machteliten ergänzt werden« (S. 134), die *Strukturanalyse* also durch die konkrete Analyse der *Akteure*. Eine in der »Modernisie-

rungsfalle« verfangene Klassentheorie sei aber kaum geeignet, die heute für den Globalisierungsprozeß charakteristischen Machteliten zu erfassen, die »nicht unbedingt unter öffentlich zugänglichen Bedingungen« operieren (S. 144). »Die zentrale Frage scheint also zu sein, ob wir uns mit unserem derzeitigen Begriffsarsenal, mit unseren braven Kapitalanalysen und hochabstrakten Strukturbegriffen wie *Global Governance* oder *Empire*, dicht genug an die Akteure der neuen Kriege heranzoomen können« (S. 136). Daß zu den Mitteln und Methoden der Herrschaftsausübung auch Kriege gehören, hat der Autor nicht nur hier, sondern auch in anderen Publikationen gezeigt.⁴

Es wurde bereits auf die These von Krysmanski verwiesen, daß Verschwörungstheorien in dem Maße überflüssig würden, wie reale Demokratie an Raum gewinnt. Wie steht es in den USA mit der Demokratie?

Repräsentieren die beiden tonangebenden Parteien, die Republikanische und die Demokratische, im Grunde nur das obere eine Prozent der US-Bevölkerung, wofür einiges spricht, dann müsse man sagen: »Amerika ist eine Plutokratie, keine Demokratie« (S. 156). Krysmanski scheut sich nicht, den bekanntlich auch von alten und neuen Nazis gebrauchten Terminus »Plutokratie« offensiv zu verwenden. Während aber in nazistischen Diskursen der Terminus rassistisch-nationalistisch konnotiert ist, fungiert er hier als ein Gegenbegriff zur Demokratie, der sozialwissenschaftlich verortet wird im Kontext von Globalisierung und Privatisierung: Jene Privatleute, die die Nutznießer der Privatisierungsprozesse sind, »werden immer privater und sie werden immer reicher. Es sieht so aus, als würde ihnen bald die Welt gehören. Die Herrschaft der Reichen nennt man Plutokratie« (S. 10). Dieser Gedanke wird an dieser Stelle weiter entfaltet.⁵

Michael Moore sprach bei seiner Rede anlässlich der Oscar-Verleihung von einem »fiktiven Präsidenten«. Dazu Krysmanski: »In genau diesem Sinne hat sich ein bestimmtes Zusammenspiel von privatem Reichtum mit ›Direktoraten‹ aus der Konzernwelt, Politik, Militär, Kultur usw. heute zu einem Schwarzen Loch, zu einem Gravitationszentrum der Macht verdichtet, das die Institutionen der Demokratie und die *checks and balances* der Zivilgesellschaft nicht nur in den USA mit unheimlicher Gewalt aufzusaugen droht« (S. 148).

Zu dem zumindest unter Intellektuellen und Sozialwissenschaftlern offenen Geheimnis, daß die USA keine Demokratie, sondern eine Plutokratie sei, könne man sich auf zwei Arten verhalten: »Leugnet man es wider besseres Wissen und beteiligt sich aktiv an seiner Verschleierung, winken Karrieren in Medien und Wissenschaft; spricht man es aus, wird man an die Peripherie der medialen und wissenschaftlichen Institutionen gedrängt« (S. 156).

»Starke Politik: der Machtkörper des neuimperialen Projekts in den USA«

Zu dem aktuellen Themenkomplex der »Bush-Regression« (S. 121-148) ist auch der in diesen Band aufgenommene analytische und zugleich dossierartige Beitrag von Rainer Rilling zu zählen, der detailliert den »Machtkörper des neuimperialen Projekts«, das Rückgrat der Bush-Administration, sezziert und nicht nur eine Röntgenaufnahme dieses widersprüchlichen Projekts vorlegt, sondern auch die einzelnen Rinnsale

4 Siehe dazu die Publikationsliste auf seiner homepage www.hjkrismanski.de.

5 »Plutokratie ist in gewisser Weise nichts anderes als ›Privatisierung der Politik‹ oder ›Politik als Privatangelegenheit‹, und zwar Privatangelegenheit einer kleinen Gruppe von Superreichen, denen es als einzigen noch gelingt, wirklich privat zu bleiben und aus dieser Privatheit heraus die öffentlichen Angelegenheiten nach eigenem Wunsch und Willen zu formen« (S. 159). »Extremer Reichtum unterwandert die Demokratie (...) Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, wie wenig wir über die Formen der Machtausübung des Superreichtums wissen« (S. 160).

seiner Entstehung zurückverfolgt, die dann, gepusht insbesondere durch den 11. September 2001, zu einem mächtigen Strom angeschwollen sind. Rilling beschreibt dies Projekt als eines, in dem sich »traditionell neoliberale und imperiale Praxen« miteinander verbunden haben (S. 166): der starke nationale Sicherheitsstaat mit einem *small government*, der *shareholder*-Kapitalismus mit einem staatsalimentierten Militär-Industrie-Komplex. »Die Bildung eines gemeinsamen Machtkörpers aus neokonservativ-reaganitischen Warriors, fundamentalistischen Christen und marktradikalen Neoliberals« war kein klassisches Bündnis zwischen konservativen Strömungen, »sondern eine Kopplung von Richtungen ganz ungewöhnlicher Diversität« (S. 170).

Rilling parallelisiert dies Herrschaftsprojekt von oben mit der globalisierungskritischen Bewegung von unten, angelehnt an Begriffe des weltweit debattierten Buches »Empire« von Michael Hardt und Antonio Negri: »Dieses Machtprojekt spiegelt, nimmt vorweg und imitiert im Nachhinein, was andernorts geradezu deckungsgleich geschah: die Bildung eines neuen, im Kern linken und antikapitalistischen, global ansetzenden politischen Raums von Seattle über Genua bis nach Porto Alegre und Mumbai, in dem sich eine ganz andere politische Diversität zusammenband, die der neuimperialen Rechten das gegenimperiale Selbstverständnis einer Multitude entgegensetzte« (S. 170).

Fazit

Das präsentierte Buch ist, wie erwähnt, zusammengestellt aus unterschiedlichen Texten. Der heterogenen Herkunft der Einzelteile des Bandes geschuldet sind deshalb auch diverse Wiederholungen und Doppelungen, so daß man bestimmte Schlüsselzitate gleich drei- bis viermal an verschiedenen Stellen des Buches lesen kann. Aus Lektoratssicht mag der Band mit seinen oft überlappenden Gegenständen diverser Textsorten (kurze, zugespitzte Statements, Wörterbuchartikel, Rundfunk- und Fernsehinterviews, Einzelstudien etc.), die zwischen zwei Buchdeckeln als Materialfundus und »Bausteine(n) für ein größeres Projekt« (S. 7) zusammengeheftet wurden, eher als suboptimal erscheinen. Ganz anders aber wird man urteilen müssen, wenn man die inhaltliche Qualität dieser Texte betrachtet: Es sind hoch informative, faszinierende Materialien von sozialwissenschaftlicher und politischer Brisanz, Raritäten, gemessen am Mainstream soziologischer Publikationen.

Was die sprachliche Form betrifft, so merkt man schnell, daß der Autor Erfahrung hat in punkto medialer Präsentation und Vermittlung sozialwissenschaftlicher Inhalte (vgl. z. B. seine diversen TV-Dokumentationen). Daß er auch Hollywoodfilme und *Science-fiction*- oder andere Literatur als Materialien für seine Forschungen auswertet, spiegelt sich in der Machart der Texte. Diese oszillieren zwischen präziser wissenschaftlicher Begrifflichkeit (etwa im Abschnitt »Herrschende Klassen und Machteliten«, S. 26 ff.) und einer journalistischen Sprache, die den Gegenstand eher metaphorisch um- und einkreist. Dies kann bisweilen so weit gehen, daß man bei manchen Formulierungen sich in eine geistreiche Konversation auf einer Intellektuellen-Party versetzt wähnt. Jedenfalls bekommt man eine in ihrem Metaphernreichtum höchst anregende wissenschaftliche Prosa mit literarisch-kulinarischen Qualitäten geboten. Und ist es nicht vertretbar, einem Gegenstand, der noch unzureichend erforscht und erkannt ist, sich eher mit lockeren Umschrei-

bungen zu nähern, als ihn vorschnell in einer Scheinpräzision zu fixieren?

Die Perspektive des Buches, der Blick auf seinen Gegenstand ist immer wieder der aus großer Höhe, wie von einem Raumschiff aus auf die Erde, denn es gilt, »das globale Ganze« in den Blick zu nehmen, weil auch die beforschten Akteure – als *global players* – global denken und agieren. Dieser Blick »aufs Ganze« hindert den Autor nicht daran, einzelne Facetten des Untersuchungsgegenstands sehr konkret und detailreich in den Focus zu nehmen.

Mein Resümee lautet: Wir haben es hier zu tun mit einem spannenden, mit soziologischer Phantasie geschriebenen Buch über die Reichen und Mächtigen sowie die Weisen, wie sie ihre Herrschaft ausüben, zugleich auch über Wege, wie man das Dunkel, das sie umgibt, ein wenig lichten kann. Diese Publikation verdiente es, gemäß dem vom Autor selbst erwähnten ursprünglichen Plan (S. 56, Anm.) ausgearbeitet zu werden zu einem die akademischen Grenzen überschreitenden sozialwissenschaftlichen Aufklärungsbuch über Hintergründe und Akteure des Stücks, das heute auf der Weltbühne gespielt wird und das seine Auswirkungen hat bis hinein in das Klein-Klein der Tagespolitik, nicht nur in den USA.

Das Buch provoziert darüber hinaus zu weiteren Diskussionen und bietet Stoff auch für kontroverse Debatten. Das gilt z. B. für die Verwendung manchen Begriffes wie etwa des der »Postmoderne«, wo man die zugrunde gelegte analytische Leistung hinterfragen kann und in dessen Kontext der Autor Zweifel anmeldet, ob das noch Kapitalismus sei, was wir heute erleben; es gilt auch für die Feststellung, wonach der Neoliberalismus heute »seine Grenze erreicht« habe (S. 43) oder für die These, »dass wir derzeit einen Zusammenbruch der Steuerungsinstanzen der bürgerlich-kapitalistischen Welt erleben« (S. 20).

Ein in diesem Buch nicht eigens behandeltes, nur angedeutetes, für ein Gesamtverständnis der Problematik aber ebenso zentraler Forschungsgegenstand ist, komplementär zur hier thematisierten Seite der Herrschaft, der Blick auf die Beherrschten: Warum gelingt und wie vollzieht sich deren Unterwerfung? Auf welchen Wegen, auf Grund welcher Mechanismen schaffen es die Superreichen und Herrschenden, daß ihre Interessen und Weltdeutungen, also die von Wenigen, von den Vielen als die ihren (miß)verstanden werden?

Solche Debatten anzuregen und neue Fragen zu stellen bzw. alte neu aufzuwerfen, trägt wesentlich zur Qualität und Produktivität bei, die dieses Buch auszeichnen.

WOLFRAM ADOLPHI

Kapitalismus zwischen Konsumismus und Krieg

IX. Internationale Konferenz des Berliner Instituts
für kritische Theorie (InkriT)

Was für ein Titel: *Kapitalismus zwischen Konsumismus und Krieg!* Der Berichtstatter gesteht, daß er, als er die Konferenzeinladung erhielt, sich zunächst ein ausführliches Referat und eine intensive, mehrtägige Debatte zu genau diesem Thema vorstellte. Mit dem Resultat, daß man einer ganz entscheidenden Frage näher getreten wäre: jener nämlich, inwieweit die unglaubliche »Konsumtion«, die der Krieg selbst darstellt, eine Konstituante des Kapitalismus geblieben ist. Und zwar nicht nur des besonders und rücksichtslos räuberischen, wie es im Hauptstrom marxistischer Analyse schon immer als unbestritten gilt, sondern auch des »gebändigten«, sozialstaatlich verfaßten, der in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts doch den Anschein erweckt hatte, auf Dauer friedensfähig sein zu können. Ist denn schon ausgiebig genug erörtert worden, daß diese Friedensfähigkeit offensichtlich entscheidend damit zu tun hatte, daß der Aufbau nach 1945 auf den Gebeinen der über 50 Millionen Weltkriegstoten und den Trümmern der Zehntausenden zerstörten Städte und Dörfer, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe stattgefunden hatte? Und darum eine Art von »Sonderbedingungen« geherrscht hatte, aus denen Friedensfähigkeit erwuchs? Und daß auch der Aufbau in den realsozialistischen Staaten nach 1945 von diesen »Sonderbedingungen« zehrte – und es zum Zusammenbruch kam, als die Antriebe, die sich daraus entwickelt hatten, aufgebraucht waren? Und muss man sich nicht auch entschieden den anderen Kriegen zuwenden, den »fremden«, »weit entfernten«, die so fremd und weit entfernt nur für die Europäer waren, anderen Völkern und Kontinenten aber trotz aller »Friedensfähigkeit« in Europa ein 20. Jahrhundert fast ununterbrochener Kriege beschert hatten? Auch – siehe zuletzt in den achtziger Jahren in Afghanistan – unter realsozialistischen Vorzeichen? Und zum Schluß, natürlich, hätte die Frage aller Fragen gestanden: Wie denn nun sind sie wirklich zu verhindern – die Kriege, die der Kapitalismus immer wieder vom Zaune bricht? Wenn Krieg und Konsumismus seine Konstituenten sind?

Indes: Für *ein* solches *Referat* war diese Konferenz nicht gemacht. Für die *Debatte* um die alles überwölbende Problematik aber natürlich schon – wenngleich sie im Puzzle dutzender Einzelveranstaltungen und ungezählter Pausengespräche zu führen war. Denn das ist das Besondere an dieser Art von InkriT-Tagungen: daß sie, weil sie der Vorbereitung der einzelnen Bände des Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM) dienen, nicht eine in sich geschlossene Problematik zum Gegenstand haben, sondern die ein-

Wolfram Adolphi – Jg. 1951,
Dr. sc. phil., Dipl.-Staats-
wissenschaftler, wiss.
Mitarbeiter der Rosa-
Luxemburg-Stiftung und
Redakteur bei »UTOPIE
kreativ«; in der Zeitschrift
zuletzt: »Des jungen Leut-
nants Deutschland-Tage-
buch«, Heft 175 (Mai 2005),
S. 422-426.

zelenen Stichworte des jeweiligen Bandes. Nun steht Band 7 auf dem Programm und mit ihm der Buchstabe K – woraus sich der herausfordernde Titel hatte konstruieren lassen.

Wie also in die Spanne von *Kapitalismus* über *Konsumismus* zu *Krieg*, aber auch von *Kalter Krieg* über *Kapital-Lektüre* und *Karneval* zu *Katholizismus*, von *Kemalismus* über *Kindesmißbrauch* und *Klassen* zu *Kolonialismus*, von *Kollektivierung* über *Kommunistisches Manifest* und *Konsumgesellschaft* zu *Kontrolle* eine verbindende Systematik bringen?

Der Veranstalterkreis um die InkriT-Vorsitzende *Frigga Haug* (Esslingen), HKWM-Herausgeber *Wolfgang Fritz Haug* (Esslingen) und HKWM-Koordinator *Thomas Weber* (Berlin) hat dazu eine Mischung von Veranstaltungsformen ersonnen, mit der das Unmögliche möglich zu machen versucht wird. Es gibt Plenarsitzungen, bei denen noch nicht die Stichwörter selbst, sondern übergreifende Themen verhandelt werden. Es gibt Rundtischgespräche, die – an kleinere Teilnehmerkreise gewandt – einem ähnlichen Zweck dienen. Und es gibt die eigentlichen Wörterbuch-Werkstätten, bei denen es um die Stichwörter selbst geht: jeweils mit dem Vortrag der oder des für die Erarbeitung verantwortlich Zeichnenden und mit vier oder fünf vorbereiteten Voten.

Auf diese Weise sind auch die rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich vom 26. bis 29. Mai 2005 in Esslingen versammelt hatten, tatsächlich unter einen Hut gebracht worden – mit nicht weniger als 33 Veranstaltungen insgesamt, von denen zwangsläufig etliche parallel zueinander ablaufen mußten. Einige wenige von diesen seien hier stellvertretend dargestellt.

Kapitalismus – Krieg – Konservatismus

Mit einem anderthalbstündigen Plenum zum Thema *Kapitalismus und Krieg* wurde der vom Konferenztitel her so nahe liegenden Fragestellung am Beginn des zweiten Beratungstages ein zwar nur kurzer, aber außerordentlich intensiv genutzter Raum geöffnet. *Norman Paech* (Hamburg) und *Darco Suvin* (Lucca/Italien) leiteten eine Diskussion ein, an deren Ende an der Richtigkeit der Suvin-These »Capitalism Means/Needs War« (Kapitalismus bedeutet/braucht Krieg) kein Zweifel gelassen wurde. Und Suvin war es auch, der den Zusammenhang zwischen »dem Tod der einen und der nachfolgend sich bietenden Aufbaumöglichkeit für die anderen« ausdrücklich zur Sprache brachte – und es dabei nicht bewenden ließ, sondern hervorhob, daß das kapitalistische Imperium *an beidem gleichermaßen* profitiere. Einen weiteren Schwerpunkt seiner Argumentation bildete die zunehmende Privatisierung der Gewalt – nicht nur im Terrorismus einzelner, sondern auch in der Kriegführung der Staaten selbst.

Paech begrüßte an den Suvinschen Überlegungen, daß er mit ihnen eine Debatte, die in dieser Klarheit fast nur noch in der Dritten Welt – er nannte die Namen Samir Amin und Walden Bello – geführt werde, wieder zurück nach Europa hole. Denn hier, in Europa, habe der Meinungshauptstrom den Krieg ja längst wieder salonfähig gemacht. Kriege überraschten uns nicht mehr, sondern würden vor ihrem Beginn lange angekündigt; die Friedensforschung analysiere

heute weniger die Bedingungen der Herbeiführung des Friedens als vielmehr verschiedene Kriegsformen; und Deutschland befinde sich seit dem Herbst 2001 im »Verteidigungszustand« – eine Beendigung desselben, den die seinerzeitige PDS-Fraktion im Jahre 2002 beantragt habe, sei von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden. Es sei unübersehbar, daß die USA nach einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung des Krieges strebten. Damit werde die Welt in einen dauernden Ausnahmezustand versetzt – und zwar nicht, wie das oft behauptet werde, durch den Terrorismus selbst, sondern vielmehr durch die Instrumentalisierung des Terrorismus.

Paech machte drei Rechtfertigungsstrategien der Herrschenden für ihre Kriegführung aus: *erstens* den offenen Bruch des bestehenden Völkerrechts mit moralischer Begründung; *zweitens* die Neuinterpretation des Begriffs der Selbstverteidigung; und *drittens* die Beschwörung der Notwendigkeit, das Recht müsse ständig weiterentwickelt werden – womit man glaube, eine Grundlage zu haben für die Einführung solcher Kategorien wie »humanitäre Intervention« oder »präsumptive Intervention«. Entgegenstellen müsse man all dem, schloß Paech, ein entschlossenes »Zurück auf den Ausgangspunkt 1945«. Damals sei man sich einig gewesen in der Forderung nach konsequenter Ächtung der Gewalt überhaupt.

Unterstützt von *Wolf-Dieter Narr* (Berlin) machte Paech Zweifel daran geltend, daß die von Suvin benannte Privatisierung der Gewalt tatsächlich ein so neues Phänomen sei. Der Einsatz von Söldnern sei schon immer – auch, zum Beispiel, im 30jährigen Krieg – ein fester Bestandteil der Kriegführung gewesen. Und dominant bleibe trotz mancher neuer Privatisierungsformen doch der imperialistische *Staatenkrieg*. Narr ergänzte noch, daß der »Krieg gegen den Terrorismus« keineswegs erst nach dem 11. September 2001 begonnen habe, sondern im 15 Jahre eher begonnenen »Krieg gegen die Drogen« bereits einen adäquaten Vorläufer gehabt habe.

Ein Rundtischgespräch zum Thema *Bush's America* am gleichen Beratungstag bot Gelegenheit, die Kapitalismus-Krieg-Debatte fortzusetzen. *Harriet Fraad* (New York/USA) präsentierte einen schockierenden Befund zur US-amerikanischen Gesellschaft. Der religiöse Fundamentalismus habe ein nie gekanntes Ausmaß erreicht, und die Linke habe den entsprechenden Konzepten nichts entgegenzusetzen. Ein Buch mit der Theorie, daß, wer in Christus neu geboren sei, keine Vergangenheit habe und daher auch keine Verantwortung für die Vergangenheit trage, sei nicht weniger als 62 Millionen Mal verkauft worden. Ein Drittel der Bevölkerung müsse als fundamentalistisch gelten. Der Moral-Begriff sei reduziert auf das Sexualverhalten des Individuums – und habe nichts zu tun etwa mit dem Hunger in der Welt oder dem verschwenderischen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Die Lage der US-Bevölkerung von heute könne mit der der deutschen Arbeiterklasse in den dreißiger Jahren verglichen werden: Sie ahne nicht, daß sie etwas aufbaue, durch das sie am Ende selbst zerstört werde. Schon jetzt seien ernsthafte Zeichen der Selbstzerstörung sichtbar: Um die 120 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der USA seien wegen depressiver Zustände in Behandlung. Seit dreißig Jahren sei ein Sinken der Reallöhne der Männer zu verzeichnen. Die Männer sähen sich daher einer doppel-

ten Bedrohung ausgesetzt – von seiten der Gesellschaft insgesamt und durch die zunehmende Teilnahme der Frauen am Arbeitsprozeß. Die überausgebeuteten Männer erwarteten eine erhöhte Haushalts-, Gefühls- und Sexualfürsorge zu Hause, die ihnen die Frauen nicht mehr bieten könnten. Dies alles biete den Nährboden für eine Hinwendung zum religiösen Fundamentalismus – und tatsächlich finde Bush die Mehrheit seiner Wählerschaft unter den weißen Männern der USA.

Kurt Lenk (Erlangen) beschrieb die Neokonservativen der USA – die *NewCons* – als eher fundamentalistisch denn konservativ, ja sie fühlten sich wohl sogar »revolutionär im Sinne der Zerschlagung der Weimarer Republik«. Die Grundlagen für das, was heute geschehe, seien im übrigen bereits in der Zeit der Reagan-Administration geschaffen worden. Man könne die Strategie der *NewCons* etwa so beschreiben: Es gehe ihnen darum, im Vorfeld alle eventuell möglichen Bedrohungen zu erkunden, um sie dann ohne großen Schaden für sich selbst ein für allemal auszuschalten.

In Beantwortung der Frage, warum die Veränderungen, die die USA doch offensichtlich schwächten, in der Welt so wenig reflektiert würden, verwies *Harriet Fraad* auf die Tatsache, daß es heute – völlig anders als etwa noch in der Zeit des Vietnamkrieges – kaum noch unabhängige Medien gebe. Sie alle seien – wie das Wort aus dem Irakkrieg lautet – *embedded*, in die Strategie eingebettet.

Wie solche Plenar- und Rundtischdebatten direkt in die Wörterbuch-Werkstätten ausstrahlen können, dafür lieferte die Werkstatt zum Stichwort *Konservatismus* am dritten Beratungstag einen beeindruckenden Beweis. *Kurt Lenk* (Erlangen) zeichnet für den entsprechenden Wörterbuch-Eintrag verantwortlich und präsentierte zunächst ein Papier, mit dem er erst einmal die Fülle des Stoffs, der zu verarbeiten sein wird, sichtbar machte. Nach der wörterbuchüblichen Befassung mit »Wort und semantischem Umfeld« und »Bedeutungen des Begriffs« enthielt diese Gliederung zum Beispiel den Themenkomplex »Gemeinsame Merkmale des Konservatismus«, zu denen *Lenk* gegenrevolutionäre Revolutionskritik, konservativen Antimodernismus, Konstantenanthropologie, zyklische Geschichtsphilosophie und Anti-Intellektualismus rechnet, und den Themenkomplex »Konservatismus als Herrschaftslegitimation«, worunter *Lenk* zufolge Fragestellungen abzuhandeln wären wie Gottesgnadentum und Herrschergnade, Machiavellismus und Hobbismus, Rechtfertigung der sozialen Ungleichheit, Monarchie und moderner Staat, das Eliten-Massen-Syndrom und die mit dem Konservatismus verbundene Kulturkritik, Zivilisationskritik und Zeitdiagnostik. Weiter spannte *Lenk* den Bogen über die Geschichte des europäischen Konservatismus zur konservativen Revolution, zu Konservatismus und Faschismus, Konservatismus und Nationalsozialismus, konservativen Strömungen im Nachkriegsdeutschland, Konservatismus in der Berliner Republik und schließlich marxistischen Interpretationen des Konservatismus. Ein dickleibiges Buch statt »nur« eines Wörterbucheintrages stand da vor den Zuhörerinnen und Zuhörern auf, und *Lenk* war sich dessen natürlich bewußt und verwies noch einmal darauf, daß es sich hier keineswegs schon um die Gliederung des Wörterbucheintrages gehandelt habe, sondern erst einmal um eine

Hilfe zur Grundverständigung, und die wurde dann auf packende Weise in die aktuelle Politik hinüber geführt, als *Rick Wolff* (Amherst/USA) die Lenkschen Ausführungen durch einen Vortrag zum Konservatismus in den USA ergänzte.

Der US-Konservatismus, so Wolff, ruhe auf vier Säulen, die sich »in komplizierter Koalition« miteinander befänden. Die *erste* dieser Säulen bilde das *roll back* des Rooseveltischen *New Deal* der dreißiger Jahre. Als gelungen könnten bereits gelten: das *roll back* der Gewerkschaften, das *roll back* der Marktregulierung und das *roll back* der Gesundheitsfürsorge. Noch nicht gelungen sei bisher das *roll back* der sozialen Sicherungssysteme. Die *zweite* Säule bestehe in der Überzeugung, daß der »Fehler« von 1945, nicht sofort die Kontrolle über die Welt hergestellt zu haben, ausgebügelt werden müsse. Der »wunderbare Zusammenbruch« der Sowjetunion habe die USA – so meine man in den Kreisen um Paul Wolfowitz und Richard Cheney – an den Ausgangspunkt von 1945 zurückgebracht. Die *dritte* Säule sei mit der Zurückdrehung der »sexuellen Revolution« der 60er Jahre und der mit ihr verbundenen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Frauen gegeben. Und die *vierte* Säule schließlich gründe in der Überzeugung, daß der Multikulturalismus überwunden werden müsse.

Das alles verband sich trefflich mit der These von Kurt Lenk, wonach der Konservative dann aktiv werde, wenn man ihn reize und herausfordere, und daß der Konservatismus immer als Reflektion gegen die Aufklärung zu verstehen sei. Und in der Schärfe, mit der Rick Wolff in Fortsetzung der Ausführungen von *Harriet Fraad* (New York) vom Tage zuvor die gesellschaftliche Komplexität des neuen US-Konservatismus umriß, stellten sich die Verbindungen zur Kapitalismus-und-Krieg-Frage den Zuhörenden von selbst her.

Weitere Voten zum Lenk-Entwurf stammten von *Falko Schmieder* (Berlin), *Richard Gebhardt* (Aachen) und *Richard Heigl* (Regensburg).

Kommunismus – Kommunistisches Manifest – Kapital-Lektüre

Ein anderes Beispiel: Nach einem Eröffnungsplenum mit dem schönen Titel *Leidenschaft braucht's und Verstand ... beim Schreiben von HKWM-Artikeln*, bei dem *Frigga Haug* (Esslingen) und *Wolf-Dieter Narr* (Berlin) mit Verve – und etlichem Mut zu Lob für einzelne Wörterbucheinträge hier und Kritik an anderen dieser Einträge da – für die Arbeit an den Stichwörtern warben, gab es vor dem Einstieg in die Wörterbuch-Werkstätten ein zweites Plenum zum Thema *Hat es noch einen Sinn, von Kommunismus zu sprechen?* Dem die Frage entschieden bejahenden Referat von *Theodor Bergmann* (Stuttgart) widersprach in der Debatte, in der außerdem *Victor Wallis* (Boston/USA), *Rick Wolff* (Amherst/USA), *Gianluca Schiavon* (Venedig/Italien) und *Catharina Schmalstieg* (Berlin) zum Podium gehörten, niemand, und das kam auch nicht überraschend, galt dieses Plenum doch eher der Selbstvergewisserung, der Einstimmung auf die folgenden Werkstätten, und das war konferenztechnisch wie auch konferenzpsychologisch klug bedacht. Es entstand eine Atmosphäre des intensiven Redens und Zuhörens, des achtungsvollen Gebens und Nehmens, des fordernden und zugleich humorvollen Streits, wie sie selten zu erleben ist.

So auch, als schon gleich nach diesem Plenum *Thomas Marxhausen* (Halle) seinen Textentwurf zum Stichwort *Kommunistisches Manifest* vorstellte. Unmöglich, hier auch nur in Ansätzen den Gedankenreichtum dieses Wörterbucheintrags wiederzugeben. Schließlich geht es, wie es im Entwurf heißt, um das »bekannteste und wirkungsmächtigste Werk des Marxismus«, dessen Verbreitung Marxhausen für »mit der der Bibel vergleichbar« hält. Die »gedankliche Präzision und sprachliche Kraft, mit der die ›Geschichte aller bisherigen Gesellschaft‹ und eine erst in Konturen sichtbar werdende neue Welt in aller Knappheit ins Bewußtsein gerückt sind«, gebe dem Manifest »bis heute den Status des Gründungsdokuments einer neuen Weltauffassung«. Er habe sich nun, so führte Marxhausen zur Erläuterung seines Entwurfes aus, zu Entstehung, Titel und Sprache des Manifests geäußert, weiter zum Inhalt unter Hervorhebung von Widersprüchen, dann zu den von Marx im Manifest vorgenommenen Selbstzitate und schließlich zum Abstraktionsniveau. In der Frage der Selbstzitate sei ihm ein Gedanke besonders wichtig: Natürlich finde sich »alles, was im Manifest steht, bereits im Frühwerk« von Marx – und da sei es nun besonders interessant, daß die Kritiker des Manifests immer wieder nachdrücklich auf die in ihm enthaltenen Widersprüche und Fehler verwiesen hätten, nie aber so weit gegangen seien, damit auch das Frühwerk in Frage zu stellen. *Nicht* behandeln könne er – so Marxhausen – aus Platzgründen in seinem Wörterbucheintrag die Rezeptions- und Wirkungsgeschichte des Manifests, die verschiedenen seit seinem Erscheinen publizierten Lese- und Studienhilfen, die philologischen und editorischen Untersuchungen, die zum Manifest angestellt worden sind, und die dem Manifest gern zugeschriebenen »handlungsleitenden Antworten«.

Werner Schmidt (Stockholm) wollte den Verzicht auf die Rezeptionsgeschichte nicht akzeptieren. Ein solcher Verzicht führe zu einer Beschränkung auf den Blick zurück, wo doch auch der Blick nach vorn gefordert sei. Und sei nicht der Widerspruch in der Bewertung des Manifests durch die Kommunistische Internationale einerseits und Rosa Luxemburg andererseits von größter Bedeutung? Die KI habe das Manifest als Gipfelpunkt des Marxschen Denkens betrachtet, Rosa Luxemburg jedoch »lediglich« als Übergangsdokument.

Darko Suvin (Lucca/Italien) schloß sich der Schmidtschen Argumentation an und machte neben der KI- und der Luxemburg-Linie in der Rezeption noch eine dritte Linie geltend: die Rezeption durch »Freischärler« wie Brecht und Derrida. Zudem müsse im Wörterbucheintrag auch etwas zur Beurteilung ihres Textes durch Marx und Engels selbst gesagt werden. Zur Autorschaft wolle er anmerken, daß man wohl doch Karl Marx eindeutig als Autor ausweisen müsse – und nicht Marx/Engels, wie das von Thomas Kuczynski unternommen worden sei. Wichtig sei ihm schließlich, auf die eschatologische – in diesem Falle: jüdische, messianische – Komponente des Manifests zu verweisen. Der Gedanke der Salvation, der Erlösung präge den Text in außerordentlicher Weise. Und was die »handlungsleitenden Antworten« betrifft, zu denen sich Marxhausen im Wörterbucheintrag nicht äußern wolle: In der Tat habe das Manifest auch den Charakter einer »obrigkeitlichen Anweisung«. Es präsentiere eine dichte Reihe von Verhüllung und Enthüllung, eine dichte

Reihe von Bildern und Phantasien. Indem es »zur Wahrheit konvergiert«, nehme es einen seit der Antike wichtigen Topos auf.

Die Weiterführung dieser Debatte hätte – wie so viele andere Wörterbuch-Werkstätten auch – schon bald eine eigene Konferenz ergeben. Voten zum Marxhausen-Text gab es außer von den bereits Genannten von *Paresh Chattopadhyay* (Montreal/Kanada) und *Simon Krysl* (Prag/Tschechische Republik).

Das Stichwort *Kapital-Lektüre* liegt in den Händen von HKWM-Herausgeber *Wolfgang Fritz Haug* (Esslingen) selbst. Sein Diskussionspapier für die entsprechende Werkstatt war mit dem Wort »Beratungsbedarf« überschrieben, und ähnlich wie zuvor Thomas Marxhausen ging es ihm bei dieser Beratung *auch* darum, der drohenden Uferlosigkeit des Beitrages zu begegnen. Anbieten wolle er mit seinem Wörterbucheintrag sowohl eine Art »Studienberatung für angehende Kapital-Leser« als auch eine Hilfe für Organisatoren bei der Unterstützung von »Anfängern«. Unbedingt zu behandeln seien die Lektüreschwierigkeiten und die Frage, wie mit diesen umzugehen sei. Auf »Gefahren« sei hinzuweisen, denn »auch auf diesem Feld« gelte, daß »Vernunft zu Unsinn« und »Wohltat zu Plage« werden könne. Welche Einführungs- und Sekundärliteratur zum »Kapital« sei unverzichtbar? Wer außer Kautsky und Korsch, Zeleny, Althusser, Mandel, Bidet und Cleaver müsse dargestellt werden? Welche Literatur aus der DDR? Unterschieden werden müßten unterschiedliche literarische Gattungen. Es gebe die doxographische – Marxsche Theoreme zusammenfassend und vereinfachend referierende – Hilfe zur Kapital-Lektüre einerseits und die methodologische andererseits, und eine dritte Kategorie bilde wohl der klassische Kommentar. Eine wichtige Aufgabe bestehe darin, deutlich zu machen, daß Lektüre ohne Interpretation nicht möglich sei. Es müsse durch Textkritik aufgewiesen werden, daß der Marxsche Text »unterschiedliche theoretische oder philosophische Anschlußmöglichkeiten enthält« und man sich bei der *Kapital-Lektüre* »immer wieder entscheiden muß, welche man privilegiert«. Weiter sei die Frage nach »Philosophie« und »Politik« der *Kapital-Lektüre* zu behandeln. Ökonomistische, kapitallogische, hegelianisierende, strukturalistische, historische und praxisphilosophische *Kapital-Lektüren* träten auf »wie Theorieparteien«. Und schließlich gehe es um die aktuelle Situation der *Kapital-Lektüre* und um ihre Perspektiven. Vor welchen Aufgaben stehe sie durch High-Tech-Kapitalismus und neoliberale Globalisierung? Wie – insbesondere – betreibe das »neue Subjekt von Kapitalkritik, die »Bewegung der Bewegungen«, die *Kapital-Lektüre*?

In seiner Diskussionseinführung brach Haug ein erneutes Mal eine Lanze für die Aktualität der Beschäftigung mit Marx überhaupt. Freilich, sagte er, könne sich »kaum als Marxist bezeichnen«, wer »Das Kapital« nicht gelesen habe, und selbstverständlich sei »Das Kapital« dasjenige »Medium, mit dem wir uns selbst ständig durchkneten«. Unverändert aktuell sei die Forderung, den Inhalt des »Kapital« öffentlich zu machen – und ihn nicht zu »vergeheimnissen« – , und noch immer sei die *kollektive* Aneignung seines Inhalts wichtig und empfehlenswert.

Thomas Marxhausen rief in seinem Votum das Engels-Wort in Erinnerung, wonach »Das Kapital« die »Bibel der Arbeiterklasse« sei

– aber nicht im Sinne von Exegese, sondern im Sinne von: Hand drauf legen und drauf schwören, ohne den Inhalt zu kennen. Und auch daran bat er sich zu erinnern: daß das Kapitel über »Das Kapitel« in Mehrings Marx-Biographie von Rosa Luxemburg stamme.

Weitere Voten gaben *Richard Gebhardt* (Aachen), *No-Wan Kwack* (Berlin) und *Hartmut Neuendorff* (Dortmund) ab.

Das »nicht-klassische« Stichwort »Kindesmißbrauch«

Ging es bei den bisher dargestellten Debatten um eher »klassische«, für ein Werk wie das HKWM mit Selbstverständlichkeit zu erwartende Stichworte, so gehört *Kindesmißbrauch* wohl zu den eher unerwarteten Einträgen. Gerade diese aber tragen ganz entscheidend zur herausragenden Bedeutung des Gesamtunterfangens HKWM bei, stehen sie doch in besonderer Weise für das Bestreben, neben dem *einen* unverändert wichtigen Blick ins Buch immer auch die *zwei* unverzichtbaren Blicke ins Leben zu werfen und dabei die Marxsche Methode auf ihre Lebenskraft zu prüfen.

Verantwortlich für den Wörterbucheintrag *Kindesmißbrauch* zeichnet *Frigga Haug* (Esslingen), und waren die Frauen bei allen anderen Plenen, Rundtischgesprächen und Werkstätten deutlich in der Minderzahl, so lagen hier sowohl das Stichwort als auch die Voten ausschließlich in Frauenhand – ein in vielfacher Hinsicht bedenkenswerter Umstand.

Frigga Haug leitete den Entwurf ihres Wörterbucheintrags mit der Feststellung ein, daß der Begriff *Kindesmißbrauch* im Grunde ein »Unbegriff« sei, »da er, in der Objektsprache gehalten, unterstellt, daß es auch einen angemessenen Gebrauch von Kindern« gebe. Der Begriff sei »Kreuzungspunkt sehr verschiedener Diskurse von Inzest und Moral, Sexualität und Jugendschutz, Kinderhandel, Pornographie, Pädophilie und allgemeiner Lüsterheit, Gewalt und Familie«, womit sich erkläre, daß er nicht nur »merkwürdige Bündnisse in den Kampagnen gegen *Kindesmißbrauch*« erlaube, sondern auch »das Begreifen des Feldes« erschwere. Fast immer gehe es um sexuellen *Kindesmißbrauch*; von daher würden etwa Kinderarbeit und Kinderausbeutung *nicht* unter Mißbrauch abgehandelt. Insofern stehe nicht »ein bestimmtes Bild von Kindheit« zur Diskussion, sondern eines von »kindlicher und erwachsener Sexualität«, und in diesen Kontext sei auch der Wörterbucheintrag gestellt.

Frigga Haug nimmt eine Diskussion auf, in der »Rückgriffe auf Praxen aus der Antike, auf die Psychoanalyse Sigmund Freuds, auf die Analysen Michel Foucaults und auf den Widerstand aus der zweiten Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts erkennbar werden«, und gliederte ihren Entwurf daher in folgende Abschnitte: Die Kampagnen; Familie als Brutstätte des Sexuellen; False memory; Sexuelle Deregulierung, High-tech und Kindesmißbrauch. Immer ist sie darauf aus, das überaus komplizierte Themengeflecht in die Analyse der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse einzubinden, und sie stellt Überlegungen zur Debatte wie etwa die folgende: Die Skandale um sexuellen *Kindesmißbrauch* zeigten die Krise der Familie. Sie ermöglichten auch, die Ausgeliefertheit der Heranwachsenden an inkompetente und überforderte Elternpersonen und in der Gesellschaft sichtbar zu machen. Es sei unwahrscheinlich, daß solch

mißbräuchliches Verhalten von seiten der Vater- oder auch Mutterpersonen erst in den letzten 10 Jahren virulent geworden sei und jetzt »die ehemals gesunde Gesellschaft« mit »krankhaften Absonderlichkeiten« überfalle. Der u. a. von Foucault in seiner Geschichte der Sexualität vorgeführte Ausbau des familiären Sexualitätsdispositivs zu einer Mikrophysik der Macht verweise vielmehr auf eine lange Geschichte auch des als sexuellen Mißbrauch ansprechbaren Verhaltens gegen Heranwachsende.

In der weiteren Befassung mit dem Entwurf wird exemplarisch sichtbar, welche Entdeckungsreisen diese Wörterbucheinträge darstellen. Da verweist Frigga Haug plötzlich auf eine Stelle bei Antonio Gramsci, an der dieser »beiher« erwähne, daß in den Abruzzen und der Basilicata, wo der religiöse Fanatismus und der Patriarchalismus größer seien und der Einfluß der städtischen Ideen geringer, so daß es in den Jahren 1919-20 laut Serpieri dort kein einziges Mal Bauernunruhen gegeben habe, der Inzest in 30 Prozent der Familien vorkomme (Bd. 9, Heft 22, § 3, 2071). Nicht weniger aufschlußreich die Verweise auf Arbeiten von Ian Hacking, Susan Sontag und Günter Amendt.

Die Voten kamen von Frauen, die vielfältige juristische und beratende Erfahrungen im Umgang mit *Kindesmißbrauch* haben. *Bettina Ehrhardt* (Halle) verwies zunächst darauf, daß *Kindesmißbrauch* kein *juristischer* Begriff sei. Im Strafrecht sei die Rede von »Mißbrauch an Kindern«. Im Widerspruch zu Frigga Haug bezeichnete sie dann den Begriff *Kindesmißbrauch* als einen Begriff *ausschließlich* erwachsener – und nicht auch kindlicher – Sexualität. Nachdrücklich machte sie darauf aufmerksam, daß »juristische Beweisbarkeit« und »Wahrheit« insbesondere bei *Kindesmißbrauch* zwei völlig unterschiedliche Dinge seien. Kinder könnten sehr oft Erlebtes nicht in Sprache übersetzen. Eine noch häufig unterschätzte Gefahr stelle das Internet dar: Wer in die internen Porno-Zirkel hinein wolle, müsse »eigenes Material« mitbringen. Auf Passagen eingehend, in denen Frigga Haug sich positiv auf die befreiende Wirkung der 68er-Bewegung auf den Umgang mit Sexualität bezogen hatte, machte Bettina Ehrhardt geltend, daß die *Kinder* aus dieser Zeit und Bewegung häufig *anders* berichteten. Es sei entschieden in Frage zu stellen, ob es richtig gewesen sei, Kinder als Erwachsene zu behandeln.

Silke Wittich-Neven (Hamburg) schlug vor, noch stärker herauszuarbeiten, wer die Profiteure des *Kindesmißbrauchs* seien. Es habe sich unübersehbar bereits ein ganzer Wirtschaftszweig herausgebildet, der seinen Gewinn mit diesem Mißbrauch mache. Des weiteren müsse der zentralen Rolle des – patriarchalisch gestalteten – Opferdiskurses größere Aufmerksamkeit geschenkt werden: Die Täter machten sich beim *Kindesmißbrauch* grundsätzlich zu Opfern.

Britta Cacioppo (Wien/Österreich) unterstrich die Einbettung des *Kindesmißbrauchs* in die herrschenden Gewaltstrukturen in ihrer Gesamtheit. Der Mißbrauch habe eine erhebliche Signalwirkung: Mädchen wüchsen mit einer Angst auf, wie sie Jungen kaum kennen. Ganz offensichtlich sei die Lösung des Problems nur durch eine radikale Gesellschaftsveränderung möglich. Aber warum kämpften nur so wenige Frauen dafür?

Weitere Voten kamen von *Jutta Kraus* (Offenburg) und *Jutta Meyer-Siebert* (Hannover), und am Ende waren sich wohl alle Teilnehmenden darin einig, eine besonders tief greifende, Individuelles und Gesellschaftliches in ihrer Wechselbeziehung besonders ernsthaft und unmittelbar auslotende Debatte erlebt zu haben.

Die InkriT-Tagung als ein Fest kollektiver wissenschaftlicher Arbeit, respektvollen Streitens und beharrlichen Suchens, gerichtet auf ein Resultat, dem nachdrücklich ein wachsender Käuferkreis zu wünschen ist: auf das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus, dessen Band 7 im Jahre 2006 erscheinen soll. Die politischen Entwicklungen des Sommers 2005 in Deutschland zeigen, daß der Bedarf an marxistischer Analyse der Gesellschaft nicht geringer geworden ist. Das HKWM stellt sich diesem Bedarf mit Texten, die nicht nur wissenschaftlich anspruchsvoll, sondern meist auch durch einen – wie in den Debatten immer wieder gefordert – spannenden und gut lesbaren »Plot« gekennzeichnet sind.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

An einem Septemberwochenende kam uns zum Frühstück das *Neue Deutschland* auf seiner Wissenschaftsseite mit der Überschrift *Nur ein Prozent trennt uns vom Affen*. Nachdem wir uns erholt und, aus der Schreckstarre wieder ins pralle Westkrümelbrötchenleben zurückgekehrt waren und die Kaffeeflecke mit Küchenpapier von der Tischdecke gesaugt hatten, begannen wir über diese Schlagzeile nachzudenken. Das etwas unschöne Ergebnis: Eigentlich hatten wir so etwas schon lange geahnt ...

Doch vermutlich wird dieses Thema die Mehrheit der Leserschaft nicht überinteressiert haben. Schließlich standen eine Woche später jene Wahlen ins Haus, deren Ergebnisse in dieser *Festplatte* nicht bedacht werden können. Aber schon die *Wahlvorbereitungen* waren dergestalt, daß es angemessen erscheint, ihrer noch nach der Wahl zu gedenken.

Da waren die Produzenten des ARD-Langzeitmärchens *Lindenstraße* in einer etwas komfortableren Situation: Die hatten, meldete *dpa*, für ihre 1033. Folge, die am Wahlabend gesendet wurde und auch die Wahlen thematisierte, mehrere Varianten vorproduziert; und da sie am 18. September später als sonst üblich sendeten, konnten sie in aller Ruhe das Ergebnis abwarten und dann die passende Sequenz einbauen.

Derartiger Methoden befeißigen sich natürlich auch die Pressestellen der Parteien: Schon vor Wahlabenden liegen in der Regel unterschiedlich lautende Presseerklärungen bereit – eine für Sieg, eine für Niederlage. Und egal, wie diese Erklärungen im einzelnen aussehen mögen: In der ersteren, der »Siegvariante« sozusagen, steht mit Sicherheit eine Formulierung, die besagt, man habe seine Anliegen »gut herübergebracht«, und in der »Niederlagenvariante« dürfte garantiert stehen, die Anliegen eben »nicht gut herübergebracht« zu haben.

Und egal, welche der Parteien zu welcher Variante genötigt sein wird: Wir können davon ausgehen, daß sie mit größter Verve und Überzeugungskraft vorgetragen werden wird.

Irgendwie erinnert das ein wenig an jene Prominenten-Nachrufe, die jede ordentlich geführte Redaktion im Schubfach hat und auf die sie bei Bedarf zurückgreifen kann. Es ist genierlich, aber nicht zu ändern.

Sehr selten wurde in der Vorwahlzeit über den *NICHTWÄHLER* debattiert. Das dürfte sich erst ändern, wenn er eine ernstzunehmende Größe ist. Die ist schwer festzulegen, jedenfalls gibt es im deutschen Wahlgesetz keine Klausel, in der festgelegt ist, wann eine Wahl mangels Beteiligung ungültig ist. Immerhin waren die organisierten Nichtwähler dem *ND* ein Interview mit einem Vertreter des Vereins »Omnibus für direkte Demokratie« wert. Für Interessenten: Die Internetseite dieser Volksentscheide-Befürworter lautet: www.aktion-wahlstreik.de.

Vermutlich ließe sich über dieses Thema lange debattieren, wobei Parteien, Abgeordnete, Funktionäre u. ä. allerdings als befangen zu gelten hätten. Aber wie wichtig so ein Thema werden könnte, verdeutlichten unlängst die Präsidentenwahlen in Ägypten. Nil-Präsident Mubarak und seine Anhänger sonnten sich in einem geradezu DDR-Volkswahl-ähnlichen Ergebnis von über 88 Prozent für Mubarak. In Nebensätzen tauchte dann in den hiesigen Zeitungen gelegentlich auch die Wahlbeteiligung auf: knapp über 21 Prozent (in Worten: einundzwanzig). Mein, Gott, was für ein überwältigendes Votum für den Präsidenten!

Und alle, alle gratulierten, von unserem Bundesjosef bis zu Präsident Bush – über die Wahlbeteiligung redete niemand. Früher nannte man das »Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten«. Der Spruch ist aus der Trickkiste mit der Aufschrift »Die Ehrlichkeit in der Politik«. In diese Kiste wird nun gerade in Wahlkampfzeiten besonders gerne gegriffen; und gewundert werden kann sich eigentlich nur darüber, daß sich die Politiker darüber wundern, daß ihnen immer häufiger hinter ihre Tricks gekommen wird. Gut, »ägyptische Verhältnisse« sind hier noch lange nicht zu erwarten. Nehmen wir die publizistische Gemengelage »Lafontaine/Gysi – Linkspartei – SPD – Schröder«, wie sie sich vor dem 18. September dargestellt hatte: Gregor Gysi wurde in einer Zeitung zitiert, er habe lange nicht mehr solchen Haß erlebt, wie er jetzt auf Lafontaine gerichtet werde. Gysi weiß, wovon er da spricht. Aber die derzeitige SPD-Spitze offenkundig nicht. Denn es gibt wahrlich Grund, sich noch nachträglich über die Haßtiraden und darüber zu wundern, daß sie – mit Schröder und Müntefering an der Spitze – nicht merkte, wie sich sich damit selbst beschädigte. Denn sie zog über einen Mann her, dem sie einst Standing Ovations organisierte, mit dem sie sich herzte und küßte und samt Ehefrauen fotografieren ließ. Gut, wenn sich die Beteiligten schon »damals« spinnefeind waren, dann haben sie damals geheuchelt. Oder sie tun es heute. Aber vielleicht tun sie es immer. Empfehlenswert zum Verhältnis Lafontaine – Schröder: Björn Engholm im *Tagesspiegel* vom 9. September.

Eine Idee übrigens, »Die Idee«, eine Sache, »Die Sache«, die vieles erlaubt und entschuldigt, ist immer zur Hand. Sie erlaubte zum Beispiel dem Linkspartei-Kandidaten Gysi sogar den schieren Blödsinn, die PDS predige Wein – Wahlkampf = Einheit um jeden Preis. Sogar um den Preis, den eigenen Intellekt standby zu schalten?

Ich hoffe, Sie haben richtig gewählt.

**John Kenneth Galbraith:
Die Ökonomie des unschuldigen
Betrugs. Vom Realitätsverlust
der heutigen Wirtschaft,
Siedler Verlag München 2005,
111 S. (14 €)**

In drei Jahren wird er Hundert: John Kenneth Galbraith, der am 15. Oktober 1908 in Ontario geborene Ökonom und Sozialkritiker, ein Großer seiner Zunft, der zwar nicht wie einige seiner sehr viel unbedeutenderen Kollegen mit dem Nobelpreis geehrt wurde, dafür aber mit Recht bekannter als viele aus dem erlauchten Klüngel ist.

Dass dem hochbetagten Kanadier, der in Princeton und Harvard lehrte und zu den bekanntesten Wirtschaftswissenschaftlern der Welt gehört, der »Preis der schwedischen Reichsbank für Wirtschaftswissenschaften in Gedenken an Alfred Nobel« verwehrt blieb, ehrt den mutigen Streiter wider die Mächtigen mehr, als es ihn zu diskriminieren vermag, erfasst doch die Liste der mit der begehrten Trophäe ausgezeichneten Ökonomen bis auf wenige Ausnahmen nur hartgesottene Apologeten des kapitalistischen Systems, die vorwiegend aus den neoliberalen Denkfabriken US-amerikanischer Provenienz kommen.

Der scharfsinnige und sprachlich brillante Fasthundertjährige passt nicht in diese Schar der Angepassten, warnte er doch schon Ende der fünfziger Jahre vor den Wachstumsfolgen für die Umwelt und beschrieb in zahlreichen Büchern, von denen »Gesellschaft im Überfluss« und »Die moderne Industriegesellschaft« am bekanntesten geworden sind, die Schattenseiten des Kapitalismus, widerlegte dessen Mythen und Lügen. Er prangerte den Widerspruch zwischen dem Überfluss an privaten (häufig überflüssigen) Gütern und dem Mangel an öffentlichen (i. d. R. sehr dringlichen) Leistungen an, befürwortete Lohn- und Preis-Kontrollen, um die Armen zu schützen, forderte hohe Einkommen für Arbeitslose und staatliches Engagement für soziale Sicherheit.

Die Kernthese seines neuesten Buches lautet, dass die von finanziellen und politischen Interessen geprägte »herrschende Meinung« mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun habe. In

11 Kapiteln wird dies an zahlreichen Beispielen belegt.

Die Teile tragen folgende Überschriften: I. Was heißt unschuldiger Betrug? II. Die Umbenennung des Wirtschaftssystems; III. Die Komplizenschaft der Ökonomen; IV. Die Scheinwelt der Arbeit; V. Das Unternehmen als Bürokratie; VI. Die Macht der Konzerne; VII. Der Mythos von den zwei Sektoren; VIII. Die Finanzwelt; IX. Die elegante Flucht vor der Wirklichkeit; X. Das Ende der Unschuld; XII. Außen- und Militärpolitik.

Die Kritik eines Wirtschaftssystems, das »Monopolkapitalismus« heißen müsste, aber verschämt »Marktwirtschaft« genannt wird – ein nichtssagender, falscher und schönfärberischer Name, der den Eindruck erwecken soll, als ginge es lediglich um einen Mechanismus zur Koordinierung von Angebot und Nachfrage, nicht auch und gerade um Macht und Ausgeliefertsein, Diktatur und Unterwerfung –, ist nicht neu, doch erfrischend angriffs lustig.

Galbraith räumt mit Verklärungen und Trugbildern der marktwirtschaftlichen Realität auf: *erstens* mit der absurden Vorstellung, der Markt garantiere die Souveränität des Verbrauchers, wobei in größeren Unternehmen keine Woche vergeht, ohne dass in betriebsinternen Schulungen mit dem Verkaufspersonal bis zum Überdruß wiederholt wird, wie man Kunden gewinnt, behält und zufrieden stellt, ja selbst in der universitären Lehre die Marktmanipulation in wissenschaftlich verbrämter Form einen festen Platz behauptet; *zweitens* mit der Schimäre, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sei identisch mit gesellschaftlichem Fortschritt; *drittens* mit der Schönredung und Verharmlosung einer gnadenlosen Arbeitswelt; *viertens* mit der pauschalen Diffamierung der Schwachen als Schmarotzer und Trittbrettfahrer, während die wohlhabenden Müßiggänger als Leistungsträger gelobt werden; *fünftens* mit dem komfortablen Erscheinungsbild der selbst ernannten Leistungsträger und deren skandalöser Selbstbedienungsmentalität; *sechstens* mit der heuchlerischen Vergötterung des Mittelstandes, der, längst von den Großkonzernen an den Rand gedrängt, keine wirklich tragende Rolle mehr spielt; *siebtens* mit der belustigenden Behauptung, volkswirtschaftliche Entwicklungen bis nach dem Komma ge-

nau voraussagen zu können, und den permanenten Fehlleistungen der Wirtschaftsprognose; *achtens* mit dem fadenscheinigen Gegeneinanderausspielen von staatlichem und privatem Sektor, deren harmonisch-widerspruchsvolles Zusammenwirken nicht nur am militärisch-industriellen Komplex – aber da ganz besonders – studiert werden kann: Während die Eliten der Privatwirtschaft sozialstaatliches Engagement als unzulässigen Eingriff in das freie Unternehmertum und als Sozialismus geißeln, versuchen sie ihre Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen zu verheimlichen; und *neuntens* mit dem tief verwurzelten Irrglauben, die US-Zentralbank (das FED) könne Geldpolitik betreiben und mit dieser bewusst gewollte Wirkungen herbeiführen

Zu Schein und Wirklichkeit auf dem Gebiet der Geldpolitik schreibt Galbraith: »Der Glaube, etwas so Komplexes, Heterogenes und seinem Wesen nach für jeden einzelnen Menschen so Wichtiges wie Geld lasse sich durch gründlich erörterte, aber einfache Entscheidungen beeinflussen, die in einem gefälligen und unauffälligen Gebäude der amerikanischen Hauptstadt unter den ehrfurchtgebietenden Porträts der Amtsvorgänger (gemeint sind die Präsidenten der US-Zentralbank – K. M.) gefällt werden, entspringt nicht nüchternem Realitätssinn, sondern frommem Wunschdenken. So viel inbrünstige Realitätsverleugnung ist schier unglaublich« (S. 89).

Unschuldiger Betrug halt, begangen von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Medien, die unter Wahrnehmungsproblemen und Realitätsverlust litten, die im aufrichtigen Glauben an ihre Unfehlbarkeit und an ihren überragenden Sachverstand falsche Thesen propagierten.

Sicher mag nicht immer raffinierte Täuschungsabsicht, sondern simple Selbsttäuschung die Irreführenden leiten – ein Beweis dafür, dass es nicht auch die bezahlten Klopffechter (Karl Marx) gebe, die Privilegierten, die bewusst lügen, um Vorteile zu sichern, und die sich für Geld schlagen, ist das jedoch nicht. Wo die uneingeschränkte Macht des Konzernmanagements zu Machtmissbrauch führt, wo Selbstbereicherung großen Stils, wo Bilanzfälschungen und andere betrügerische Machenschaften überhandnehmen, ist auch für Galbraith das Ende der Unschuld erreicht. »Eine

Gesellschaft, in deren Unternehmen eine Mentalität des Absahnsens und Betrugens grassiert, ist moralisch und ökonomisch dem Niedergang geweiht« (S.96). Das Buch endet mit einem Satz, den der Autor seinem Präsidenten in dessen Stammbuch geschrieben haben könnte: »Der Krieg ist und bleibt das schlimmste Versagen der Menschheit« (S. 111).

KLAUS MÜLLER

Heribert Prantl: Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, Droemer Knaur München 2005, 208 S. (12,90 €)

Die Auseinandersetzungen mit den ökonomischen Transformationsprozessen im Kontext des Postfordismus und ihre Konsequenzen im Bereich der Sozialpolitik werden seit einigen Jahren breit geführt. Dabei handelt es sich nicht allein um theoretische Debatten, sondern es hat, wie die Diskussionen um Präkarisierung und Aneignung zeigen, dieses Thema gerade auch innerhalb der politischen Linken eine politisch-praktische Bedeutung.

Nun hat sich auch Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der »Süddeutschen Zeitung«, mit einem eigenen Text in die Diskussion um den Um- bzw. Abbau des Sozialstaats eingeklinkt. Prantl schreibt ein leidenschaftliches Plädoyer für den Sozialstaat und wendet sich entschieden gegen eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Für den Autor ist der Sozialstaat weit mehr als nur eine Befriedung des Klassenantagonismus (»das Feldlazarett hinter den Fronten des Industriezeitalters«) oder eine gesellschaftliche Verpflichtung gegenüber den Armen. Prantl sieht die Sozialpolitik als »Basispolitik der Demokratie« (S. 31). Er knüpft also ein Gesellschaftsverständnis an die Existenz einer sozialen Grundsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger – ein Modell, das auf Chancengleichheit und Partizipation beruht – und schlussfolgert daher: »Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen« (S. 32).

Historisch verortet Prantl die Sozialpolitik, speziell die soziale Marktwirtschaft, in den »großen historischen Kampf der Giganten, also den Kampf zwischen Kapital und Arbeit« (S. 17). Mit dem Ende des klassischen Industriezeitalters und dem Sieg des Kapitals sei diese Konfrontation jedoch beendet, Zugeständnisse und Rücksichtnahme seien heutzutage für die Gewinnmaximierung nicht mehr notwendig. Im Gegenteil, die Gesellschaft, so Prantl, werde zu einem Anhängsel des Marktes. Am Beispiel der Steuersenkungsdiskussion verdeutlicht der Autor dann sehr anschaulich und faktenreich, wie Betriebe und Vermögen entlastet wurden und somit eine Situation der Unbezahlbarkeit der Sozialausgaben geschaffen worden ist. So sei beispielsweise die Unternehmenssteuer seit Anfang der 1980er Jahre sukzessiv gesenkt worden und habe im Jahre 2001, nach drei Jahren rot-grüner Regierung, nur noch einen Anteil von 1,8 Prozent am Gesamtsteueraufkommen ausgemacht. Parallel hierzu konstatiert Prantl eine zunehmende Armut, die jedoch nicht mehr milieubildend wie im 19. Jahrhundert aufträte und daher die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit verloren habe. Dies gehe einher mit einer strukturellen Benachteiligung von Familien. Fazit: »Kinderlosigkeit ist epidemisch« (S. 67). Die Familie werde zu einem Auffangnetz für das soziale Sicherungssystem in Zeiten leerer Haushaltskassen.

Prantls Kritik am Neoliberalismus richtet sich also speziell gegen eine kurzfristige Profitfixierung, durch die langfristig das Fundament der Gesellschaft zerstört werde: »Wenn Ungleichheit ein bestimmtes Maß übersteigt, geht sie über in Unfreiheit« (S. 135). Prantl spricht daher von einer »neuen Exklusionsgesellschaft« (S. 154), die mit der Verschlechterung des Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerrechts den Weg der Entsolidarisierung eingeübt habe und dieses nun auch auf weitere Bevölkerungsschichten ausweite. Dabei würden nicht allein bestimmte Personen schlechter gestellt. Prantl zeigt auf, wie sich die Gesellschaft in diesem Prozess fundamental transformiert: Die Reproduktionsmedizin und die pränatale Diagnostik wiesen den Weg, wie Leben zukünftig »sortiert, kontrolliert und entsorgt« (S. 170) werden könne. Hier wäre es wünschenswert gewesen, dass Prantl sich intensiver mit den weiterführenden Folgen der sozialen Exklusion be-

schäftigt und in diesem Kontext stärker auf den Aspekt einer zunehmenden Autoritarisierung der Gesellschaft eingeht – nicht zuletzt auch bei Debatten um die so genannte Sterbehilfe.

Prantl entwickelt seine Argumentation in einem essayistischen Stil. Dabei gibt er viele Beispiele, verliert sich aber auch stellenweise ins Anekdotische. Der Autor hat eine Kritik des Neoliberalismus im Sinne einer liberalen Öffentlichkeit formuliert. Gerade dies verleiht dem Buch seine Bedeutung, hat diese Öffentlichkeit doch seit Beginn der 1990er Jahre zunehmend an gesellschaftlichem Interventionspotenzial eingebüßt. Generell ist aber zu bemängeln, dass Prantl zwar ein engagiertes Plädoyer schreibt, doch bleiben gesellschaftliche Akteure, die diese Vorstellungen auch aufgreifen und durchsetzen könnten, eher im Dunkeln. Es bleibt unklar, auf welche neue gesellschaftspolitische Strategie sich eine Perspektive des sozialen Ausgleichs im Kontext einer auf Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaft nach dem Ende der bipolaren Weltordnung beziehen könnte. Damit bleibt Prantls Buch eine Fürsprache für den Sozialstaat, für den rheinischen Kapitalismus, der auf den Ausgleich von Kapital und Arbeit bedacht ist. Konkrete gesellschaftspolitische Perspektiven zeigt er jedoch nicht auf.

JAN SURMANN

Klaus Steinitz: Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, VSA-Verlag Hamburg 2005, 174 S. (14,80 €)

Im medialen Übergewicht neoliberaler Sachzwangapostel verdienen Stimmen besondere Aufmerksamkeit, die sich dem Mythos der Alternativlosigkeit verweigern. Klaus Steinitz – seit Jahrzehnten mit ökonomischer Theorie und Praxis befaßt – meldet sich mit »Chancen für eine alternative Entwicklung« zu Wort. Die Aufgabe linker Wirtschaftspolitik heute sieht er so: Sie darf »nicht nur auf die Verteidigung bisheriger Errungenschaften fixiert sein«, sondern muß die im 21. Jahrhundert veränderten welt- und volkswirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigen, die Menschen

über ökonomische Sachverhalte aufklären und alternative Entwicklungspfade konzipieren. Die sollen sich an folgenden Prinzipien orientieren: Soziale Gerechtigkeit, emanzipatorischer Anspruch, vorrangige Berücksichtigung der Interessen abhängig Beschäftigter und sozial Schwacher, demokratische Mitbestimmung, Zukunftsfähigkeit und internationale Solidarität (S. 98).

Klaus Steinitz wendet sich mit seiner Monographie einem Feld zu, das in den Politikangeboten der Linken bisher nicht seiner Bedeutung entsprechend vertreten war und auch immer noch Kontroversen hervorruft. Er knüpft dabei an Diskussionen an, die – von ihm maßgeblich mit getragen – in der Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik« geführt werden. Für ihn steht – da ist ihm zuzustimmen – gegenwärtig die Ausarbeitung eines alternativen wirtschaftspolitischen *Gesamtkonzepts* nicht im Vordergrund. Zunächst gelte es, »noch beträchtliche Defizite bei der Ausarbeitung praxistauglicher Alternativkonzepte, die auf der Höhe der gegenwärtigen Herausforderungen stehen«, zu überwinden (S. 29). Er wirbt dafür, deren Inhalt nach kürzeren sowie längerfristigen Zeiträumen und »für eine lange, nicht konkret bestimmbare Zeit« (S. 11) zu differenzieren, wirtschaftspolitische Projekte stets in wechselseitiger Verflechtung mit anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu konzipieren und ihrer soliden Finanzierbarkeit größere Beachtung zu schenken.

Im Buch dominieren Alternativen *im* Kapitalismus wie Arbeitszeitverkürzung, öffentlich geförderte Beschäftigung, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, Energiewende, Kurswechsel in Ostdeutschland. Manche Felder und Schwerpunkte alternativer Politik werden leider nur angerissen. Gern hätte man Ausführlicheres dazu gelesen, wie der Autor sich eine »Regulierung der Wirtschaft«, eine »neue Verbindung von Markt und gesellschaftlicher Steuerung« oder die »Verringerung regionaler Disparitäten« vorstellt.

Alternativen *zum* Kapitalismus betreffend schreibt der Autor m. E. zu Recht: »Die Vorstellungen dürfen nicht den Charakter eines weitgehend fertigen Modells des Sozialismus und seiner Funktionsweise annehmen« (S. 128/129). Aber »je besser es durch Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gelingt,

schon heute Veränderungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, Demokratisierung der Wirtschaft und Selbstbestimmung sowie Zukunftsfähigkeit durchzusetzen, desto günstiger sind auch die Chancen, langfristig weitere, größere Schritte in Richtung einer Alternative zum Kapitalismus gehen zu können« (S. 126). Diese theoretisch richtige Aussage hätte durch ein paar praktische Beispiele untersetzt an Anschaulichkeit gewonnen. Das hätte unter anderem durch einen Hinweis darauf geschehen können, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik nicht nur mit seinen Artikeln 14 und 15 (»Eigentum verpflichtet« und Vergesellschaftungsoption) für linke Wirtschaftspolitik durchaus einen originären Rahmen bietet, den es unter den aktuellen Umständen weit offensiver zu nutzen gilt.

Im Abschnitt »Theoretische Grundlagen« geht Steinitz der Frage nach, ob alternativen wirtschaftspolitischen Vorstellungen bestimmte Theorien zugrunde liegen oder ob sie nur aus praktischen Erfolgen und Erfordernissen abgeleitet sind. Seine Antwort: »Alternative Wirtschaftspolitik läßt sich nicht aus einem umfassenden Theoriensystem – etwa der Neoklassik vergleichbar – begründen, indem aus der abstrakten Konstruktion idealtypischer Wirtschaftszusammenhänge universell gültige wirtschaftspolitische Reformen abgeleitet werden. Alternative Wirtschaftspolitik ist in ihren theoretischen Grundlagen und Quellen pluralistisch« (S. 92). Die marxistische politische Ökonomie und der Linkskeynesianismus spielen jedoch im Vergleich zu anderen Theorien eine überragende Rolle.

Eine übersichtliche Zusammenfassung findet sich im Buch zu grundlegenden Unterschieden zwischen alternativer und neoliberaler Wirtschaftspolitik. Der Kern liegt dabei im unterschiedlichen Herangehen an das Spannungsverhältnis zwischen einzelwirtschaftlichen Interessen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen.

Vorliegendes Buch regt gerade angesichts des sich formierenden Linksbündnisses zum weiteren Nachdenken darüber an, inwieweit sich »links«, »alternativ« und »sozialistisch« als Synonyme für die Kennzeichnung einer Wirtschaftspolitik jenseits vom neoliberalen Mainstream eignen.

Dieter Wolf, Heinz Paragenings:
Zur Konfusion des Wertbegriffs.
Beiträge zur »Kapital«-Diskussion,
Argument Verlag Berlin 2004,
240 S. (13,90 €)

Der in der Reihe *Wissenschaftliche Mitteilungen* des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition e. V. erschienene Band 3 enthält zwei Arbeiten zur Marxschen Werttheorie. Geschrieben in der Absicht, andere theoretische Auslegungen des Marxschen Wertbegriffs zurückzuweisen und eigene Interpretationen vorzustellen, reiht sich das Buch ein in eine Folge von Publikationen zur aktuellen Diskussion der Marxschen Theorie. Es will insbesondere nach der 2003 erfolgten Edition der Manuskripte und redaktionellen Texte von Marx und Engels zum dritten Buch des *Kapitals* von 1871 bis 1895 im MEGA-Band II/14 der Diskussion neues Material liefern und damit neue Impulse verleihen. Beide Texte sind jedoch nicht für ein größeres Publikum bestimmt, sondern für einen eng begrenzten Kreis von Marx- und Werttheorie-Spezialisten. Als Mindestvoraussetzung für die Lektüre dürfte die Kenntnis der ökonomischen Theorie von Marx, insbesondere der *Grundrisse* und des *Kapital*, anzusehen sein, ferner die Kenntnis der Hauptwerke Hegels und der hier kritisierten Schriften von Helmut Reichelt, Hans-Georg Backhaus, Michael Heinrich u. a. Als unverzichtbar erweist sich zudem ein Blick in die Vorarbeiten der Autoren, insbesondere in das häufig zitierte Buch von Dieter Wolf *Der dialektische Widerspruch im Kapital* (2002). Ohne diese Voraussetzungen sind die Aufsätze nur schwer lesbar. Richtig verstehen lassen sie sich aber selbst dann nicht immer, denn die exegetische Marx-Forschung ist inzwischen, ebenso wie die Kant-, Nietzsche-, Weber- etc. Forschung, zu einem Labyrinth verschiedener Ansätze, Zugänge, Interpretationen, aber auch verbotener Wege und Tabus geworden, worin sich der uneingeweihte Leser zwangsläufig verirren muß und sein Ziel, den angestrebten Erkenntnisgewinn, nur schwer erreichen kann.

Die Schwierigkeit, Marx und seine Interpreten »richtig« zu verstehen, ist nicht neu. Die

Autoren weisen im Editorial darauf hin, daß selbst Marx schon damit zu kämpfen hatte. Um die Wertdebatte seiner Zeit zu charakterisieren, bediente er sich wiederholt des Terminus »Konfusion«. Die Gründe dafür sind theoretischer Natur (objektive und subjektive Wertlehre, Unterschied zwischen Maß und Maßstab usw.), in bestimmtem Umfang aber auch sprachlich bedingt. Die komplizierte Hegelsche Sprache, welcher sich Marx bedient, läßt sich nun mal im Englischen oder im Russischen nicht adäquat wiedergeben, so daß es hier unvermeidlich zu Irrtümern und Mißverständnissen kommt. Dies gilt heute natürlich erst recht, wo Englisch zur Wissenschaftssprache geworden ist und das Denken von der Computerlogik beherrscht wird. Marx hat es unter diesen Bedingungen schwer, »richtig« verstanden zu werden. Seine Interpreten und Verteidiger aber nicht minder. Und die Leser sind angesichts der theoretischen und sprachlichen »Konfusion« nicht selten überfordert. Dies kann man bedauern – oder auch nicht. Denn in dieser Schwierigkeit steckt auch die Chance, Marx zu entvulgarisieren und ihn, nach seiner Vereinnahmung durch den Marxismus-Leninismus und andere »linke« Ideologien, endlich der Theoriegeschichte unverfälscht zurückzugeben. Der Preis dafür ist freilich der Verzicht auf seine Popularität. Aber wieso müssen eigentlich mehr Menschen Marx lesen als Hegel, Ricardo, Adorno oder Keynes? Die Theorie sollte den Theoretikern vorbehalten bleiben und die Marx-Forschung den Marx-Forschern. Mit der vorliegenden Schrift wird dies exemplifiziert. Trotzdem hätte man sich am Anfang oder am Ende des Buches eine Erläuterung darüber gewünscht, welche Bedeutung die Kontroverse um den Wertbegriff heute noch hat beziehungsweise, welche Schlussfolgerungen sich aus ihr für die Theorie und die Wirtschaftspraxis der Gegenwart ableiten lassen. Allein die Verteidigung der »reinen Lehre« gegenüber Fehlinterpretationen, unzulässigen Vereinfachungen und Verfälschungen kann es doch wohl nicht sein, was so umfangreiche Arbeiten wie die hier vorgelegten rechtfertigt. Die »richtige« Interpretation einer Theorie schließt neben ihrer wissenschaftlich exakten Deutung immer auch ihre *zeitgemäße* Auslegung mit ein, ihre Begründung im aktuellen Kontext. Dieser Aspekt

kommt in den vorliegenden Aufsätzen zu kurz und nimmt der theoretischen Kontroverse ein wenig von ihrer Aktualität. Dies gilt besonders für den Aufsatz von Heinz Paragenings, aber auch für den ersten Teil des Textes von Dieter Wolf. Der Umfang dieser Arbeit hätte einen derartigen Abschnitt gerechtfertigt.

ULRICH BUSCH

Hermann Weber, Ulrich Mähler, Bernhard H. Bayerlein, Horst Dähn, Bernd Faulenbach, Jan Foitzik, Ehrhart Neubert, Manfred Wilke (Hrsg.): *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, Bd. 2004, Aufbau-Verlag Berlin 2004, 462 S. (75 €) (enthält den Internationalen Newsletter der Kommunismusforschung, Nr. 17)

Mit dem vorliegenden Band 2004 eröffnet das »Jahrbuch für historische Kommunismusforschung« sein zweites Jahrzehnt, da im Zeitraum von 1993 bis 2003 wegen eines Verlagwechsels im Jahre 2001 nur zehn Bände erschienen waren. Ein neuer Akzent ist allerdings durch die jetzt erfolgte Änderung in der tragenden Institution gesetzt. Früher war das der Arbeitsbereich DDR-Geschichte an der Universität Mannheim, jetzt ist es die »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Das äußert sich aber nur in einer gewissen Veränderung des Herausgeberkreises, doch für die Kontinuität in der Ausrichtung steht vor allem Hermann Weber mit seinen Standardwerken zur KPD in der Weimarer Republik und zur DDR-Geschichte. Er hat, wie immer man im Einzelnen seine Bewertungen diskutiert, zweifellos eine ganze Generation von Forschern, und sei es durch Widerspruch, ange-regt. Im Jahre 1992 war er der maßgebliche Initiator einer Konferenz an der Universität Mannheim, die sich, frisch unter dem Eindruck der Archivöffnung, dem Thema »Kommunisten verfolgen Kommunisten« widmete. An diese in einem gleichnamigen Tagungs-

band dokumentierte Konferenz knüpfte das ein Jahr später zum ersten Mal erschienene Jahrbuch an.

Unter einem Dach sollte nun sowohl die Erforschung der *staatlichen Herrschaftsform* wie der *sozialen Bewegung* einen gemeinsamen wissenschaftlichen Ausdruck finden. Und dies auch ohne eine geographische Eingrenzung, entsprechend dem internationalen Anspruch. Der Aufbau der Bände folgt dabei einer über die Jahre bewährten Struktur. Sie spannt sich von Abhandlungen, längeren Aufsätzen – manchmal auch durch kleinere Artikel, Miszellen, ergänzt – über Dokumentationen, Diskussionsbeiträge im »Forum«, biographische Skizzen und Zeitzeugenberichte bis zu Forschungsberichten und Sammelrezensionen. Zudem hat das Jahrbuch seit dem Doppelband 2000/2001 die sinnvolle Ergänzung durch die Einbindung des »Internationalen Newsletter der Kommunismusforschung« erfahren, der, zunächst aufgrund einer privaten Initiative unregelmäßig separat erschienen, über Forschungsprojekte, Tagungen, Archive, Veröffentlichungen usw. informiert.

Die »Selbst-Kannibalisierung« des Kommunismus unter Stalin – gleichsam sein Spezifikum und ihn von anderen politischen Bewegungen der Neuzeit abhebend – bildete denn auch den großen Schwerpunkt in den ersten Bänden. Das blutige Ausmaß freilich verweist darauf, dass dies nur als Ergebnis staatlicher Gewalt möglich war. Dem sowjetischen Staatsapparat war die internationale Partei untergeordnet. Doch Beiträge zur unmittelbaren Nachkriegszeit und dann zu den späteren Jahrzehnten nach der Epoche Stalins schlossen bald an, was sicher nicht nur ein Ausdruck der Weiterentwicklung des Forschungsinteresses war, sondern auch der Zugänglichmachung und der Erschließung von Archivmaterialien folgte.

Auch der nun vorliegende Band reflektiert die angedeutete thematische Breite. Ohne auf alle Beiträge einzeln eingehen zu können, sei zum einen der Schwerpunkt zur Kommunistischen Internationale angeführt. Neben interessanten Beiträgen zur Drehscheibe Wien in den zwanziger Jahren – hier bieten offensichtlich auch die österreichischen Archive bisher noch kaum bekannte Schätze – und zur revolutio-

nären Bewegung Persiens ist es vor allem ein Beitrag von Bernhard Bayerlein, in dem auf der Grundlage des Komintern-Archivs eine Strukturierung des Organisationsgeflechts der Internationale mit ihren zahlreichen Leitungsgremien und Nebenorganisationen versucht wird. Die detaillierte Übersicht mit zahlreichen in verschiedenen Gruppen und Untergruppen gegliederten Tabellen lässt einen aber auch etwas ratlos zurück. Denn man fragt sich, wie sich darin auch die *Entwicklung* der Internationale ausdrückt. Zudem tauchen auch eine Reihe von Organisationsgliederungen aus der Nach-Komintern-Zeit (z. B. erst viel später gegründete Parteien) auf, so dass man vermuten muss, dass hier Strukturen aus der Komintern-Zeit mit nachträglich aus der Zeit der Archiverschließung entstandenen Ordnungskriterien verbunden werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet Stalins Herrschaft: durch einen Beitrag seines französischen Biographen Jean-Jacques Marie und durch Betrachtungen zu Einzelaspekten des Massenterrors der dreißiger Jahre. Während weitere Beiträge sich mit der späteren Entwicklung der UdSSR beschäftigen (Sturz Chruschtschows) bzw. mit Veröffentlichungen von und über Lenin sowohl die Frühzeit wie auch das postsowjetische Geschichtsbild im Auge haben, behandeln die meisten Artikel erwartungsgemäß den deutschen Kommunismus, etwa in der Geschichte der KPD vor 1933 (im Zusammenhang mit der »Sozialfaschismus-Theorie«), im Widerstand (anhand der Infiltration durch die Gestapo) und nach 1945. Dazu kommen Aufsätze über die staatliche Herrschaft in der SBZ/DDR mit einem besonderen Blick auf die Rolle der SED. Weitere Beiträge und Rezensionen runden den Band ab, der natürlich auch eine weitere Ausgabe des Newsletters enthält.

All das ist im Allgemeinen äußerst materialreich und gibt zahlreiche Anregungen auch jenseits einzelner Kritikpunkte, die man an manchen Bewertungen und Deutungen haben kann. Allerdings sei auch unterstrichen, dass die Autoren (Autorinnen sind in verschwindender Zahl vertreten) eine große Bandbreite an unterschiedlichen Interpretationen und Einschätzungen vertreten, die nun ganz und gar nicht auf einen Nenner gebracht werden können und – nach den Intentionen der Herausge-

ber, die mit einer entsprechenden Rubrik ausdrücklich zur Diskussion ermuntern – ja auch nicht sollen.

Dass das Jahrbuch jetzt von einer Institution an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft getragen wird, hat ihm keinen neuen »Auftrag« verliehen. Es bleibt weiterhin an dem Kriterium zu messen, inwieweit der Inhalt wissenschaftliche Fragestellungen und Forschungen weiterbringt. Was man sich allerdings wünschen würde, wäre eine breitere »Internationalisierung« in Thematik wie Autorenkreis, was vielleicht auch zu einer stärkeren Berücksichtigung vergleichender Perspektiven führen könnte.

REINER TOSSTORFF

Christiane Brenner, Peter Heumos (Hrsg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung.*

Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum Bd. 27), R. Oldenbourg Verlag München 2005, 558 S. (59,80 €), (I);

Arnd Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 76), R. Oldenbourg Verlag München 2005, 143 S. (19,80 €), (II)

Ein Stoßseufzer entfährt *Martin Krämer* in dem lesenswerten und anregenden Band zur sozialgeschichtlichen Kommunismusforschung: »Klassenkämpfe und ihre Austragung vermitteln als Produkt unserer derzeitigen Vorstellungskraft im real existierenden Neoliberalismus ein solches Maß an Unausgewogenheit, daß wir in der Regel den Begriff selber vermeiden, denn Klassenkampf unter den derzeit herrschenden Verhältnissen findet wahrnehmbar und täglich verlässlich nur von oben statt.

Die andere Seite der Medaille erscheint bisweilen überhaupt nicht mehr real denkbar, in bürgerlich konfektionierten Vorstellungen z. B. lediglich als eine monströse Art von blindem Aktionismus oder wahlweise als ein Marionettentheater mittlerweile längst gewendeter Strippenzieher« (I/S. 180 f.). An diesem Mangel leiden naturgemäß auch die meisten Beiträge dieses Bandes wie insgesamt der heutigen Zeitgeschichtsschreibung. Zu begreifen, daß ab 1917 bzw. 1944/49 in weiten Teilen dieser Welt versucht wurde, eine sozialistische Gesellschaftsutopie zu praktizieren, den Kapitalismus mit seiner Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, der sich durch Krisen, imperialistischen Krieg und Faschismus noch zusätzlich delegitimierte, das liegt außerhalb des Erfahrungshorizonts heutiger Intellektueller. Immerhin hat die einmalig umfassende und zunehmend tiefere Beschäftigung mit den archivalischen und oralen Erinnerungsbergen des untergegangenen Sozialismus dazu geführt, daß die euphorisch eindeutig-verdammende Politikgeschichte zunehmend auf Probleme stößt. Ein als diktatorisch und totalitär verschrieenes Regime, das angesichts des Siegeszuges des neoliberalen Kapitalismus trotzdem positive Erinnerungen, gar nostalgisch-ostalgie Gefühle und Einstellungen auslöst, muß irgend etwas gehabt haben, das tragender war. Ob allerdings soziologische Sperenzchen wie die These, daß »Staatssozialismus (...) holistischer Sozialkonstruktivismus in eudämonistischer Absicht« sei und »der ›große Umbau‹ (...) nicht nur intellektuelles Konstrukt, sondern auch emotionaler Attraktor, angereichert mit utopisch-visionären Elementen« (I/S. 17), wie *Christoph Boyer* das anbietet, über einen kleinen Kreis von Akademikern hinaus Wirkung zu erzielen vermögen, darf bezweifelt werden. Solche »Erklärungen« gehen zu deutlich an den Widersprüchen, sozialen Kämpfen und sozialen Nöten der Menschen und einer seit Jahrzehnten gegen den Kapitalismus gerichteten Arbeiterbewegung vorbei.

Im Tagungsband des *Collegium Carolinum* sind Beiträge vereint, die sich sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und der DDR im Zeitraum von 1948 bis 1968 widmen. Der Versuch eines komparatistischen Ansatzes ist gelungen. So verweisen die Herausgeber z. B. auf den Um-

stand, daß die bereits in der DDR-Forschung nachgewiesene Situation, wonach »der Industriebetrieb gerade *kein* Ort totalitärer Kontrolle und rigider Anweisungsunterworfenheit war« (Hervorhebung S. B.) auch auf andere Ostblockstaaten auszudehnen ist. Da hilft gar die Übernahme von Analyseinstrumenten marktwirtschaftlich verfaßter westlicher Industriegesellschaften auf die industriellen Beziehungen zwischen »Arbeit« und »Kapital«. Und siehe, so Friedericke Sattler: die »zentralen Planwirtschaften« erscheinen nun auch nur als »zwar verstaatlichte, ansonsten aber mit ganz konventionellen bürokratischen Mitteln gelenkte Volkswirtschaften« (I/S. 36). Allerdings: Die etwas andere Situation einer obschon »nur« verstaatlichten, aber doch der privatkapitalistischen Kontrolle entzogenen Wirtschaft und damit Gesellschaft wird meist unterschätzt. Gleichzeitig scheinen indes schlaglichtartig jene der staatssozialistischen Bürokratie oft genug unbequemen basisdemokratischen Aktivitäten in den Betrieben auf, die den Sozialismus als Anspruch eben weit ernster nahmen, als das bei den für sie stellvertretend die Macht ausübenden Funktionären der Fall war.

Die Untersuchungen von 21 Autoren aus den untersuchten Ländern sind in vier Abschnitte gruppiert: zu den Herrschaftsstrukturen und Konflikten in den Industriebetrieben (*Friedericke Sattler, Małgorzata Mazurek, Mark Pitawaty, Peter Heumos, Martin Krämer*); zur betrieblichen Kulturarbeit (*Helke Stadtland, Jiří Knapik, Jiří Pokorný, Annette Schumann*); zu Repression und sozialen Klassen als Elementen einer Sozialgeschichte der politischen Macht (*Dieter Segert, Karel Jech, Marketa Spiritiova, Jiří Pernes, Mečislav Borák, Dušan Janák*); zu städtischen und industriellen »Aufbaumilieus«, dargestellt am Beispiel sozialistischer »Musterstädte« wie Stalinstadt, Ždár nad Sázavou, Sztálinváros und Nowa Huta (*Michaela Marek, Petr Lozoviuk, Sándor Horváth, Katherine Lebow*).

Hier sei auf zwei bemerkenswerte Phänomene hingewiesen, die sowohl für das Verständnis der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft als auch für die Möglichkeiten, Grenzen und Optionen einer sozialismusorientierten Alternative Konsequenzen haben.

Erstens: Studien zeigen, daß Arbeiter die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung als

Chance sahen, einen neuen Umgang mit der Arbeit zu pflegen. Während die Partei- und Wirtschaftsfunktionäre auf eine höhere Effizienz der Produktion, schärfere Normen und bessere Planerfüllung drängten, dabei auch bessere Leistungen stimulieren wollten, sorgten sich die Arbeiter um einen langsameren, weniger zu ihren Lasten gehenden Arbeitsprozeß. Gegen den Leistungsdruck wie gegen die Durchsetzung des Leistungsprinzips favorisierten sie egalitäre Lösungen. Sei es, daß, wenn möglich, Zeitlohn statt Akkordlohn gewünscht wurde, sei es, daß man Prämien reihum vergab oder sei es, daß sie sich massenhaft zu Stoßarbeitern erklärten, um in den Genuß von Vergünstigungen zu kommen. Das »Recht auf Faulheit« wurde als offensichtliche Errungenschaft gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung angesehen. Im Zweifelsfall betrieb man ein »Spiel mit dem System«, wie Mazurek feststellt, um »die eigene Lebenssituation durch die inoffizielle Nutzung der mit dem Arbeitsplatz verbundenen Möglichkeiten und Privilegien zu verbessern« (I/S. 81). Die für die Wirtschaft und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung Verantwortlichen kamen in die Not, Leistungen und Leistungssteigerungen abzuverlangen und sich aus Sicht der Arbeiter tatsächlich wieder in »die da oben« zu verwandeln, die irgendwie doch ein unliebsamer Partner, gar Feind sein konnten – wie dies die Auseinandersetzungen 1953 in der DDR und kurz zuvor in der ČSR oder auch der polnische Krisenzyklus immer wieder bestätigten.

Das *Zweite* dieser Phänomene sind die basisdemokratischen Strukturen, vornehmlich der Arbeiter- bzw. Betriebsräte, die gewerkschaftliche Traditionen aufgriffen, aber auch Erfahrungen etwa der tschechoslowakischen Kommunisten aus der Ersten Republik. Die waren eher auf den »Sozialismus der kleinen Leute« und auch hier wieder eher auf eine »rigide praktizierte egalitäre Lohn- und Sozialpolitik« gerichtet. Das stieß aber z. B. in der Nachkriegs-ČSR auf den Widerstand von Kommunisten wie Sozialdemokraten und Gewerkschaften, aber auch von bürgerlichen Parteien (I/S. 139). Am polnischen Beispiel wird allerdings auch deutlich, daß nicht nur das Machtkalkül der Kommunisten begrenzend für basisdemokratische Selbstverwaltung war.

Es griffen auch technokratische Vorbehalte gegen die Arbeiterräte, denen die notwendige Kompetenz abgesprochen wurde, womit man auch »weiterhin auf eine autoritäre und hierarchische Gliederung« abstellte (I/S. 93). Nicht zuletzt zeigen auch das alltägliche Verhalten von Betrieben und ihren Strukturen beim »Herunterdeklinieren« von Beschlüssen höherer Partei- und Gewerkschaftsorgane« (I/S. 147) sowie das Streben nach »weichen Plänen«, daß alle Vorstellungen von totalitären Strukturen fragwürdig sind. Zu oft dominierte an der Basis ein durchaus systemkonformes Verteidigen der eigenen Interessenlage.

Heumos' Befund scheint nur zu berechtigt und ist für dialektisch wie materialistisch geschulte Analytiker auch gar nicht so überraschend, nur für die Ideologen in dem jeweiligen System – einst wie heute: »Zustimmung zum ›System‹ konnte mit ›abweichenden‹ Handlungen einhergehen wie umgekehrt Distanz und die Verfolgung ›bloß‹ eigener Interessen mit Wohlverhalten. Verhaltensformen ohne Zwischentöne, und nicht anderes läßt die Gemengelage im wirklichen Leben vermuten, findet sich nur hier und da« (I/S. 133).

Diese differenzierte Sicht findet sich in *Bauerkämpfers* enzyklopädisch angelegter (kurz gefaßter) Sozialgeschichte leider so nicht wieder. Als Teil der »Enzyklopädie deutscher Geschichte« bietet er allerdings einen knappen, gründlichen, bei den Verweisen auf Forschungsfragen und Forschungssträngen instruktiven Blick auf die vorherrschende Forschungslandschaft vornehmlich der »ersten« Wissenschaftskultur. Für ihn ist die DDR janusköpfig, vielleicht richtiger ambivalent zwischen den oberflächlich gewünschten Positionen und den sich praktisch vollziehenden Entwicklungen: Homogenisierung contra neue soziale Unterschiede und autonome Bereiche; West-Abschottung contra Westorientierung von Bevölkerung wie Führung; formale Strukturen contra informelle Netzwerke usw. Im Überblick werden die Herausbildung des Staatssozialismus, seine Sozialpolitik, die Rolle von Arbeit, Betrieb und Gewerkschaften ebenso abgehandelt wie Freizeit, Alltagskultur und Konsum sowie die sozialen Schichten. Das Aufzeigen von Forschungsrichtungen und eine recht umfangliche, obschon selektive Bibliographie runden dieses Einführungswerk

ab. Nicht nur ihm fehlt aber das Begreifen, was der sozialistische Versuch sein wollte: eben etwas ganz anderes als die bisherige und nunmehrige kapitalistische Gesellschaft. Wenn z. B. angesichts der Dominanz der Machtelite und ihrer Ziele berechtigt das Fehlen von »Eigenlogiken« der »sozialen Subsysteme« beklagt wird, dann schlägt bei Bauerkämpfer die Kritik am diktatorisch praktizierten Sozialismus sofort in dessen komplette Negation um. Denn wenn er beklagt, daß »im Gegensatz zu marktbedingten Erwerbsklassen (...) die gesellschaftlichen Schichten in der ostdeutschen Zentralplanwirtschaft auf die beträchtlichen staatlichen Transferleistungen angewiesen« seien, übersieht er, daß jede sozialistische Gesellschaft ja eben privatkapitalistische Verhältnisse und Verteilungsmechanismen überwinden muß. (II/S. 53) Ein ähnliches Unverständnis zeigt sich hinsichtlich des nach 1945 vollzogenen Elitenwechsels und der Schaffung einer neuen Dienstklasse und Intelligenz. Genau dieser Elitenwechsel wurde, so irgend möglich, in der nunmehrigen Ex-DDR sofort zurückgenommen, als 1990 die Verhältnisse wieder umschlugen. Trotz dieser erkenntnistheoretischen, allerdings zutiefst ideologisch bedingten Einschränkungen ist Bauerkämpfers Werk ein ebenso lesenswertes Buch wie das hier zuerst besprochene, indem es auch in diesen Fehlstellen den heutigen Stand von Forschungen zur DDR-Sozialgeschichte repräsentiert.

STEFAN BOLLINGER

Sören Niemann-Findeisen:
Weeding the Garden. Die Eugenik-Rezeption der frühen Fabian Society. Westfälisches Dampfboot
 Münster 2004, 303 S. (22,95 €)

Die 1883 gegründete Fabian Society war die intellektuelle Keimzelle der britischen Sozialdemokratie und fungiert bis heute als deren *think tank*. Zu ihren frühen Mitgliedern rechneten sowohl prominente Sozialpolitiker wie das Ehepaar Beatrice und Sidney Webb als auch Literaten wie H. G. Wells oder George Bernhard Shaw. Entstanden in einer Zeit wirt-

schaftlicher und politischer Krisen, entwarfen führende Mitglieder der Fabian Society sozialpolitische Reformprogramme, die gedanklich oft an jene literarischen Dystopien geknüpft waren, die Wells oder Shaw als Literaten berühmt gemacht hatten, wie *Time Machine* oder *Man and Superman*. Der fabische Reformansatz griff dabei auf die Wissenschaftsdiskurse des späten neunzehnten Jahrhunderts zurück, weshalb die Werke von Wells, Shaw und anderer Fabier eine interessante Schnittstelle zwischen Literatur, Wissenschaft und Politik bilden.

Sören Niemann-Findeisen befaßt sich in seinem Buch mit dem Einfluß der Eugenik auf die sozialphilosophischen und sozialpolitischen Konzeptionen der Fabian Society und geht diesem Einfluß in einer Untersuchung der Schriften einflußreicher Fabier der ersten Stunde nach. Detailliert analysiert er dabei die Argumentationsmuster und arbeitet die ideologischen Anklänge und Anlehnungen – wie etwa die an stereotype Darstellungen der Unterlassen – heraus. Seine Untersuchung widmet sich zuerst einzelnen Autoren und behandelt danach die Applikation der eugenischen Konzeptionen der Fabier in exemplarisch ausgewählten Politikfeldern wie der Frauenpolitik, der Armenpolitik oder der Auseinandersetzung innerhalb der eugenischen Bewegung, zwischen konservativen und fabisch-sozialistischen Eugenikern.

Niemann-Findeisen diskutiert die eugenischen Überlegungen der Fabier im Kontext ihrer Sozialismus-Konzeptionen und der sozialpolitischen Probleme und Kontroversen der letzten Jahrhundertwende. Die schwere ökonomische Krise des 1880er Jahre hatte nachhaltig den Fortschrittsoptimismus der Viktorianer erschüttert. Ebenso diskreditiert war der radikale Liberalismus. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und der Erfahrung, daß sich die Engländer in den Burenkriegen gegen die Siedler Südafrikas nur schwer behaupten konnten, entstand im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert ein breiter Diskurs über soziale Degeneration. Diese Thematik beherrschte die Schriften der meisten Fabier. Sie stellten unmittelbar die Verbindung zur Eugenik her, denn sie waren davon überzeugt, daß es darum gehen müsse, mit eugenischen Mitteln eine weitere Degeneration abzu-

wehren. So stand für Wells fest, daß ganze »Menschenmassen minderwertig sind« (zit. nach Niemann-Findeisen, S. 50), Shaw behauptete, daß die Armen sich »wie Kaninchen« vermehren und »Träger von Krankheiten« wären (S. 67, S. 74), die Webbs befürchteten die Vermehrung von »Müßiggängern und Parasiten« (S. 90). Niemann-Findeisen stellt sehr anschaulich dar, wie die Stereotypen und Invektiven, die der Diskurs über die Armut über Jahrhunderte kultiviert hatte, von den Fabiern in einer ideologischen Gemengelage reproduziert wurde, die letztlich auf Werten einer Mittelklasse-Ideologie aufbaute, in der Effizienz und Selbstbeherrschung zu zentralen Werten erklärt wurden.

Mit dieser distanzierten bis feindlichen Haltung gegenüber den Unterklassen korrelierte der antimarxistische Sozialismus der Fabier, dessen Essenz in der Vorstellung einer Steuerung des Staates durch eine vernunftgeleitete, effizienzorientierte Technikelite bestand. Dieser Sozialismus war eher als ein Bündel von Anforderungen an die Menschen denn als deren Befreiung gedacht. Die Steuerungsambitionen der Fabier erschöpften sich dabei nicht in sozialpolitischen Vorstellungen, sondern bestanden auch in eugenischen Maßnahmen der »rassischen« Verbesserung. So schwebte Shaw vor, die Minderwertigen »auf freundliche Art« zu exekutieren (S. 79), die Webbs nahmen die Eugenik als »Science of good breeding« (S. 106) in ihr Programm auf, Annie Besant betrachtete die Elternschaft von »unge-sunden Personen« als »Verbrechen gegen die Menschheit« (S. 113), und für Wells stand fest: »Die Euthanasie der Schwachen und Wollüstigen ist möglich« (S. 51). Niemann-Findeisen stellt fest, daß die Fabier die soziale Lage nicht nur aus der erblichen Anlage, sondern auch aus der Umwelt, also der sozialen Umgebung, ableiteten. Für Sozialpolitiker wie die Webbs bedeutete dies, armen Eltern finanzielle Unterstützung zuzubilligen, um so durch gemilderte Umweltbedingungen die Nachkommenschaft zu verbessern und die »rassische Degeneration« (S. 97) zu vermeiden. Allerdings verbanden sie diese Unterstützung der Bedürftigen sogleich mit der um so größeren Notwendigkeit, eugenisch den Wert der Menschen zu überprüfen und gegebenenfalls eine Elternschaft zu unterbinden. Die Mehr-

heit der Fabier hätte versucht, so Niemann-Findeisen, die Lehre Darwins auf das Soziale anzuwenden. Sie hätten soziale Entwicklung als soziale Evolution verstanden, ohne aber den philosophischen Individualismus zu akzeptieren, der mit dem Schlagwort des Sozialdarwinismus oft verbunden war.

Vielleicht liegt es an dem Umstand, daß Niemann-Findeisen sich auf die Rezeption des eugenischen Denkens der Fabian Society konzentriert, daß er dem ideengeschichtlichen Hintergrund dieses Denkens weniger Platz einräumt. Die teilweise konträren Zugriffe auf das Vokabular der Theorien sozialer Evolution, Wells' Rückgriff auf Darwin, den Lamarckismus Shaws nimmt Niemann-Findeisen nur als Eckpunkte einer Bandbreite von Rezeptionsmöglichkeiten. Es wäre aber interessant gewesen, deren Entwicklung außerhalb der eugenischen Diskurse zu vergleichen, denn so hätte sich analytisch die wissenschaftliche Konjunktur der Begriffe von der Dynamik ihrer originär politischen Verwendung durch die Fabier unterscheiden und ihr eugenischer Diskurs noch präziser herausarbeiten lassen.

Die Arbeit Niemann-Findeisens stellt eine elementare Bereicherung der Forschung sowohl zur Eugenikgeschichte als auch zur Geschichte der Fabian Society dar und behandelt eine Leerstelle in der von der jüngeren Forschung ins Auge gefaßten, problematischen Verbindung von Sozialismus und wissenschaftlichem Eugenik-Diskurs (siehe etwa Reinhard Mocek: *Biologie und soziale Befreiung*, Frankfurt 2002, oder Michael Schwartz: *Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologie in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933*, Bonn 1995). Diese solide Arbeit hat sich vor allem durch ihren Materialreichtum eine überzeugende Perspektive erschlossen und vermag so, ein immer noch vernachlässigtes Problemfeld auszu-leuchten.

THOMAS GONDERMANN

BOSILJKA SCHEDLICH

The Wall Coming Down or The Turning Point

»The Berlin Wall was not protection, it was the deep frozen war«, in making a summary, the author reflects upon her experiences as a Yugoslav »guest worker«, student and organizer of intercultural life in West-Berlin, during the Seventies and Eighties and as the founder of the »South-East Center« in 1992, in Berlin. Viewing the post-socialist developments in Yugoslavia and the trauma of the wars that have taken place there, she makes a plea for waging a patient, but persistent, struggle against warfare and war propaganda.

STEFAN BOLLINGER

Welfare State GDR – Only a Memory, or also a Challenge?

Discussing the mainstream historiography of the German Democratic Republic, the author proposes a more differentiated approach. The GDR's social policies, he says, must be perceived as an attempt to attain the humanistic ideals of the workers' movements and, despite all the difficulties and mistakes along the line, these policies were a strong enough challenge to the Federal Republic of Germany, that it developed its own welfare state, which seems, at present, to be completely »forgotten«.

JAN PETERS

Wolfgang Steinitz – A Tightrope Walker?

The author discusses the biography, written by Anette Leo, of the German, Jewish, communist, scientist Wolfgang Steinitz (1905-1967). He pleads for a deep sensitivity for the period in which Steinitz lived and the circumstances he endured, while criticizing today's mainstream historians for attempting to extinguish the memory of not only the GDR, itself, but also of all the hope that accompanied the development of an anti-capitalist society.

HELMUT BOCK

The Misery of Historical Self-Criticism

Reflecting back over the fifteen years of work of the History Commission of the PDS, the author states that a decisive question for the self-identity of the left remains unsolved: the reasons for Stalinism. He recalls the works of critical communists such as Trotsky, Ryutin, Djilas, Behrens, and discusses the development of his own views in the GDR and, later, in the ranks of the PDS. There will be, he says, no renovation of anti-capitalist alternatives, without a self-critical look into the »era of the 1917 revolution« which drew to a close in 1989.

HORST DIETZEL

Departure from the Class Struggle? The Concept of a New Social Contract in the PDS

In 1994, Gregor Gysi published his »Ingolstadt Manifesto«, in which he pleaded for a New Social Contract. The author discusses why this Manifesto never became part of the party program. He reflects back on various approaches to the Social Contract concept, for example as expressed in the »crossover«-processes of Greens, leftwing Social-Democrats and Democratic Socialists in the period from 1996 to 1998. He sees new hope for the idea coming through Bodo Ramelow's paper »Democratic Habitat Germany – Social Contract 21«.

HELENO SAÑA

Don Quijote in Germany

This is a Spaniard's view of German unification. The belief that the coming down of the Berlin Wall would open a promising new chapter in pan-German history, has not materialized. What currently predominates are sentiments of annoyance and helplessness, both in East and West. It seems as though the two sides were closer during the period of their division, than they have become today. The German situation is linked with the global situation, which can be characterized as being within a »profoundly un-liberal period of the history«.

BERND RUMP

15 Years of »Unity«

The author reflects on the demise of the GDR, on the destiny of, what he calls, the hopes of both the majority of the citizens of the GDR, and the political elite of the Federal Republic of Germany for a sort of »Golden Age« of eternal peace, social balance and justice. He also reflects back upon his own path into the united Germany.

RICHARD SORG

The High and Mighty – Materials and Proposals for Their Research

This is a review of the book of Hans Jürgen Krysmanski »Hirten & Wölfe« (Shepherds and Wolves). The connection between power, domination and wealth, says the author, are largely ignored by social and sociological research, and that seems intentional on the part of the high and mighty, themselves. To conduct the necessary research, takes not only courage but also the broadened perspective of a global understanding of the problem. The author invites that contributions be made to a research network »Power Structure Research.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €